illoyal

Nr. 7 Frühling 99 Journal für Antimilitarismus · 4 DM

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

Frauen, Männer, Militär

Friedfertige Frauen?
Militaristisch - nationalistisch - patriarchal
Mannwerdung des Soldaten

Inhalt

3 Worte zum Quartal

Frauen, Männer, Militär

4 Soldaten zogen durch mein Dorf
5 Krieger wollen nicht weiblich sein. Sexismus und Bundeswehr
8 Mythos Friedfertigkeit
10 Frauen müssen draußen bleiben. Soldatinnen in westlichen Armeen
12 Frauen in Talebanistan
14 Ganz normale Alltagstypen. Militär und sexualisierte Gewalt gegen Frauen
17 Nationalismus, Sexismus, Militarismus

LeserInnenbriefe

19 Post für *illoyal*

Berichte

20 News
23 African Monopoly. Bürgerkrieg in Sierra Leone
26 Kosovo: Kein Frieden ohne Nationalismus
28 Demokratie oder Militär? Bundeswehr erbt OFFENe HEIDe
30 Friedenspolitischer Aufbruch oder Kriegspolitik. Eine Kontroverse
32 Tarnflecken im ICE
33 Küchenmusterung rechtswidrig

Rezension

34 Ungenügend: Das Handwerk des Krieges

Innenansichten

35 Potsdam: 12.00 Uhr ist Tischzeit
36 Terre des Femmes: Menschenrechte für die Frau
37 Steuern zu Pflugscharen!
38 Türkische Wehrpflichtige in der BRD
39 Mitgliederversammlung 1999

Totale Kriegsdienstverweigerung

40 Jörg Eichler seit fünf Monaten im Knast
41 Grüne Sonntagsreden oder praktische Solidarität?
41 Frühlingserwachen in Potsdam

Service

42 Kriegsdienstverweigerung in der Truppe
43 Adressen und Termine

Impressum
Herausgeber: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. · Oranienstr. 25 · 10999 Berlin
Tel. 0 30 / 615 11 23 · Fax 0 30 / 61 50 05 29 · e-mail: illoyal@Kampagne.DE · Internet: http://www. illoyal.Kampagne.DE
Redaktion: Frank Brendle, Ulrike Gramann (V.i.S.d.P.), Sigurd Jennerjahn, Sabine Schaaf
Die veröffentlichten Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein. Wir freuen uns über eingesandte Beiträge, übernehmen jedoch keine Haftung und behalten uns den Abdruck vor.
Gestaltung: Marc Berger · Karikatur: Andreas Otto · Druck: agit · Redaktionsschluß: 8. März 1999

Bezug: illoyal erscheint einmal im Quartal. Für Mitglieder des Vereins Mit uns gegen die Wehrpflicht ist der Preis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Einzelpreis: DM 4,00 zuzüglich Porto. Jahresabonnement: DM 20,00 inklusive Versand. *ISSN: 1434-2871*

Worte zum Quartal

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

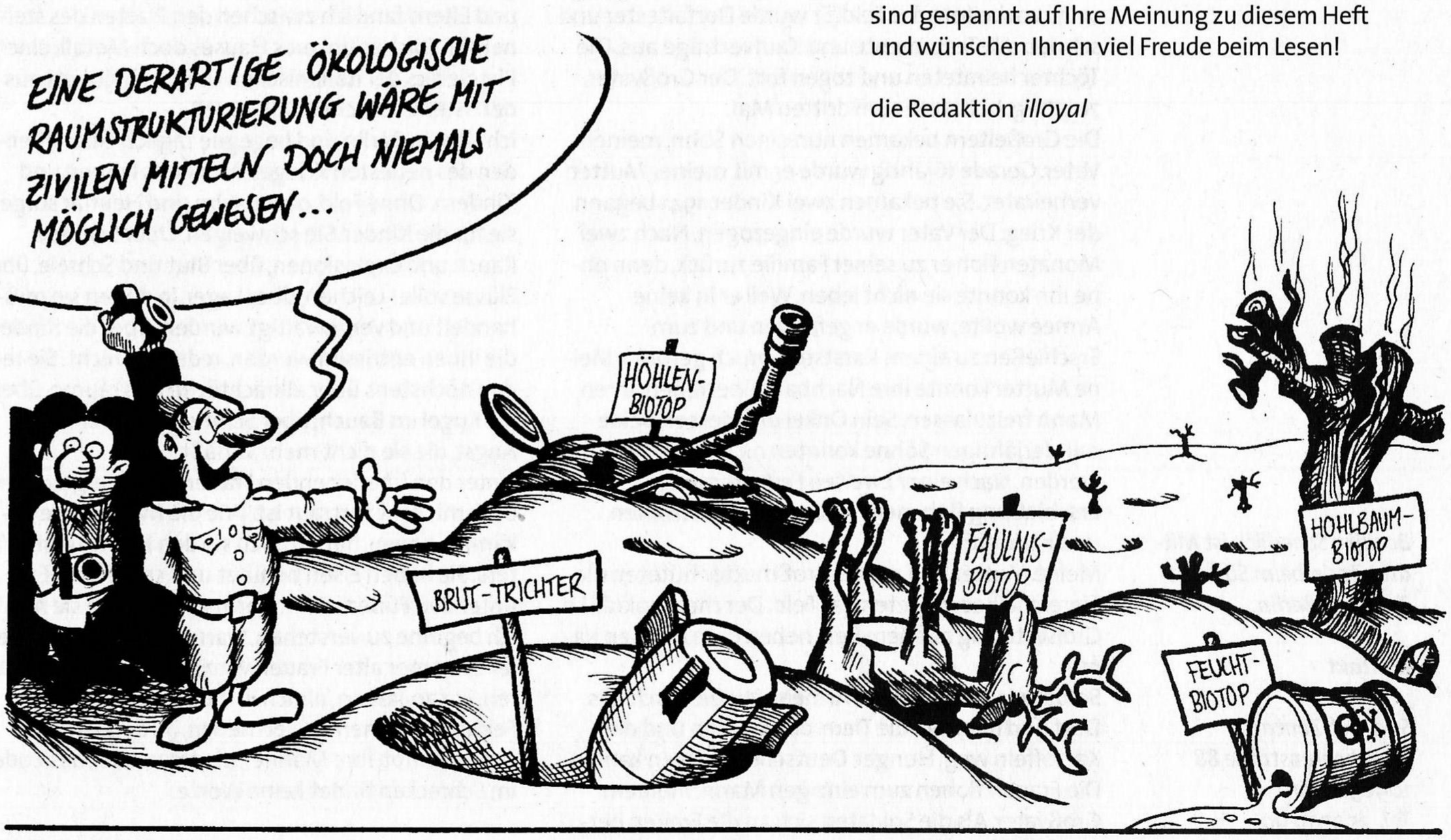
leider passiert immer mehr, als sich in einer *illoyal*-Ausgabe beschreiben läßt. Und es geht zu schnell, als daß wir jedes Ereignis sofort kommentieren könnten. Während der Redaktion dieses Heftes bewegte sich die NATO und mit ihr die Bundeswehr jeden Tag ein Stück mehr auf den völkerrechtswidrigen Einsatz von Truppen im Kosovo zu. Nun soll mit hohem militärischem Druck für „Frieden" gesorgt werden, nachdem diejenigen, die jahrelang gewaltfrei für den Autonomiestatus des Kosovo gearbeitet haben, mit ihrem Bemühen international alleingelassen wurden. Die Berliner BZ schreit am 24.3.: „Deutsche Tornados fliegen in der ersten Reihe". Und was sollen sie da bewirken? Das ist militärgestützte Politik: abwarten, bis außer einer militärischen „Lösung" nichts mehr zu gehen scheint. Wie es im Kosovo dazu gekommen ist, lesen Sie ab S. 26.

Die Frau ist das Hinterland des Soldaten. Oder etwa nicht? Einige weibliche Bundeswehrangehörige versuchen seit einiger Zeit, sich per Gerichtsbeschluß in die vorderen Linien zu klagen. In der mittlerweile modischen Debatte um die Beteiligung von Frauen in Kampfeinheiten ist ein wenig aus dem Blick geraten, was Frauen und Militär, Frauen und Krieg zuallererst verbindet: Mindestens 90 Prozent aller Opfer in modernen Kriegen sind Zivilpersonen, also Frauen, Kinder, alte Menschen. Uns will deshalb partout nicht einleuchten, daß es ein Zeichen von Gleichberechtigung sein soll, wenn Frauen sich daran beteiligen, Frauen, Kinder, alte Menschen zu töten. In dem Beitrag „Ganz normale Alltagstypen" dokumentieren wir die Gewalt gegen Frauen, die Soldaten in Geschichte und Gegenwart als Teil der „ganz normalen Kriegführung" benutzt haben und noch benutzen. Thomas Ruttig zeigt in seinem Beitrag, daß weder der Krieg noch der kulturzerstörerische Fanatismus der Taleban es bisher vermocht haben, den Widerstand afghanischer Frauen gegen ihre völlige Entrechtung zu brechen. Wie Männer zu Soldaten und Soldaten zu wahren Männern gemacht werden, zeichnet Astrid Albrecht-Heide nach. Merkwürdigerweise spielen Putzen, Bettenmachen und adrettes Aussehen eine große Rolle dabei. Auch der verbreiteten Meinung, Frauen seien friedfertiger als Männer, gingen wir nach und fragen: Wem nützt diese Ansicht?

Außerdem in diesem Heft: Immer noch kein Frieden für die „Offene Heide", Streit zwischen Grünen und Friedensbewegten und öffentliche Ärgernisse durch pöbelnde Wehrpflichtige in der Bahn. In letzter Minute erreichte uns die Nachricht, daß ein Potsdamer Richter die Wehrpflicht als verfassungswidrig einschätzt und die Frage der Wehrpflicht nun dem Verfassungsgericht unterbreitet. Hoffnung für Totalverweigerer und alle anderen, die weder Kriegsdienst mit noch ohne Waffe leisten möchten?

Der nächste Redaktionsschluß ist der 8. Juni. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung zu diesem Heft und wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen!

die Redaktion *illoyal*



Karikatur Andreas Otto

Soldaten zogen durch mein Dorf

Bosiljka Schedlich ist Mitarbeiterin beim Süd-Ost-Zentrum Berlin.

Kontakt

Süd-Ost-Zentrum
Großbeerenstraße 88
10963 Berlin
Tel. 25 37 79 90

Meine Ururgroßmutter blieb allein mit dem einjährigen Sohn, als ihr Mann im Krieg fiel. Als Flüchtling bekam sie ein Stück Land. Sie zog den Sohn auf und legte im kargen dalmatinischen Karst kleine Felder an, sie hielt Schafe und andere Haustiere.

Meine Urgroßmutter blieb auch alleine, als ihr Mann im Krieg fiel. Sie zog ihren Sohn auf, meinen Großvater, den sie früh verheiratete, damit es genug Hände für die harte Arbeit gab. Der Großvater mußte mit 18 Jahren bei der italienischen Armee dienen. Währenddessen verstarb seine Frau an einer Lungenentzündung, nachdem sie von morgens bis abends mit der Sichel den Weizen gemäht und sich übermüdet am Dorfbrunnen mit kaltem Wasser gewaschen hatte. Als der Großvater zurückkam, wurde er von seiner Mutter zum zweiten Mal verheiratet. Da aber die Regierung wechselte, mußte er erneut für fünf Jahre zum Militär, diesmal diente er bei den Österreichern. Dort lernte er schreiben, lesen und deutsch, was sich später im Bergdorf als nützlich erwies. Nützlich war sein Fortbleiben für seine zweite Frau nicht. Sie starb in einem Sommer, nachdem sie auf dem Feld gearbeitet und dort ihr Kind geboren hatte. Kurz danach verstarb auch meine Urgroßmutter. Nach der Rückkehr zog der Großvater die beiden Töchter auf, hielt Tiere und bearbeitete das Feld. Er wurde Dorfältester und schrieb alle Testamente und Kaufverträge aus. Die Töchter heirateten und zogen fort. Der Großvater, 70jährig, heiratete zum dritten Mal.
Die Großeltern bekamen nun einen Sohn, meinen Vater. Gerade 16jährig wurde er mit meiner Mutter verheiratet. Sie bekamen zwei Kinder. 1941 begann der Krieg. Der Vater wurde eingezogen. Nach zwei Monaten floh er zu seiner Familie zurück, denn ohne ihn konnte sie nicht leben. Weil er in keine Armee wollte, wurde er gefangen und zum Erschießen zu einem Karststeinbruch geführt. Meine Mutter konnte ihre Nachbarn überreden, ihren Mann freizulassen. Sein Onkel und dessen beide minderjährigen Söhne konnten nicht gerettet werden. Nach einer zweiten Festnahme zur Erschießung floh mein Vater zu den Partisanen und kämpfte.
Meine Mutter und meine Großmutter hüteten die Tiere und bearbeiteten das Feld. Der rheumakranke Großvater lag auf dem Bett neben dem offenen Kamin.
Soldaten verschiedener Armeen zogen durch das Dorf und nahmen die Tiere, den Weizen und die Kartoffeln weg. Hunger. Deutsche Soldaten kamen. Die Frauen flohen zum einzigen Mann, meinem Großvater. Als die Soldaten sich an die Frauen heranmachen wollten, sprach der Großvater zu ihnen. Sie ließen von den Frauen ab. Bis heute weiß niemand, was er in deutscher Sprache gesagt hat. Im Nachbardorf wurden alle Frauen und Kinder in die Dorfkirche getrieben und dort verbrannt. Eine Tochter des Großvaters und ihre vier Kinder waren dabei. Der Großvater starb.
Als der Krieg endlich zu Ende und der Vater wieder da war, hofften meine Großmutter und meine Mutter auf eine Erleichterung durch seine Hilfe. Sie kam aber nicht, der Krieg hatte den Vater verändert. Er war nun leicht aufbrausend, wie die anderen Männer, die den Krieg überlebt hatten. Er zog in die Stadt, um in einer Fabrik zu arbeiten und den Kindern eine Schulbildung und ein leichteres Leben zu bieten. Die Kinder fürchteten den Vater. Seinen Blick - voller Trauer, Verzweiflung, Angst und Gewalt - behielt er bis an sein Lebensende. Über den Krieg sprach er nie. Die Frauen im Dorf sprachen ständig über die Zeit des Schreckens. Die Großmutter verstarb. Kurz vor dem Ausbruch des neuen Krieges verstarb meine Mutter. Sie war voller Trauer, weil keines ihrer Kinder ihre Felder bearbeiten wird. Durch den Fortgang der Menschen aus den Dörfern scheint diese Welt meiner Kindheit, in der man sich kein Glas und kein Metall leisten konnte und Gebrauchsgegenstände aus Holz waren, unterzugehen. Nach dem Besuch am Grab der Großeltern und Eltern fand ich zwischen den Platten des steinernen Daches unseres Hauses doch Metall: eine Pistole aus der italienischen und ein Bajonett aus der österreichischen Militärzeit.
Ich sitze in Berlin und begegne täglich Überlebenden des neuesten Krieges. Meistens Frauen und Kindern. Ohne Feld, ohne Heim und Heimat sorgen sie für die Kinder. Sie schweigen. Über Schüsse, Rauch und Explosionen, über Blut und Schreie, über Flüsse voller Leichen, über Lager, in denen sie mißhandelt und vergewaltigt wurden, über die Kinder, die ihnen entrissen wurden, reden sie nicht. Sie reden höchstens über allnächtliche Alpträume, über die Kugel im Bauch, über Schmerzen, über die Angst, die sie nicht mehr verläßt.
Unter den überlebenden Frauen sind einige, deren Blick mir sehr vertraut ist. Wie die Männer, die gekämpft haben, haben auch sie den Blick meines Vaters. Sie haben Eisen benutzt und spüren die Erde unter den Füßen nicht. Darüber sprechen sie nicht. Ich beginne zu verstehen, warum die Augen so vieler einsamer alter Frauen vom Weinen gerötet waren, vor 30 Jahren, als ich in diese Stadt kam. Ihre Felder, von denen sie vertrieben, ihre Häuser, die ausgebombt, ihre Männer, die tot waren, das Ende im Schrecken findet keine Worte.

Bosiljka Schedlich

Krieger wollen nicht weiblich sein

Sexismus und Bundeswehr

Das Geschlechterverhältnis, so wie es neuzeitlich konstruiert wurde und nach wie vor trotz mancher Veränderungen dominant ist, kann sowohl hinsichtlich Frauen als auch hinsichtlich Männern für Militarisierungsstrategien genutzt werden. Hierzu gehört die Orientierung am jeweils vorherrschenden westdeutschen Frauenbild, das bisher auch die Wende überdauert hat. Diese Orientierung kann sich jedoch mittelfristig von der faktischen Handlungsebene des Pflegens, Musizierens und Repräsentierens zur politisch/ideologischen qualitativ verschieben, wenn es um 'humanitäre Einsätze' und 'Friedensmissionen' geht. Offen oder verdeckt war dabei auch die Erkenntnis von Maria Mies im Spiel, daß Frauen immer Anteil an der Beute haben. (1)
Das heißt, Frauen, die im Militärsystem auch Opfer sind, werden an ihren Interessen, auf der Seite der Sieger zu stehen, gepackt und lassen sich nachweislich hier auch packen. Diese aktive Beteiligung und Verstrickung kann materiell und/oder ideologisch sein, und sie wird bei der Ausgestaltung Europas eine Rolle spielen, besonders auch mit ihrer ethnozentrischen, rassistischen Dimension. Das Geschlechterverhältnis wird jedoch auch hinsichtlich der Männer für Militarisierungsstrategien genutzt. Dies geschieht besonders dadurch, daß das Militär die männlichen Soldaten durch Verweiblichungsangst in Trab hält. (2)

Unter welchen Bedingungen gelingt es, Frauen zugleich am Frauenbild und an der Teilhaberinnenschaft an der Beute zu fassen? Die Rahmenbedingungen sind in der Neuzeit historisch immer ähnlich und lassen sich bisher ohne Mühe auf die Bundesrepublik anwenden:
1. Rekrutierungsschwierigkeiten - sowohl zahlenmäßig als auch qualitätsmäßig.
2. Angenommene oder wirkliche Kriegs- und Krisengefahren.
3. Einführung neuer Militärtechnologien mit der damit verbundenen zunehmenden Bedeutung von Funktionsbereichen hinter der Front, wie Administration, Logistik und Infrastruktur.
4. Frauen erhöhen die militärische Truppenmoral und Disziplin und helfen gegen innermilitärische Oppositionsströmungen; und sie wurden und werden so genutzt.
5. Frauen dienen als Erhöherinnen der militärischen und militärpolitischen Legitimationsbasis.
6. Ein letzter, nebensächlicher und erheblich überstrapazierter Aspekt sind schließlich Beteiligungswünsche gesellschaftlich benachteiligter Gruppen - Frauen eingeschlossen. Nicht sie, sondern die Militärstrategen haben in aller Regel entschieden, ob dieses nachgeschobene Argument hilfreich ist oder nicht.

Verstrickung und Anteilnahme

Die aktive Beteiligung und Verstrickung von Frauen und ihre Anteilnahme an der Beute lassen sich in verschiedenen Bereichen ausmachen.
- Mütter und Ehefrauen bzw. Partnerinnen von Soldaten sind Produzentinnen und Reproduzentinnen von soldatischer Arbeitskraft.
- Ohne die zivilen Mitarbeiterinnen funktioniert die Bundeswehr nicht. Ihre meist versorgende oder assistierende Tätigkeit fügt sich mühelos ins Frauenbild.
- Frauen fungieren, zumindest ideologisch, als Verteidigungsmotiv. Sie sind als Teil der Zivilbevölkerung so lange Auftraggeberinnen dessen, was Verteidigungs- und Militärauftrag genannt wird, bis sie vollgültig widersprechen.
- Frauen sind über die Notstandsgesetze der Möglichkeit nach in die Kriegs- und Katastrophenmedizin einbezogen. Sie sind damit auch der Möglichkeit nach in die Wiederherstellung der Kampffähigkeit verwundeter Soldaten einbezogen.
- Schließlich gehören hierher die freiwilligen weiblichen Soldaten im Sanitäts- und Musikkorps und wohl demnächst im Wachdienst.
Es zeichnet sich bei den aktiven weiblichen Verstrickungsmustern eine überwältigende Vorherrschaft der klassischen Muster ab: und zwar von der Reservearmee (wie auf dem zivilen Arbeitsmarkt), über versorgende, assistierende bis hin zur auftraggebenden Zuarbeit mit androgynen Ausnahmemustern. Sie sind Opfer, Täterinnen und Kollaborateurinnen.

Potenz durch Unterwerfung

Die sexistische hierarchische Geschlechterdualität, mittels derer Frauen gegenüber Männern unter diesen ihren Platz zugewiesen bekommen, hat jedoch auch Rückwirkungen auf Männer und in benennbarer Form auch auf Soldaten. Natürlich ist dies nicht erst durch die „Wende" entstanden. Der politische Kontext hat sich verändert, und dadurch kommt es mit großer Wahrscheinlichkeit und zum Teil bereits ablesbar zu Synergie-Effekten. (3)
Das Militär - und in ihm der Soldat - wird u.a. durch Verweiblichungsangst in Gang gehalten.
- Die Bundeswehr ist Ausdruck des staatlichen Gewaltmonopols nach außen und zum Teil auch nach innen.
- Die Bundeswehr ist eine Organisation von Ge-

(1) Vgl. Maria Mies: Gesellschaftliche Ursprünge der geschlechtlichen Arbeitsteilung, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Nr. 3/1980, S. 61-78.
(2) Vgl. Mario Erdheim: „Heiße" Gesellschaften und „kaltes" Militär, in: Kursbuch 67 (1982), S.59 - 70.
(3) Wer Hinweise sucht, möge sich mit der veränderten Bundeswehrwerbung für Langzeitsoldaten beschäftigen.

(4) Vgl. dazu Heinz Steinert: Militär, Gefängnis, Polizei usw., in: Heinz Walter (Hg.) Sozialisationsforschung Bd.II, Stuttgart 1973.
(5) Vgl. u.a. Horst Eberhard Richter: Zur Psychologie des Friedens, Reinbek 1982, S. 95 ff.
(6) Vgl. Mario Erdheim ebd.
(7) Vgl. u.a. Gisela Felhofer: Die Produktion des disziplinierten Menschen, Wien1987; Alice Miller: Du sollst nicht merken, Frankfurt am Main 1981; Winfried Mohr: Die Psychologie des effektiven Soldaten, in: Hans-Jochen Gamm (Hg.): Militärische Sozialisation, Darmstadt 1986; Klaus Theweleit: Das Land, das Ausland heißt, München 1995.
(8) Allen Feldmann: Kulturelle Anästhesie: Von Desert Storm zu Rodney King via Ex-Jugoslawien, in: Michael Wimmer u.a. (Hg.): Das zivilisierte Tier. Zur historischen Anthropologie der Gewalt, Frankfurt/M. 1996, S. 88.
(9) Vgl. Carol Hagemann-White: Sozialisation: Weiblich - männlich? Opladen 1984.

waltspezialisten, und die Mehrheit ihrer bewaffneten Mitglieder sind Männer.
- Soldaten lernen in der Bundeswehr zu töten und werden für einen möglichen Selbstmord vorbereitet; das heißt, es geht um zwei Adaptionen, um die „Adaption an das Milieu des Tötens" und „die an ein Leben in Angst",„ein Leben in Todesgefahr".
- Die handwerklichen und technischen Fähigkeiten hierfür müssen ebenso gelernt werden wie die Rechtfertigung und Begründung (auf welcher Ebene auch immer).
- Das Militär, und damit auch die Bundeswehr, ist eine Institution besonderer Art, in der Töten und Zerstören mit zum einschlägigen Handwerk gehören.
- Gelernt werden die Fähigkeiten und Begründungen unter besonderen, nämlich kasernierten Bedingungen. Die im zivilen Leben weithin übliche Trennung von Wohn- und Arbeitsstätte ist aufgehoben. Das Leben in den Kasernen ist formal reglementiert.
- Die Neulinge, also die einrückenden Rekruten, erfahren eine serienmäßige, d.h. gleichförmige Sozialisation. Hierbei spielt Entindividualisierung eine entscheidende Rolle.
- An die Stelle der zivilen Identität soll die militärische Identität rücken.
- Diese Übernahme der militärischen Identität findet ihren Ausdruck in der Uniform, die ja auch die zivile Identität sichtbar aufhebt.
- Hinzu kommt, daß diese Entindividualisierung in allen Militärs, auch in der Bundeswehr, mit Demütigungen einhergeht; wobei damit im oberflächlichen Sinne keineswegs dramatische Demütigungen gemeint sein müssen, sondern militärische Alltagssituationen, wie Exerzieren, Überprüfung von Kleiderordnung, Spindordnung, Bettenbau, Sauberkeit der „Bude" usw. (4)

Der Beitrag ist ein Auszug aus dem Vortrag „Die Bundeswehr nach der 'Wende' im Spannungsfeld von Sexismus, Rassismus und Klassismus", den Astrid Albrecht-Heide im November 1998 bei einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema „Militär und Geschlechterverhältnis" gehalten hat. Die umfangreiche Literaturliste kann bei der Redaktion eingesehen werden.

Unterwerfung erhöht die Männlichkeit

Hier müssen also eifrige Unterwerfungsleistungen erbracht werden. Als Preis für diese Unterwerfungsleistungen winkt eine Steigerung von Männlichkeit, insbesondere durch die Ausbildung an Waffen. (5) Hier erfolgt also ein höchst widersprüchlicher Spagat, nämlich Potenz durch Unterwerfung. Gehorsam und Männlichkeit stehen in der militärischen Sozialisation in einem direkten Zusammenhang. Hierin ist jedoch eine paradoxe Spannung eingebaut. Dies liegt unter anderem auch zusätzlich daran, daß viele soldatische Tätigkeiten im zivilen Leben keineswegs als „männlich" gelten, sondern sie gelten im Sinne des neuzeitlichen Geschlechterkonstruktes weit eher als „weiblich". Dazu gehören insbesondere
- die Unterhaltungsleistungen,
- das passive Bewegtwerden,
- das Ordnunghalten,
- das Überprüfen der adretten Kleidung,
- das Putzen usw. (6)

Dies löst meist unterschwellige Ängste aus. Die militärische Zurichtung des männlichen Soldaten arbeitet systematisch mit Verweiblichungsangst. Dieser Verweiblichungsangst gilt es ständig zu begegnen, und das bedeutet, sich durch besondere Straffheit und Härte hervorzutun. Wenn diese Dynamik einsetzt, haben wir es - im Vergleich gesprochen - quasi mit einer Suchtstruktur zu tun, denn sie führt immer nur zu einer scheinbaren, situativen Lösung. Sie kann nicht ein für allemal aufgelöst werden. Und es ist nicht einmal sicher, ob dies auch nur situativ gelingen kann, weil viele Erwartungen gleichzeitig als Normenfallen strukturiert sind. Das heißt, sie sind strukturell unerfüllbar. Es gibt zum Beispiel keine objektiven Kriterien für richtiges „Antreten". Der Spieß entscheidet!

Kein Nicht-Mann werden

Warum kann das Militär auf diese Weise mit Verweiblichungsangst arbeiten? Der allgemeinere Grund ist zunächst, daß die militärische Sozialisation an den bereits zugerichteten und anästhesierten Persönlichkeitsanteilen der jungen Männer anknüpfen kann. (7) Diese Anästhesie wirkt sich auf die Individuen aus und ist gleichwohl ein gesellschaftlich-kultureller Vorgang, der u.a. einschließt, „daß ... die Konstruktion des modernen politischen Subjekts den hierarchischen Aufbau und eine Spezialisierung der Sinne und entsprechend die Unterdrückung der mannigfaltigen Wahrnehmungsfähigkeiten zur Folge hat. ... Kulturelle Anästhesie entkörperlicht Subjekte." (8)
Der im Zusammenhang mit der Verweiblichungsangst wichtigere Aspekt ist deren „zivile" Grundlage. Diese „zivile" Grundlage ist die ohnehin wacklige männliche Identität in unserer Kultur. Ich will die dafür notwendigen Gedanken in Anlehnung an Carol Hagemann-White (9) skizzieren:
In unserer Kultur ist „die Frau" (als Kategorie) als das Wesen definiert, das all jenes verkörpert, das „der Mann" (ebenfalls als Kategorie) nicht verkörpert. In aller Schärfe heißt das: Die Frau ist der Nicht-Mann.
Der kleine Junge, der zu Hause oder in Erziehungseinrichtungen erzogen wird, trifft hier kaum auf männliche, wirklich anwesende Menschen. Die Botschaft, ein Mann zu werden, wird also nicht wirklich positiv vermittelt. Die Botschaft mutet ihm vielmehr eine doppelte Verneinung zu. Wenn es darum geht, ein Mann zu werden, dann geht es darum, nicht zu werden wie der Nicht-Mann. Das ist gemeint, wenn ich von einer „zivilen" Grundlage einer ohnehin wackligen männlichen Identität spreche. Sie erfordert entsprechend scharfe Abgrenzungsbemühungen und Abgrenzungsleistungen gegenüber Frauen, und die gelingen am einfachsten über Abwertung. Hinzu kommt, daß diese Abwertung ja nicht von dem einzelnen erfunden werden muß. Sie liegt in unserer Kultur fast auf der Straße.
Das Militär, folglich auch die Bundeswehr, baut in der europäischen Neuzeit beziehungsweise der euroamerikanischen Dominanzkultur auf dem

gespaltenen Menschenbild auf und reproduziert und verschärft es zudem kräftig. Es kann daher u.a. als Agentur zur Dramatisierung bzw. Radikalisierung des hierarchischen Geschlechterdualismus bezeichnet werden.

Einfach und brutal

Durch die Ereignisse in Hammelburg mit den Videos über Scheinhinrichtungen und Scheinvergewaltigungen ist etwas in den Blick gerückt worden, was in der bundesdeutschen Debatte erheblich tabuisiert zu sein scheint, jedenfalls soweit es Angehörige der Bundeswehr betrifft: nämlich der Zusammenhang von (militärischer) Männlichkeit und Vergewaltigung. Nicht auszuschließen ist, daß diese Tabuisierung auch (nicht nur) im Dienste einer Abwehr steht: nämlich sich den Vergewaltigungen durch Wehrmachtsangehörige im 2. Weltkrieg nicht stellen zu müssen und schon im Vorfeld die Schotten dicht zu machen. Es hat eben vieles nicht nur einen Grund, sondern auch einen Untergrund. Vorliegende Untersuchungen sprechen dafür, daß es durch die militärische Sozialisation zu einer Brutalisierung und Simplifizierung des Verhältnisses von Soldaten gegenüber Frauen führt.

Die Verweiblichungsangst kann mit sexprotzerischem Verhalten beantwortet werden. Sexuelle Potenz als Ausdruck von Kämpfertum ist eine im Militär verbreitete Ansicht. Vergewaltigung ist zudem eine der schärfsten Formen der Abgrenzung, indem Frauen dadurch radikal auf ihren Platz verwiesen werden: Objekt zu sein und unten zu sein; wobei dies der Täterblick bleibt. Kriege und Vergewaltigung gehören zusammen, und wenn mensch nicht aufpaßt, inzwischen auch deren Pornographisierung durch eine zum Teil nur scheinbar empathische Öffentlichkeit. Diese Vergewaltigungen im Krieg gehören unter anderem zu der Spaltungslogik in die sogenannten „guten“ und die sogenannten „bösen“ Frauen. Die Frauen im Feindesland werden in aller Regel den sogenannten „bösen“ Frauen zugeordnet. Durch die Vergewaltigung werden sie in patriarchaler Tätersicht befleckt und zu sogenannten Huren gemacht. Dies ist, was die Täter betrifft, eine Botschaft von Männerbund zu Männerbund. Den Männern wird vorgeführt, daß die Beziehungen zu ihren Frauen nichts oder nichts mehr wert sind. Funktionieren kann dies allerdings nur über ein männliches, täterinfiziertes Besitzdenken, denn sonst müßte ja eine andere Logik gelten: Der Täter ist „dreckig“, nicht das Opfer... und das Opfer ist und bleibt Subjekt.

Es wirkt jedoch auch noch etwas Abgründigeres, auf das Doris Janshen 1994 hingewiesen hat: Es wirkt in den kriegerischen Vergewaltigungen die in der Militärlogik aufeinander bezogene Wehrfähigkeit des Mannes und die Gebärfähigkeit der Frau. Es ist dazu noch einmal wichtig, Wehrfähigkeit als das zu bezeichnen, was es im Kriegsfall ist: Tötungsprivileg. Dieses obsiegt im Krieg über das Leben.

Astrid Albrecht-Heide

Astrid Albrecht-Heide ist Professorin am Fachbereich Erziehungswissenschaften der TU Berlin.

Mythos Friedfertigkeit

Das Wort „Frieden“ bedeutet: „Zustand der Ruhe, Harmonie, Beilegung einer (kriegerischen) Auseinandersetzung“. Das erstmals aus dem 16. Jahrhundert belegte Adjektiv „friedfertig“ bedeutet soviel wie „friedliebend, friedlich“, (1) und muß entsprechend auch als „bereit zu Ruhe und Harmonie“ gedeutet werden. Friedfertigkeit ist mehr als bloßer Verzicht auf die Erstanwendung von Gewalt, sie schließt eine Bereitschaft zum Einlenken, zum ersten Schritt und zur vertrauensbildendenden Maßnahme ein. Diese Bereitschaft wird häufig Frauen zugeschrieben. Frauen seien „sanfter“, stärker auf Harmonie bedacht, überhaupt geschickter in der Gestaltung sozialer Beziehungen. Als Begründung dafür wird häufig eine naturgegebene „Liebe zum Leben“ herangezogen, insbesondere wegen der biologisch gegebenen Möglichkeit, Kinder zu gebären. Tatsächlich kann man Frauen - wie es etwa die Ökofeministin Maria Mies tut - als „die Erfinderinnen sozialer Beziehungen“ (2) ansehen, geht man davon aus, daß die ursprüngliche soziale Beziehung von Menschen die zwischen Mutter und Kind ist. Ob damit jedoch auf „natürliche“ oder gar biologische Weise Friedfertigkeit programmiert ist, kann nicht als sicher gelten. Eine soziale Beziehung bildet sich schließlich im Zusammenleben heraus.

Natürlich friedlich

Besser nachweisbar als eine naturgegebene Disposition von Frauen zur Friedfertigkeit ist eine historisch und sozial gewachsene Disposition von Männern zur Gewaltausübung, deren erste Grundlage die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung war. Seitdem Männer gelernt hatten, daß man mit Waffen nicht nur Tiere, sondern auch Menschen töten kann, verwendeten sie die Waffen offenbar dazu, sich die Arbeitskraft anderer Menschen anzueignen, explizit von Frauen, die neben ihrer Arbeitskraft überdies die Fähigkeit zur „Produktion“ von neuen Menschen mitbrachten. Frauen sind die ersten Sklaven gewesen, während männliche (Kriegs)gefangene eher getötet wurden. (3) Eine dauerhafte, über Jahrhunderte funktionierende Herrschaft einer Hälfte der Menschheit über die andere kann jedoch nicht allein durch gewaltsame Unterdrückung gesichert werden. Herrschaft wird stabilisiert, wenn die Beherrschten selbst die Überzeugung teilen, die Ordnung, in der sie „unten“ sind, sei rechtmäßig, naturgewollt, gottgegeben oder jedenfalls nicht zu ändern. Das trifft auf das Geschlechterverhältnis exemplarisch zu. Die Ideologie des Patriarchats besagt, Frauen seien körperlich schwächer, intellektuell minderwertig und sozial weniger aggressiv, d.h. zur Aggression weniger in der Lage als Männer. Die „Ausarbeitung“ dieser Ideologie dauerte allerdings Jahrtausende. Menschen früherer Jahrhunderte waren nicht generell überzeugt, daß Frauen „schwächer“ wären als Männer. Die Furcht vor „dem Weiblichen“ - gerade die von mittelalterlichen Kirchenmännern - deutet vielmehr darauf hin, daß Frauen als mächtig und potentiell gefährlich angesehen wurden. Auch die Verfolgung und Vernichtung von Frauen in der frühen Neuzeit (4) belegt eben nicht nur Frauenhaß, sondern Angst und Phantasien über ihre Mächtigkeit. Schwäche und Friedfertigkeit von Frauen sind kulturelle Muster: Galten Hexen im 16. Jh. als gefährliche Zauberinnen, sah man sie später als Opfer teuflischer Verführung, als Besessene, schließlich als psychisch Kranke. (5) Erst im 19. Jh. war das Idealbild fertig: die ungefährliche und friedfertige Frau, verkörpert durch die nichterwerbstätige Hausfrau und Mutter. Obwohl dieses Bild nie für die überwiegende Anzahl der Frauen zutraf (6), entfaltet/e es kulturelle und soziale Wirksamkeit, weil die diesem Bild entsprechende Frau von Männern und Frauen idealisiert wurde und wird. Auch manche Frauenbewegte meinen heute, Frauen wären von Natur aus friedlicher oder besser. Für solche kulturelle Dominanz eines Begriffes kann man nicht platt „Unterdrückung“ verantwortlich machen: Hier geht es um Unterordnung. Dieser Begriff bezieht „die Möglichkeit eines Einverständnisses zwischen dem Dominierenden und dem Menschen in der untergeordneten Position mit ein. Er beinhaltet auch die Möglichkeit einer freiwilligen Akzeptanz des untergeordneten Status im Tausch gegen Schutz und Privilegien - ein Zustand, der einen erheblichen Teil der Erfahrungen von Frauen in der Geschichte charakterisiert.“ (7) Frauen profitieren auch in der männerdominierten Gesellschaft. (8) Unter Umständen beteiligen sie sich sogar an Verbrechen gegen Frauen. (9)

Falsche Verheißungen

Mit der Behauptung, Frauen seien friedfertiger als Männer, wird ihnen etwas zugeschrieben, was in der Gesellschaft als erstrebenswert gilt: nachgiebig zu sein, sich ruhig zu verhalten, auch wenn Schweres erlebt wird, nicht zu hassen, Gleiches nicht mit Gleichem zu vergelten, nicht mit Männern zu konkurrieren und so weiter. Friedfertigkeit wird auf diese Weise einem Gewaltverzicht unter allen Umständen gleichgesetzt, was sich ausgezeichnet mit der Opferrolle von Frauen verbindet und den Effekt hat, daß nicht nur Aggressionen gegen Männer, sondern letztlich auch Notwehr verhindert werden. Die Überzeugung, schwächer, friedfertiger und „besser“ zu sein, bewirkt, daß Frauen sich häufig auch dann weniger wehren, wenn sie ernstlich bedroht sind. In dieser Logik werden die „besseren“ Menschen automatisch zu Opfern, ein für die männlichen Täter äußerst vorteilhafter Effekt. Margarete Mitscherlich schreibt: „Frieden kann eben auch der Friedhofsfrieden einer unkritischen und kampflosen Hinnahme von Gewohnheitsunrecht werden, wie es den Frauen so lange aufgezwungen wurde.“ (10) Zum Ausgleich für die „Hinnahme von

1 Etymologisches Wörterbuch des Deutschen, München 1989, Artikel „Frieden“.
2 vgl. Mies, Patriarchat und Kapital, Zürich 1987, S. 71.
3 Vgl. Gerda Lerner, Die Entstehung des Patriarchats, München 1997.
4 Als Hexen verfolgt wurden überwiegend Frauen, allerdings auch Männer, Kinder, Tiere.
5 Gerda Lerner, Die Entstehung des Patriarchats, München 1997, S. 289.
6 Vgl. Claudia Honegger, Die Hexen der Neuzeit. Frankfurt am Main 1978.
7 ... tendenziell höchstens in der Wirtschaftswunder-BRD der fünfziger Jahre.
8 Vgl. Birgit Rommelspacher. Texte zur Fremdheit und Macht, Dominanzkultur, Berlin 1995.
9 Vgl. Angelika Ebbinghaus: Opfer und Täterinnen, Frankfurt am Main 1996.
10 Margarete Mitscherlich, Die friedfertige Frau, Frankfurt am Main 1985, S.4.
11 Erika M. Hoerning, Die Ausnahme ist die Regel. Frauen als Kriegsbeute, in: Gewaltverhältnisse, Sensbachtal 1987.
12 Vgl. z.B. Barbara Kavemann, Sexueller Mißbrauch von Mädchen in der Familie, in Gewaltverhältnisse, Sensbachtal 1987; Anita Heiliger, Constance Engelfried, Sexuelle Gewalt. Männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, Frankfurt am Main/New York 1995. Die Zahlenangaben in den zahlreichen Veröffentlichungen schwanken.

Anne Bonney als Pirat.
Aus: Frauen in Männerkleidern, Wagenbach, Berlin 1990

Gewohnheitsunrecht" wird Frauen verheißen: bei weiblichem Wohlverhalten nicht Opfer männlicher Aggressionen zu werden; von Männern geschützt zu werden; zum „Lohn" für Wohlverhalten als „weiblich", nämlich weiblicher als andere Frauen zu gelten und damit in der Geschlechtsidentität gestärkt zu werden; nicht als Täterin in Betracht zu kommen bzw. als Profiteurin gesellschaftlicher Ungleichheiten unerkannt zu bleiben.
Viele Frauen hoffen selbst, daß diese Verheißungen wahr werden. Das Gegenteil ist der Fall. Vor allem die Annahme, daß Männer sich schützend vor Frauen stellen, ist falsch. So wird berichtet, daß beim Einmarsch der Besatzungsmächte am Ende des 2. Weltkriegs die Männer sich nicht selten servil gegenüber den siegreichen Männern zeigten und Vergewaltigungen „ihrer" Frauen zuließen. (11) Ein weiteres Beispiel: Mädchen werden signifikant häufiger sexuell mißhandelt als Jungen, während die erwachsenen Täter in über 90 Prozent aller Fälle Männer sind. (12) Gleichzeitig wird in den Medien und in der Öffentlichkeit ein Bild vermittelt, nach dem Frauen hilflose Opfer sind. Überleben sie, dann aus Sicht der Medien weniger wegen ihres geistesgegenwärtigen Handelns, sondern weil z. B. der Täter „gestört" wurde. Nicht selten bezweifeln Frauen selbst, daß sie durch eigene Kraft überlebt haben. Manche „merken nicht einmal, daß sie sich gewehrt haben." (13) Das Verhalten von Frauen, die ihnen im Alltag zugeschriebene Passivität aufgeben, löst nicht nur bei Männern Verunsicherung aus.

Aus der Rolle gefallen

Frauen, die sich bewaffnen und/oder zum Militär gehen, lösen potenzierte Verunsicherung aus und erscheinen als ungewöhnlich oder unweiblich. Trotzdem gibt es in der Geschichte, ganz zu schweigen vom Mythos, zahlreiche Beispiele von Kriegerinnen und Kämpferinnen. Das Abweichen dieser Frauen von ihrer Geschlechterrolle ist ihnen offenbar durchaus bewußt gewesen. Bewaffnet zu sein, „Männerkleider" zu tragen und „männliches Verhalten" werden miteinander in Zusammenhang gebracht, wenngleich es wohl eher Armut als Vaterlandsliebe gewesen sein wird, die Frauen bewegte, beispielsweise im 16./17. Jahrhundert in männlicher Verkleidung in die niederländische Armee einzutreten. Waren sie einmal Kriegerinnen, stiegen sie nicht selten in der militärischen Hierarchie auf und wurden oft erst nach ihrem Tod entlarvt. Zuweilen nahmen die Frauen ihre Rolle so weit an, daß sie Frauen heirateten und zeitweise sogar innerhalb ihrer Ehe den Schein wahrten. (14) Im 20. Jahrhundert waren Frauen, die im Militär dienen wollten, meist nicht mehr genötigt, sich als Männer zu verstellen. Ihre „Weiblichkeit" ist aber dennoch oft Gegenstand des Zweifels. So heißt es über eine Schützin der österreichisch-ungarischen Armee des 1. Weltkriegs, in ihrer Nähe könnten keine anderen Fragen aufkommen „als rein politische oder militärische". (15) Eine andere, die auf der Seite des Russischen Reichs kämpfte, hielt den Anschein aufrecht, ein Mann zu sein, und veröffentlichte selbst ein Pamphlet, in dem sie erklärte, eine Frau sei in einer „kämpfenden Einheit fehl am Platze. Selbst wenn sie sich verkleidet, umgibt sie eine Atmosphäre der Schwäche, und die Männer werden versucht sein, sie zu schonen." (16) Ingrid Strobl berichtet, daß niemand ihr die Adresse einer Frau geben wollte, die am spanischen Bürgerkrieg als Kämpferin teilgenommen hatte. Sie sei „irgendwie eigenartig", „zu männlich". Die ehemalige Kämpferin selbst: „Wir wurden in jeder Hinsicht wie Männer behandelt (...), und wir haben uns ja auch benommen wie Männer." (17)
Als diejenigen, die die ihnen zugewiesene Rolle nicht annehmen, werden bewaffnete Frauen von Männern oft diffamiert und dämonisiert, nämlich als „Mannweiber" oder „grausamer als Männer". Ihre „Unweiblichkeit" versucht man gern damit zu erklären, sie seien eben lesbisch (unabhängig davon, ob sie tatsächlich Frauen liebten). Über einen Mangel an Körperkraft, kriegerischer Motivation oder über Mitleid mit dem „Feind" wird jedoch niemals berichtet. Selbst an den ganz wenigen genannten Beispielen wird deutlich, daß bewaffnete Frauen „aus der Rolle fallen", weswegen man ihnen lieber im Einzelfall „Männlichkeit" zugesteht, als generell zu erklären, daß Frauen physisch und psychisch in der Lage sind, genauso wie Männer militärisch und/oder aggressiv zu handeln.

Ulrike Gramann

13 vgl. Denise Caignon, Gail Groves, Schlagfertige Frauen, Berlin 1990.
14 Vgl. Rudolf Dekker, Lotte van de Pol, Frauen in Männerkleidern, Berlin 1990.
15 Hanna Hacker: Gewalt ist: keine Frau, Königstein/Taunus 1998, S. 198.
16 Ebd.
17 Vgl. Ingrid Strobl, Sag nie, du gehst den letzten Weg, Frankfurt am Main 1989.

Soldatinnen in westlichen Armeen

Frauen müssen draußen bleiben

Wann immer hierzulande für Repräsentanten oder Sympathisanten des Militärs die Notwendigkeit besteht, sich zu der Rolle, die Frauen in seinen Reihen spielen oder spielen sollten, zu äußern, lassen die Antworten Verunsicherung erkennen. Die Reaktionen variieren dabei zwischen verdruckstem Kavaliersgehabe - getreu der Devise „Donnerwetter! Wer hätte gedacht, daß unsere Frauen zu solchen Leistungen in der Lage sind" - und der halbherzig vorgetragenen Forderung nach einer „behutsamen" Ausweitung ihrer Einsatzmöglichkeiten in der Bundeswehr. Danach wird dann in der Regel die Diskussion mit Verweis auf das Grundgesetz, welches für Frauen den Dienst an der Waffe eindeutig untersage (Art. 12a Absatz 4 Satz 2), erleichtert beendet. Es ist kein Thema, das der militärischen Führung unter den Nägeln brennt, sondern eines, das ihr von außen - durch parteipolitische Profilierungsversuche oder durch juristische Schritte von Frauen, die eine Karriere in der Bundeswehr anstreben - aufgedrängt wird.(1) 1998 waren 1,2 Prozent der Bundeswehrangehörigen Frauen.(2) Wie das Thema „Frauen im Militär" international, vor allem in bezug auf die US-amerikanischen Streitkräfte, diskutiert wird, soll in diesem Artikel dargestellt werden. Dafür wurden Publikationen ausgewertet, die weder einen dezidiert antimilitaristischen noch feministischen Standpunkt einnehmen.(3)

In den USA rückte die mögliche Rolle, die Frauen in den Streitkräften spielen könnten, mit der Abschaffung der Wehrpflicht 1973 verstärkt in das Kalkül der militärischen Führung, die sich um die zukünftige Deckung des Personalbedarfs sorgte. Im Zweiten Weltkrieg und im Vietnamkrieg waren zwar auch teilweise Frauen an Kampfeinsätzen beteiligt gewesen, aber zum weit überwiegenden Teil hatte sich ihre Tätigkeit auf den Sanitätsdienst erstreckt, und offiziell war ihnen der Zugang zu Einheiten, die für Kampfeinsätze vorgesehen waren, versperrt geblieben. Bis 1967 existierte zudem eine formale Obergrenze des Anteils von Frauen am amerikanischen Militär von zwei Prozent. Seit den 70er Jahren jedoch geht der Trend eindeutig in Richtung einer fortgesetzten Öffnung von Armeebereichen für die Beteiligung von Frauen. So wurden die Quotierungen, die den Frauenanteil begrenzten, bei der Luftwaffe 1990 und bei der Marine 1995 abgeschafft und der Großteil der Kampfeinheiten dieser Teilstreitkräfte formal für Frauen geöffnet. Lediglich beim Heer und beim Marine Corps (Marine-Infanterie) bestehen nach wie vor geschlechtsspezifische Beschränkungen. 1993 schließlich wurden vom Kongreß die Gesetze, die Frauen von der Beteiligung an Kampfeinheiten ausschlossen, aufgehoben, so daß die aktuelle Politik des Pentagon, für den Bodenkampf vorgesehene Einheiten Männern vorzubehalten, sich nicht auf gesetzliche Vorgaben stützt. Der Anteil der Frauen an den US-amerikanischen Streitkräften betrug 1998 14,4 Prozent.(4)

Die Diskussion läßt sich also auf die Beteiligung von Frauen an Kampfeinheiten zuspitzen, jenem Kernbereich des Militärischen, in dem das Töten ausgeführt wird. Gegenwärtig halten von den NATO-Staaten nur Norwegen und Spanien keinerlei geschlechtsspezifische Einsatzbeschränkungen mehr aufrecht. Die israelische Armee, die oft als ein Beispiel für den gleichberechtigten Einsatz von Frauen und Männern angeführt wird, verfolgt eine Politik, die Frauen konsequent aus Kampfverbänden heraushält.(5) Diejenigen, die für eine Öffnung für Frauen auch dieser Truppenteile eintreten, berufen sich in erster Linie darauf, daß das Militär ein Arbeitgeber wie andere auch - wenngleich ein besonders risikoreicher und patriarchal geprägter - sei, weshalb die dort geübte Geschlechterdiskriminierung ein Relikt vergangener Zeiten und damit unvereinbar mit einer modernen demokratischen Gesell-

(1) Zur Zeit liegt dem Europäischen Gerichtshof die Klage einer Frau auf Verwendung in einem anderen Bereich als dem Sanitäts- oder Musikdienst zur Entscheidung vor. Der Eindruck, daß das Thema Frauen in der Bundeswehr militärpolitisch keine herausragende Bedeutung einnimmt, wird durch eine Medienanalyse in einer Bundeswehrpublikation bestätigt: Stefan Balázs, Auf der symbolischen Agenda. Eine Medienanalyse zu Frauen in der Bundeswehr, in: IfdT 10/1998, S. 4-11.

(2) Nach: Stichworte für die Öffentlichkeitsarbeit und Truppeninformation. Frauen in der Bundeswehr, hg. v. BMVg, Bonn 1998, S. 9. Die Prozentzahl bezieht sich auf die Streitkräfte, nicht auf die zivilen Angestellten.

(3) Neben militärischen Fachzeitschriften wurden auch sozialwissenschaftliche Veröffentlichungen und Diskussionsbeiträge aus dem Internet betrachtet.

(4) Im Vergleich zu den anderen NATO-Staaten ist dies die höchste Quote vor Kanada (10,8 Prozent). Den geringsten Frauenanteil weisen die Streitkräfte der Türkei, Portugals (je 1,1 Prozent) sowie Deutschlands (1,2 Prozent) auf. Angaben nach: siehe Anmerkung 2.

(5) Angaben zu den NATO-Streitkräften wie Anmerkung 2. Die israelische Armee erwartet von ihren weiblichen Angehörigen zudem, daß sie eine fürsorgliche Note und einen Hauch von Familie in die Streitkräfte einbringen. Die Abkürzung für die Institution, die die Belange der Soldatinnen in der israelischen Armee vertritt, mit dem hebräischen Wort für Charme identisch. Reuven Gal, A Portrait of the Israeli Soldier, New York et. al. 1986, S. 46ff.

Foto links: Kampffliegerin der holländischen Luftwaffe
Fotos: Bundeswehr

schaft sei. Daneben beruhe die Vorstellung, daß nur Männer effektive Soldaten sein könnten, auf einem Mythos, der dazu geführt habe, daß das Militär mit Frauen eine wichtige personelle Ressource ungenutzt lasse. So führt der britische Militär E. G. Jones, nachdem er festgestellt hat, daß viele Vorurteile gegen Frauen in der Armee auf unhaltbaren Vorurteilen beruhten, hierzu aus: „Das Militär muß sich die wahrgenommenen und tatsächlichen Unterschiede zwischen Männern und Frauen zunutze machen und sich besonders auf die den Frauen eigenen Fähigkeiten konzentrieren. (...) Es gibt die Tendenz, daß Armeen es mehr und mehr mit Zivilisten in Krisengebieten zu tun haben (...). Unterschiedliche Fertigkeiten sind erforderlich, um mit diesen sensiblen Situationen umzugehen, Fertigkeiten, über die Frauen ebenso wie Männer, manchmal auch mehr als Männer, verfügen." (6) Menschen effizient umzubringen, sei - bei entsprechender Ausbildung - ohne weiteres auch Frauen möglich. Diese Argumentation und die damit begründeten Maßnahmen stoßen bei Teilen des Militärs und in der Sympathisantenszene auf erheblichen Widerstand. Neben so abseitigen Ansichten, daß die Menstruation und mögliche Schwangerschaften der Frauen die Einsatzfähigkeit der Truppe schwächen könnten,(7) werden folgende Gesichtspunkte ins Feld geführt: Im Schnitt verfügten Frauen weder über die körperliche Kraft noch über die Aggressivität, die für einen Kampftruppeneinsatz benötigt würden. Darüber hinaus würde durch eine Beteiligung von Frauen an bisher exklusiv männlichen Einheiten der Zusammenhalt der Gruppe nachhaltig gestört, da es zu Konkurrenzverhalten zwischen den Männern oder Beschützerinstinkten gegenüber den Soldatinnen käme. So betonte auch jüngst noch die Wehrbeauftragte Claire Marienfeld, „daß Disziplin und Auftragserfüllung bei den Soldaten eher beeinträchtigt würden, da sie den Schutz ihrer Kameradinnen vor der Auftragserfüllung sehen würden." (8) Was die Gruppe davor bewahre, in Streßsituationen auseinanderzufallen und ihre Tätigkeit der Fremd- und Selbstvernichtung aufzugeben, entstehe durch die intensiven Beziehungen - auch als „male bonding" bezeichnet - zwischen den männlichen Gruppenmitgliedern. Was Frauen in dieser Atmosphäre erwartet? „Introducing women to all of those men is like introducing a t-bone steak to a hungry pack of German shepherds!".(9) Und diese Worte wurden nicht in militärkritischer Absicht geäußert. Wie auch immer man die Relevanz dieser Argumente gewichten mag, sie gründen letztlich auf dem Stereotyp, daß es Aufgabe des Mannes sei zu kämpfen, zu töten und zu beschützen, während der Platz der Frau daheim, allenfalls noch pflegend tätig im Lazarett sei. Die Geschlechter in Kampfeinheiten zu mischen, bedroht diese Ordnung.

Dies führt zu der paradoxen Situation, daß Frauen im Militär, gewissermaßen dem Herzstück der patriarchalen Ordnung, zwar kraß benachteiligt sind, der emanzipatorische Gehalt der Bestrebungen aber, dies durch eine stärkere Beteiligung in allen Bereichen der Armee zu ändern, höchst zweifelhaft ist, da sie auf der Illusion beruhen, das Militär sei ein „normaler" Arbeitgeber und keine Institution, die Menschen dazu abrichtet, andere Menschen zu töten. Ein gewisses Maß an frauenfeindlicher Gewalt ist diesem Zweck durchaus zuträglich. Um Soldaten in die Lage zu versetzen, ihrer Bestimmung nachzukommen, erfüllen Frauen eine doppelte Funktion, einerseits als idealisiertes Bild der Mutter/Gattin, die es zu beschützen gilt, und andererseits als zu vergewaltigende Beute. Auf die strukturelle Bedeutung der Frauenfeindlichkeit deutet auch eine vom Pentagon 1995/96 durchgeführte Untersuchung hin, wonach mehr als die Hälfte der weiblichen Angehörigen der US-Armee angaben, im Dienst schon sexuellem Mißbrauch ausgesetzt gewesen zu sein.(10) Von daher wäre woanders anzusetzen: Frauen sollten die Armee als Institution in Frage stellen, anstatt zu versuchen, Teil der Armee zu werden.

Sigurd Jennerjahn

(6) E. G. Jones, Women in Combat - Historical Quirk or the Future Cutting Edge?, in: RUSI Journal 138,4 (1993), S. 40. Übersetzung S. J.
(7) Dies beruht weniger auf Erfahrungswerten als auf der Angst vor dem „spectre of intentional pregnancies by servicewomen to avoid deployment to the front". (Gespenst der vorsätzlichen Schwangerschaften von Soldatinnen, um einen Fronteinsatz zu verhindern.) Jeff M. Tuten, The Argument against Female Combatants, in: Female Soldiers - Combatants or Noncombatants? Historical and Contemporary Perspectives, hg. v. Nancy Loring Goldman, Westport 1982, S. 251.
(8) Die Bundeswehr 1/1999, S. 17.
(9) Opinion Section „Women in Combat"; http://www.Military Woman.org/combat3.htm., 11 von 29.
(10) Washington Post vom 15. Juni 1996.

Die Taleban erschienen 1994 „wie aus dem Nichts" auf dem afghanischen Kriegsschauplatz, als die Mudjahedin auch nach dem Abzug der sowjetischen Truppen (1989) und nach dem Fall der von ihnen gestützten Regierung (1992) den Krieg fortsetzten. Sie bezichtigten die Mudjahedin des Verrats am Islam und versprachen, als „neutrale" Kraft nun eine „wahre islamische Ordnung" zu errichten. Anfangs erklärten sie, sie hätten keine politischen Ambitionen. Doch Ende 1997 riefen sie das „Islamische Emirat Afghanistan" aus, mit einem Amir ul-Mu'menin (Oberhaupt der Gläubigen), nämlich Mullah Muhammad Omar, an der Spitze. Der Australier William Maley schreibt, sie verträten „die Werte des Dorfes, wie sie von Bewohnern von Flüchtlingslagern oder Madrassa-Studenten interpretiert wurden, von denen die meisten niemals ein gewöhnliches Dorfleben gekannt haben". Finanziert werden die Taleban vor allem aus Saudi-Arabien, militärisch beraten vom pakistanischen Militärgeheimdienst ISI. Kein Regime hat je Frauen so aus dem öffentlichen Leben verdrängt wie das der Taleban in Afghanistan. Aber es gibt Widerstand dagegen.

Frauen in Talebanistan

Sofort nachdem sie ihre Wohnung betritt, zieht sie den Tschador aus, den Ganzkörperschleier mit den Plissee-Falten, den sie tragen muß, sobald sie das Haus verläßt. Der alles verhüllt, selbst die Augen hinter einem Stoffgitter. Zum Vorschein kommt eine Frau vielleicht von Mitte 30, moderne Frisur, etwas Make-up, schwarze Lederjacke. Eine Lehrerin, die ihren Beruf nicht mehr ausüben darf, seit die Taleban auch ihre Stadt eroberten. Mit drei Freundinnen sitzt sie an einem Tisch, kritisiert die Taleban, macht gleichzeitig kein Hehl aus ihrer Angst vor ihnen. Aber das Land verlassen, wie so viele, will sie nicht.

Der Film von Siba Schakib, der preisgekrönten Kölner Filmemacherin iranischer Herkunft (1), bleibt in dieser Szene absichtlich vage. Man ahnt nur, daß die Frauen an „Projekten" beteiligt sind, die ihren Geschlechtsgenossinnen Freiräume, seien sie noch so gering, schaffen sollen. Man erfährt nicht einmal, in welcher Stadt sie leben.

Als die von pakistanischen Geheimdienstlern und erzreaktionären Petrodollar-Monarchen gesponserten Taleban seit 1994 eine Stadt Afghanistans nach der anderen einnahmen, gehörten die Anordnung strikter Verschleierung sowie die Schließung aller Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen für Frauen und Mädchen jeweils zu ihren ersten Maßnahmen.

Schlag auf Schlag ging es weiter. Frauen durften nicht mehr außer Haus arbeiten. Lehrerinnen wurden ebenso nach Hause geschickt wie das weibliche Krankenhauspersonal. (Inzwischen ist es - zumindest in reinen Frauenkrankenhäusern - wieder zugelassen.) Frauen dürfen nicht mehr Fahrrad, Motorrad oder Auto fahren. Taxifahrern wurde es untersagt, unbegleitete Frauen mitzunehmen. Die Frauenbadehäuser - letzte Möglichkeit für soziale Kontakte außerhalb der Familie - wurden geschlossen. Die Menschen müssen ihre Fenster im Erdgeschoß und im 1. Stock verhängen, damit Frauen von der Straße aus nicht gesehen werden können. EhebrecherInnen werden öffentlich zu Tode gesteinigt. Selbst die Farben des Tschador wurden vorgeschrieben. Im Juli 1997 verkündete der Radiosender der Taleban: „Frauen sind verpflichtet, sich würdevoll zu verhalten, sich leise zu bewegen und zu vermeiden, mit ihren Schuhen Geräusche auf dem Fußboden zu erzeugen."

Die unverschleierten Reize der Frauen könnten Männer vom Wesentlichen abhalten: der Konzentration auf Gott. „Unislamisch" gekleidete Frauen werden von der allgegenwärtigen Religionspolizei, dem nach saudischem Vorbild geschaffenen „Ministerium zur Förderung der Tugend und zur Bekämpfung des Lasters", demonstrativ bestraft. Es wird mit allem geprügelt, was zur Hand ist: Knüppel, Gürtel, Stahlseile, Gewehrkolben. Amnesty international berichtete vom Fall einer Frau, die trotz Verbots Nagellack trug: Ihr wurde das Glied eines Fingers abgehackt; sie war gerade auf dem Weg zu ihrer Hochzeit.

Dann sorgte Mullah Muhammad Omar, geistlicher Führer der Taleban, für Ordnung. Prügel sollten nicht mehr willkürlich, sondern nur noch auf zwei Schläge beschränkt verabreicht werden. Im letzten Oktober führte der Chef der Religionspolizei, Maulawi Kalamuddin, der Presse eine dafür vorgesehene, 50 Zentimeter lange Lederpeitsche vor. Sie solle den Delinquentinnen nur etwas „Druck" machen, erläuterte er.

Emma Bonino, EU-Kommissarin für Humanitäres, bezeichnete diese barbarischen Zustände am 8. März 1998 als „Gender Apartheid". Tatsächlich hat wohl noch kein Regime Frauen so systematisch aus dem öffentlichen Leben verdrängt. Damit haben die Taleban die Erfolge einer in den 20er Jahren durch Reformen von oben angestoßenen, kleinen Frauenbewegung zunichte gemacht. Bereits 1921 öffnete die erste Mädchenschule. 1928 entschleierte sich die Frau des damaligen Königs Amanullah, Soraya, öffentlich. Zeitgleich dazu gingen die ersten Frauen zum Studium in die Türkei Atatürks und nach Europa. 1965 durften sie zum ersten Mal wählen. Vor dem sowjetischen Einmarsch waren 1,7 Millionen Afghaninnen berufstätig, danach stieg diese Zahl weiter. Doch der sowjetische Einmarsch sorgte auch für den islamistischen Backlash. Alles, was die Linksregierungen zwischen 1978 und 1992 durchzusetzen versuchten - Landreform, Alphabetisierung, Frauenrechte -, wurde diskreditiert und wird heute von vielen Afghanen mit „Kommunismus" gleichgesetzt und deshalb abgelehnt.

Diese Reaktion hat auch eine zweite, dunkle Seite. Hilfsorganisationen weisen auf eine dramatische

1) „Die Hoffnung bleibt.... Afghanistan unter der Herrschaft der Taleban", vom WDR produziert. WDR-Archiv-Nr. 27 95 61.

Zum Weiterlesen:
Susanne Thiel: Frauen in Afghanistan. In: INAMO Nr. 17 (Frühjahr 1999). Bezug: PF 3613, 90018 Nürnberg.
Christine Nölle: Bildung - ein kostbares Gut. In: Südasien 5/98. Bezug: Asienhaus, Bullmannaue 11, 45327 Essen.
Susanne Thiel: Hilfe ist möglich! In: Südasien 3/98.
Nancy Hatch Dupree: Afghan women under the Taliban. In: William Maley (Hg.): Fundamentalism Reborn? Afghanistan and the Taliban, New York University Press, 1998.
Iren von Moos: Nun hausen Schlangen in Aprikosengärten. Eine Ethnologin berichtet aus Afghanistan. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1996.

Mädchen werden in einer Homeschool unterrichtet. Foto: Ursula Nölle

Zunahme von Selbstmorden bzw. Selbstmordversuchen afghanischer Frauen hin. Darüber werde wegen der Tabuisierung des Themas aber nur hinter vorgehaltener Hand geredet. Seit der Machtübernahme der Taleban nehme auch die innerfamiliäre Gewalt zu, da unter den angespannten Umständen die Frustration der Menschen ansteige. Die Zahl der Afghaninnen, die mit schweren Depressionen und Neurosen in psychiatrische Kliniken aufgenommen werden mußten, habe sich mehr als verdoppelt.

So schlimm dieses Bild ist, so wenig eindeutig ist es auch. Auch unter den Vorgängern der Taleban wurden Frauen sozial ausgegrenzt. Schlimmer: Die chaotischen Zustände, als jede Straßenecke von einer anderen Fraktion kontrolliert wurde, führten dazu, daß Afghaninnen massenhaft Übergriffen ausgesetzt waren. Vergewaltigungen, Verkauf von Frauen und Kindern, Morde waren an der Tagesordnung. Schon im Dezember 1995 sprach amnesty international von einer „Menschenrechtskatastrophe", aber im Westen reagierte kaum jemand. Zu sehr wirkte das im Kalten Krieg geschaffene Bild vom Mudschahed, dem „Freiheitskämpfer", nach, als daß er sich auf einmal als Mörder und Vergewaltiger entpuppen konnte. Es war die Beseitigung der Mudschahedin-Willkür, die die Taleban auch vielen AfghanInnen zunächst als Befreier erschienen ließen.

Zudem stellt sich heraus, daß die Taleban in den ländlichen Gebieten weit weniger repressiv vorgehen. Eine UN-Mitarbeiterin hat allein in zwei Provinzen 60 Heimschulen besucht, in denen Afghanen ihre Töchter trotz offiziellen Verbots unterrichten. In den Stammesgebieten, die als Taleban-Hochburg gelten, setzte die Bevölkerung örtlich durch, daß Mädchenschulen weiterarbeiten können. Skandinavische NGOs sprechen von mehreren hundert Beispielen. Auch in den Städten existieren diese „Home Schools", die von den Taleban „stillschweigend geduldet" werden, wie Besucher des Landes berichten, auch wenn sie von Zeit zu Zeit geschlossen werden. Selbst in der Taleban-Hauptstadt Kandahar sollen sechs Fachärztinnen eine Privatklinik gegründet haben.

Auch vom Widerstand afghanischer Frauen im Land ist hier wenig bekannt. Zumindest ein Fall wurde berichtet: Am 21. Dezember 1996 protestierten etwa 50 Afghaninnen in Herat gegen die Schließung der öffentlichen Badestuben. 20 von ihnen wurden verhaftet, andere so schwer zusammengeschlagen, daß sie ins Krankenhaus mußten, heißt es im Bericht des UN-Berichterstatters über die Menschenrechte in Afghanistan, Choong-Hyun Paik.

In Pakistan demonstrierten seit 1995 mehrmals hundert Afghaninnen gegen die frauenfeindliche Politik aller afghanischen Fraktionen. Dazu aufgerufen hatte die „Revolutionäre Vereinigung der Afghanischen Frauen" (RAWA), die sich schon gegen die sowjetische Besetzung gewandt hatte, Bildungsarbeit unter afghanischen Flüchtlingsfrauen leistete und ihnen kostenlose gesundheitliche Betreuung vermittelte. Die RAWA sieht sich immer wieder Übergriffen von Islamisten gegenüber, ihr Gründerin Mina Keschwar Kemal wurde 1987 ermordet, die Täter sind bis heute nicht gefunden. Auch Fatana Ishaq Gailani, Vorsitzende des „Rates afghanischer Frauen", wurde wegen ihrer Gesundheits- und Bildungsprojekte für Frauen in pakistanischen Flüchtlingslagern mehrmals von Mudschahedin bedroht. Im Herbst erhielt sie in Spanien den Prinz-von-Asturien-Preis für internationale Zusammenarbeit.

Thomas Ruttig

Kontakt

Verein zur Unterstützung von Schulen für afghanische Flüchtlingskinder
Wiesenweg 43
22113 Oststeinbek
Tel. 0 40 / 7 12 24 17
Fax 0 40 / 7 13 14 51

Friedrich Nietzsche: „Der Mann soll zum Krieger erzogen werden und das Weib zur Erholung des Kriegers; alles andere ist Torheit." (1)

Ganz normale Alltagstypen

Militär und sexualisierte Gewalt gegen Frauen

Ahistorisch, ignorant und irreführend weist der britische Schriftsteller Michael Ignatieff in seinem Buch „The Warrior's Honour" auf die sexuelle Dimension heute angeblich veränderter Kriegsführung hin: „Eine Straßensperre in Bosnien zu passieren, wo heranwachsende Jugendliche mit dunklen Brillen und eng anliegenden Khaki-Kampfanzügen AK 47-Gewehre herumschwenken, bedeutet eine Zone toxischen Testosterons zu betreten. Krieg hatte immer eine sexuelle Dimension - eine Soldatenuniform ist keine Garantie guten Benehmens -, aber wenn ein Krieg von heranwachsenden Irregulären geführt wird, wird sexuelle Barbarei eine ihrer regulären Waffen." (2) In dieser biologistischen Bemäntelung sind Täter die eigentlichen Opfer. In Wahrheit ist nicht überschäumendes Testosteron die Ursache für sexualisierte Gewalt gegen Frauen. Diese ist fester und identitätsstiftender Bestandteil militärischer Handlungen.

Sexualisierte Gewalt gegen Frauen ist nachweislich eine der „Spielregeln" des Krieges und zieht sich als Mittel zur Kriegsführung durch Jahrtausende patriarchaler Geschichte, unabhängig von Nationalität, Region, Kultur, Ideologie. (3) „Dem Sieger gehört die Beute", hieß es schon in der Antike. Griechen, Perser, Römer erorberten Frauen als Arbeitssklavinnen und Nebenfrauen. Die Verfügungsgewalt über Frauenkörper als Kriegslohn war ein Lockmittel bei der Anwerbung von Söldnern - dem gemeinen Landsknecht stand das Privileg des Schändens und Plünderns zu. Vergewaltigungen waren ebenso Begleiterscheinungen des Hundertjährigen Krieges zwischen Frankreich und England wie der französischen Religionskriege. Die deutschen Truppen begingen 1914 Vergewaltigungsorgien in Belgien und Frankreich. Vergewaltigt wurde von US-amerikanischen Soldaten in Vietnam und vergewaltigt wurde in den Befreiungskriegen in Afrika.

Die Täter senden die Botschaft: „Du existierst als Person und als Mensch nicht." Eine Regel des Kriegers in der männlichen Kommunikation lautet: Die Frau des Feindes vergewaltigen. Er schüchtert mit seiner Tat den Gegner ein und demoralisiert sein Opfer - die Schändung der Frau durch den Sieger zerstört bei den unterlegenen Männern alle noch verbliebenen Illusionen von Macht und Besitz. Der Sieger vergewissert sich seiner eigenen Macht und befriedigt das Gefühls, zu den „wahren Männern" zu gehören. (4) Sind gerade keine Frauen des Feindes verfügbar, dienen als Opfer des Kriegers Frauen jeglicher Nationalität. Massenvergewaltigungen von Frauen sind keineswegs Aktionen sinnloser Brutalität, sondern kulturzerstörerische Akte mit strategischer Bedeutung. (5) Das heißt nicht automatisch, daß jeder Soldat vergewaltigt. Schlimmer: Es handelt sich um eine Verhaltensweise, die in der Konstruktion des Soldatseins und in den heterosexistischen Männlichkeitsvorstellungen, die Armeen zur Verfügung stellen, strukturell angelegt ist. (6)

Sexuelle Versklavung von Frauen durch das Militär

Vergewaltigungen und sexuelle Sklaverei zu Kriegszeiten haben eine militärische Bedeutung. Es ist müßig, zu unterscheiden, ob Frauen mit Gewalt oder Geld gezwungen werden und durch welche Institutionen oder Mittel ihnen Gewalt angetan wird. Alles ist Teil eines militaristischen Konzepts, das Männern das Verfügungsrecht über Frauenkörper zuspricht. Die Grenzen zwischen sogenannter freiwilliger Prostitution, Sexsklaverei und Vergewaltigung sind fließend. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen wird völlig unabhängig von der Existenz oder Nichtexistenz militärischer Zwangsbordelle in Kriegen ritualisiert.

Massenvergewaltigungen:

Eine der brutalsten neuzeitlichen Massenvergewaltigungen verübte die japanische Armee 1937 bei der Einnahme von Nanking, was in die zeitgenössische Presse als „Vergewaltigung von Nanking" einging. (7) Wehrmacht und SS vergewaltigten in den eroberten Gebieten systematisch Frauen. (8) Soldaten der Roten Armee vergewaltigten etwa zwei Millionen Frauen in Polen und Ostdeutschland. (9) Während der irakischen Besetzung Kuwaits 1990 folterten und vergewaltigten irakische Soldaten Frauen aller Altersstufen. (10) Die Beispiele lassen sich in der Gegenwart für Afrika, Asien (Burma, Indonesien) oder auch Kurdistan beliebig fortsetzen. Mehrere hunderttausend Frauen sind in Kroatien und Bosnien während des Krieges von allen Parteien und eben nicht nur den bosnischen Serben vergewaltigt worden (11), viele von ihnen mehrmals, viele wurden ermordet. Im Juni 1992 verlautbarte ein Soldat der „Green Berets", einer paramilitärischen Kampfgruppe der bosnischen Muslime, daß er für jede Busfuhre Frauen, die er den Soldaten brachte, 200 DM kassierte. Wenn er keiner serbischen Frauen habhaft werden konnte, waren eben kroatische oder moslemische dran: Hauptsache den Bus voll Frauen, und die 200 DM flossen. Die Krieger tragen diesen Krieg gegen Frauen an die „Heimatfront". In den Städten Ex-Jugoslawiens verdoppelten sich die Vergewaltigungen, Todesdrohungen und die Anwendung von Waffen in familiären Auseinandersetzungen. (12)

(1) F. Nietzsche: Also sprach Zarathustra, Stuttgart 1964, S. 70.
(2) Zit. nach R. Wilke-Launer: Kanonenfutter und Killerkommandos, in: der überblick 4/98, S. 6 f.
(3) Vgl. S. Brownmiller: Gegen unseren Willen. Vergewaltigung und Männerherrschaft, Frankfurt am Main 1980, bes. S. 38 ff.
(4) Vgl. R. Seifert: Feministische Theorie und Militärsoziologie, in: Das Argument 190 (1991).
(5) Vgl. R. Seifert: Krieg und Vergewaltigung. Ansätze zu einer Analyse, in: A. Stiglmayer (Hg.): Massenvergewaltigung. Freiburg 1993, S. 98 ff.
(6) Vgl. V. Fiegl: Die militärische Zurichtung des Mannes, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis 37(1994), S. 33 ff.; R. Seifert: Frauen, Männer und Militär (II): SOWI-Arbeitspapier Nr. 61, München 1992.
(7) Vgl. Brownmiller: Gegen unseren Willen, S. 62 ff.
(8) Vgl. ebenda, S. 55 ff.; Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, Nürnberg 1947, Bd. 6, S. 404 ff.; Bd. 7, S. 456 ff.
(9) Vgl. den Dokumentarfilm von Helke Sander und Barbara Johr „BeFreier und Befreite" (1992).
(10) Vgl. taz vom 13.11.1991.
(11) Damit wird nicht verkannt, daß es sich bei den Massenvergewaltigungen und sadistischen Folterungen von Frauen in Bosnien-Herzegowina 1992 um ein Element der serbischen Kriegsstrategie handelt. Vgl. R. Seifert: Krieg und Vergewaltigung, S. 86.
(12) Zit. nach L. Mladenovic, Leben unter Vergewaltigern, in: gwr 177, April 1993, S. 8.

Susan Brownmiller: „Der Krieg liefert den Männern den perfekten psychologischen Freibrief, um ihrer Verachtung für Frauen Luft zu machen. Die Männlichkeit des Militärs - die brutale Waffengewalt, ausschließlich in ihren Händen liegend, das geistige Band zwischen Mann und Waffen, die männliche Disziplin des Befehlens und Durchführens von Befehlen, die simple Logik der hierarchisch geordneten Befehlsgewalt -, das alles bestätigt den Männern, was sie bereits lange ahnten, nämlich daß Frauen nur eine unerhebliche Nebensache sind in einer Welt, in der es auf andere Dinge ankommt... Männer, die im Krieg vergewaltigen, sind ganz normale Alltagstypen, die ihre Normalität verlieren, wenn sie in den exklusivsten Männerclub der Welt eintreten." (35)

Militärbordelle:
Japanische Militärs verschleppten schätzungsweise 200.000 Einwohnerinnen der von der Kaiserlichen Armee besetzten Gebiete - besonders aus Korea, aber auch China, Taiwan und den Philippinen - als „verderbliches Kriegsgerät" in sogenannte Vergnügungslager. (13) Generalstabsmäßig wurden vier bis fünf der sogenannten „Trostfrauen" auf je 2.000 Soldaten eingeplant. (14) Die Frauen fielen massenhaft den Brutalitäten der Soldaten zum Opfer, infizierten sich mit Geschlechtskrankheiten, begingen Selbstmord oder wurden - gepfählt durch die Vagina - ermordet.
Bereits im Ersten Weltkrieg existierten im Hinterland des deutschen Kaiserheeres Bordelle, die von der Armee verwaltet wurden. Allein der Verdacht, daß eine Frau „gewerbliche Unzucht" betrieb, genügte, um sie in eines dieser vielen Bordelle einzuweisen. Streng voneinander getrennt waren Mannschafts- und Offiziersbordelle. (15) Im Zweiten Weltkrieg perfektionierte die Wehrmacht die staatlich organisierte Sexsklaverei. Mit dem Erlaß zur „Wiedereinrichtung von Bordellen und zur kasernenartigen Zusammenfassung von Prostituierten" vom 9. September 1939 schuf der Reichsinnenminister im Operationsgebiet der Wehrmacht kontrollierte Bedingungen der „geschlechtlichen Betätigung" der Wehrmacht. (16) Das OKW (17) richtete ab Mitte 1940 etwa 500 Wehrmachtsbordelle ein, in die zumeist osteuropäische Frauen, zumal Jüdinnen gezwungen wurden, und verband dies vorrangig mit dem Gedanken, durch kontrollierten Geschlechtsverkehr und kontrollierte „Sanierung" die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten und Homosexualität einzudämmen. Jüdische Frauen wurden tätowiert bzw. erhielten den Stempel „Feld Hure" - „Hure für Hitlers Truppen". (18) Die in die Bordelle gezwungenen Frauen wurden nach einer gewissen Zeit ermordet. Der NS-Staat errichtete auch in Konzentrationslagern Bordelle, deren Besuch privilegierten Häftlingen als Leistungsanreiz zur Steigerung der Arbeitseffektivität gestattet wurde. Besondere Bordelle wurden für die SS-Wachmannschaften eingerichtet. Als Insassinnen dieser Bordelle wurden weibliche KZ-Häftlinge verwendet.

Das ist keine Vergangenheit. Aus den Untersuchungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission in Südafrika wurde bekannt, daß bei Gewaltausbrüchen zwischen Anhängern des ANC und der Inkatha Freiheitspartei Frauen zur jeweils gegnerischen Partei verschleppt und dort zwangskaserniert wurden. In den Ausbildungslagern des ANC im Exil benutzten die männlichen „Kampfesgenossen", besonders Vorgesetzte, Frauen als Sexsklavinnen. (19)

Kindersoldatinnen:
Medienberichte sprechen zumeist von männlichen Kindersoldaten. Das Rekrutieren von Kindern kennt aber keine Geschlechtergrenzen, vermutlich sind ein Drittel der weltweit etwa 300.000 Kindersoldaten Mädchen. (20) Mädchen dienen als Soldatinnen, müssen Lasten tragen, kochen und die „sexuellen Bedürfnisse" der Männer befriedigen. In einer Gesellschaft, in der Frauen erst durch eine heterosexu-

elle Ehe vollwertige Menschen werden, sind diese Mädchen, die oft von ihren Vergewaltigern Kinder austragen, stigmatisiert.
Die systematische Vergewaltigung von Frauen und Entführung von Mädchen gehört zur Kriegsstrategie der Lord's Resistance Army (LRA) unter Joseph Kony in Uganda. Im Alter von 13 Jahren werden die Mädchen mit älteren Soldaten zwangsverheiratet, die dadurch für soldatische Leistungen „belohnt" werden, und gelten als sein Eigentum. Jeglicher sexuelle Kontakt mit anderen LRA-Mitgliedern ist verboten. Der Besitz von Frauen, Polygamie und das exklusive Verfügungsrecht eines Ehemanns über seine Frauen werden in der LRA brutal durchgesetzt. Mit zunehmendem soldatischen Rang steigt die Anzahl der „Ehefrauen". (21)
Berüchtigt ist die Revolutionary United Front (RUF) in Sierra Leone, die seit Beginn des Bürgerkrieges 1991 Kinder entführt und als Soldaten rekrutiert. Als Kadiatu 13 Jahre alt war, ermordete die RUF ihre Familie und entführte das Mädchen als Kriegsbeute. Noch am Abend der Ankunft im Lager wurde sie Eigentum eines Rebellen. Zuweilen fielen auch andere über sie her. Ihre Geschichte wurde bekannt, da sie im Rahmen eines Unicef-Projektes psychologisch betreut werden kann. (22) Gegenwärtig morden etwa 5.000 Jungen und Mädchen als Kindersoldaten in diesem Land. Teilweise werden sie bereits mit sechs, sieben Jahren zum Töten abgerichtet.
In Mosambik benutzte die oppositionelle Renamo entführte Mädchen als Arbeits- und Sexsklavinnen. In den Militärlagern wurden sie zunächst in einem sogenannten „Angewöhnungsort" gefangengehalten. In diesem Sonderlager vergewaltigten Renamo-Soldaten die entführten Mädchen mehrmals täglich. Viele starben. Überlebende können keine Hilfe erwarten. Die ehemaligen Krieger sind die Politiker, Polizisten und Armeeangehörigen von heute. Joana, eine Überlebende: „Wir wanderten drei Tage, bevor wir zum Lager kamen. Wer das Marschtempo nicht mithalten konnte, wurde sofort getötet. Als ich zum Lager kam, wurde ich von den Jungen getrennt. Ein Soldat kam, suchte sich ein Mädchen aus und nahm sie mit in den Busch. Wir hörten Schreie. Sie kam zurück, und nach einigen Tagen starb sie. Der Soldat hatte sie mit einem Bajonett in der Vagina verletzt, um sie weit zu machen, denn er meinte, sie sei zu eng. ... Als ich an der Reihe war, litt und weinte ich sehr. Aber meine Seele ging aus meinem Körper heraus. Ich sah, wie die Soldaten meinen Körper vergewaltigten, und es schien, als wäre es der Körper eines anderen Menschen. ... Ich überlebte, denn der Kommandant wählte mich aus, seine Frau zu sein."(23)

Saubere Bundeswehr?

Ende 1994 erregte die Fürther CSU-Landrätin Gabriele Pauli Ärgernis, indem sie an Bundesfrauenministerin Claudia Nolte schrieb: „In Gesprächen mit Soldaten wurde mir geschildert, daß dort selbst von Führungskräften das Bild der Frau als 'Untermensch' und 'Sexmaschine' vermittelt wird." Den Vorwurf einer „sexistischen Indoktrination" der Bundeswehr wies der damalige Wehrbeauftragte des Bundestages, Biehle, strikt zurück. (24) Wenngleich dies keine Führungsdoktrin der Bundeswehr sein mag, Frauenwitze auf Internetseiten mit Bundeswehrbezug sprechen Bände über den Geist der Truppe und decken sich mit der Feststellung von Gabriele Pauli. Es genügt, einen Zug der Deutschen Bahn am Sonntagabend zu nutzen, um den Beschreibungen der Wochenendgestaltung gerade der Pubertät entwachsener Horden alkoholisierter Bundeswehrsoldaten zuzuhören - eine Alltagserfahrung, die keineswegs vom Erscheinungsbild wehrpflichtiger NVA-Soldaten in damaligen Zügen der Deutschen Reichsbahn abweicht.

Nach der Angebot-Nachfrage-Regel ist es nicht verwunderlich, daß sich in der Nähe von Truppenstandorten der Bundeswehr, insbesondere in ländlichen Gebieten wie der Lüneburger Heide, gehäuft Bordelle ansiedeln. (25) Werden irgendwo Truppen stationiert, folgt immer auch die sogenannte „Freizeitindustrie", d.h. Prostitution und die damit verbundene Kriminalität. (26)

Freier mit UN-Präservativen

Die militärische Intervention der UNO in Kambodscha am Anfang der 90er Jahre und die Anwesenheit von 15.000 UNTAC-Soldaten und etwa 5.000 Personen sonstigen Personals bewirkten eine Zunahme der Gewalt gegen Frauen einerseits (27) und eine hektische Aktivität internationaler Menschenhändler-Kartelle andererseits, die den UNTAC-Truppen „minderjähriges Frischfleisch" aus Vietnam lieferten. Die dunkelhäutigeren Kambodschanerinnen hatten einen geringen Marktwert. (28)
Internationale Hilfsorganisationen und 175 kambodschanische Frauen beschwerten sich beim UNTAC-Kommandeur Yasushi Akahi wegen häufigen sexuellen Mißbrauchs von Frauen und Kindern durch seine Untergebenen. (29) Akahi tat das mit der Bemerkung ab, Jungs seien Jungs, „heißblütige 18-jährige". (30) Besorgt zeigte sich die UNTAC-Führung lediglich über die Häufung von Geschlechtskrankheiten unter ihren Soldaten und Zivilisten. Allein im deutschen Feldlazarett in Phnom Pen tauchten 1992 täglich bis zu 40 infizierte Soldaten auf, (31) obwohl allein die 150 Bundeswehrsoldaten kostenlose 50.000 Präservative im Reisegepäck hatten. (32)
Nach 1992 sorgten die 14.000 Soldaten der UNPROFOR-Truppen für eine Zunahme der Prostitution in Bosnien-Herzogowina und in Kroatien. Da in Kroatien Prostitution verboten war, standen den UNPROFOR-Truppen in Zagreber Bordellen nur osteuropäische Zwangsprostituierte zur Verfügung. Das duldete die kroatische Polizei. (33) Die spanische Zeitung „El Mundo" warf unter Bezug auf einen Bericht des spanischen Geheimdienstes der NATO vor, daß sie in ihren Militärlagern in Bosnien-Herzegowina Kinderprostitution toleriert. In den Militärlagern bei Sarajevo vergewaltigten Soldaten der SFOR-Truppen mehrfach 14- bis 15-jährige Bosnierinnen, die ihnen von einheimischen Zuhältern unter Kontrolle italienischer Militärangehöriger zugeführt wurden. (34)
Hat also auch eine UN- oder NATO-Interventionsarmee das Recht des Siegers?

Anne Gündel

(13) Vgl. den Roman „Die Trostfrau" von Nora Okja Keller, München 1997.
(14) Vgl. FAZ vom 28.7.Juli 1995; auch die Internetseite des „Korean Council for Women Drafted for Military Sexual Slavery by Japan".
(15) Vgl. M. Hirschfeld/A. Gaspar (Hg.): Sittengeschichte des Ersten Weltkriegs, Hanau 1998 (Reprint).
(16) Auf „freiwillige" Prostitution kann hier nicht eingegangen werden.
(17) Oberkommando der Wehrmacht
(18) Zit. nach I. Schmidt-Harzbach: Eine Woche im April. Berlin 1945. in: Sander/Johr (Hg.): BeFreier und Befreite, S. 29.
(19) Vgl. Y. Sooka: Vergessener Teil der Wahrheit, in: der überblick 4/98, S. 88 ff.
(20) Vgl. der überblick 4/98, S. 1.
(21) Vgl. H. Köhn: Zwangsheirat als Kriegsstrategie, in: der überblick 4/98, S. 10; E. Rubin: Todesangst vor den eigenen Kindern, ebenda, S. 9 ff.
(22) Vgl. M. Oettli: Und dann töten sie mich, in: DIE ZEIT vom 14. Januar 1999, S. 62.
(23) B. Efraime jr.: Die Geister können Schmerzen lindern, in: der überblick 4/98, S. 52 ff.
(24) FR vom 7.12.1994, taz vom 18.12.1994.
(25) Auskunft des Hannoveraner Prostituiertenselbsthilfe-Projektes „Phönix".
(26) Jährlich werden etwa 500.000 Frauen aus Osteuropa in die EU geschleust und zur Prostitution gezwungen. Vgl. Tsp. vom 13.2.1999 sowie „Zwangsprostituierte aus Osteuropa", in: Le Monde diplomatique (taz-Beilage) vom 12.2.1999.
(27) Vgl. FAZ vom 13.2.1993.
(28) Vgl. Hamburger Abendblatt vom 10.2.1993.
(29) Vgl. D. Sterzer: Soldatengeschäft und Prostitution, in: gwr 177, April 1993, S. 6.
(30) Vgl. oben das Zitat von Ignatieff.
(31) Vgl. Der Spiegel 44/1992.
(32) Vgl. FR vom 10.10.1992.
(33) Vgl. Pacific News Service (San Francisco), UN Troops/Prostituition in Croatia, 20.7.1993.
(34) Vgl. Tsp. vom 30.6.1998.
(35) S. Brownmiller: Gegen unseren Willen, S. 39.

Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert

Nationalismus, Sexismus, Militarismus

Kann man über dieses Thema überhaupt etwas Neues schreiben? Verflucht, Militarismus ist überall. In der Armee ist er nur am offensichtlichsten, sie ist der Ort, an dem Sexismus fraglos hingenommen wird. Alle Armeen der Welt sind darin einig, und nicht nur in der Vergangenheit. Und kommen wir zur Gegenwart: Was unsere Mitmenschen - Frauen - in Bosnien erlebt haben, ist auch in unserem Land geschehen - wenn es auch offiziell keine Worte dafür gibt.

Soldaten sprechen davon, die Waffe sei die „Braut des Soldaten", das heißt sein Eigentum und ein Objekt, das er schützen muß. Soldaten werden aufgefordert, sich, während sie Liegestütze machen, vorzustellen, daß unter ihnen Frauen lägen. Soldaten, die keine Waffe in die Hand nehmen wollen, werden als „Frau" beschimpft und damit der Feigheit bezichtigt. Diese Beispiele zeigen. was die Militaristen über das weibliche Geschlecht denken. Auf einer Seite werden Frauen erniedrigt und beim Militär für „Mach auf! Mach auf!"-Abende benutzt. (1) Auf der anderen Seite werden im schizophrenen Denken des Militärs Frauen als Mütter verehrt, die dazu da sind, Söhne zu gebären, die in neue Kriege geschickt werden. Und das sind Ansichten, die leider auch Frauen vertreten.

Natürlicher Sexismus

Über die männliche Seite des Krieges schreibt Marilyn French: „Der Zweck eines Krieges besteht darin, die Überlegenheit einiger Männer über andere unter Beweis zu stellen, ein anderes Volk 'zur Frau zu machen' oder zu 'entmannen' (in vielen frühen Mythen wird diese Absicht explizit formuliert) und das Weibliche im Mann auszumerzen oder zu transzendieren. Primärer Adressat dieses männlichen Bedürfnisses, die eigene Überlegenheit zu demonstrieren, ist die Frau. Krieg entsteht aus der männlichen Wahrnehmung des Lebens als eines Kampfes zur Überwindung des Weiblichen und der Natur. In der Sprache von Intellektuellen, die in der sogenannten 'Verteidigungs'-Industrie tätig sind, tritt diese Einstellung unverhüllt zutage." (2) So führt sie Beispiele dafür an, daß bei erfolgreich verlaufenden nuklearen Tests den Bomben von den Wissenschaftlern, die die Versuche durchführen, ein männlicher Vorname gegeben wird. Scheitert der Test, „wird es ein Mädchen". Bei der Beschreibung nuklearer Explosionen ist die Rede von „einem starken Orgasmus", der entstandene Krater erhält einen Frauennamen. Pornographische Sprache entlarvt männlichen Sadismus, Machtgier und sexistischen Haß. Die Kampfpiloten an Bord des John-F.-Kennedy-Kreuzers sahen während des Golfkriegs in den Nächten vor dem Angriff auf den Irak Pornofilme mit Darstellungen sadistischer Gewalt gegen Frauen an.

Alles bisher Gesagte trifft auf praktisch jede Armee der Welt zu. Wenn Vorkommnisse wie die beschriebenen ans Tageslicht kommen, werden sie erstaunlicherweise von den zuständigen Militärs nicht dementiert. Meiner Meinung nach liegt das nicht daran, daß die Frauen in der Armee anders und sexistischer wahrgenommen werden als in der übrigen Gesellschaft. Sexistisches Verhalten wird - nicht nur von Militärs - als „natürlich" angesehen. Unter der Oberfläche der „Erhabenheit", die man uns lehrt, ist die Armee ein stinkender Sumpf. Aber sie ist in der Gesellschaft so gut legitimiert, daß es in Ländern wie der Türkei das größte Tabu ist, sie in Frage zu stellen. Das ist der Geist des Militarismus. Von welcher Frau kann man erwarten, daß sie angesichts des Sexismus in der Armee ruhig bleibt und ihn als legitim ansieht?

Staat und Militarismus

Jede Art von System und Macht, das existiert, speist sich aus derselben Quelle, auch wenn es ideologische Unterschiede gibt. Kann man sich einen Staat oder ein gesellschaftliches System vorstellen, in dem es keine militaristischen Begriffe und Regeln gibt? In den Staaten wie unserem, in dem demokratische Rechte nicht existieren, zeigt sich die militaristische Mentalität nicht nur in der Armee, sondern auch im zivilen Leben ganz offen. Offen oder verborgen ist Militarismus in jeder Kultur im System tief verwurzelt. Er ist nicht so leicht aus unserem Leben zu entfernen, er ist ein Grundbestandteil. Jenseits aller von den Menschen geschaffenen Ideologien ist die militaristische Sicht in ihrer kulturellen Zwangsläufigkeit für Frauen und ihre Körper gefährlich.

Kulturelle Zwangsläufigkeit

Was von einem tausendjährigen kulturellen Erbe für die Frauen übrigbleibt, ist nicht gerade heiter. Die kulturellen Rituale wirken nicht nur in den

Menschen, die das System akzeptieren und seine Regeln genau befolgen, sondern auch bei uns Oppositionellen. Was wir zuerst von unserer Mutter und deren Mutter erfahren haben, war, daß man sich in die Angelegenheiten der Männer nicht einmischen darf. Die Männer treffen die Entscheidungen, und die Frauen müssen sie befolgen. Alles, was sich auf der Erde befindet, ist für Männer und gehört ihnen. Und die Frauen sind diejenigen geblieben, die immer gehorchen müssen und den über sie gefällten Urteilen und Bestimmungen folgen. Was wir zuerst gelernt haben, war immer, nicht zu weit gehen, sich nicht in die Angelegenheiten der Männer einzumischen.

Der Militarismus ist auf ein System von Befehl und Gehorsam gegründet, in dem niemand außerhalb seiner Berechtigung und Verantwortlichkeit handeln darf. Ein Untergebener hat keine Rechte gegenüber seinem Vorgesetzten und muß Befehle treu befolgen. Sie in Frage zu stellen ist verboten, wie folgende Anekdote erzählt: In einer Einheit hielt seit Jahren ein Soldat immer Wache vor einer Sitzbank. Niemand fragte, warum; und das ging so lange Zeit. Eine Grünfläche, eine Sitzbank und ein Soldat, der davor Wache schiebt. Erst nach vielen Jahren wurde festgestellt, daß man an dem Tag, als die Bank gestrichen wurde, davor eine Wache postiert hatte, damit sich niemand draufsetzt.

Seitdem wurde die Bank immer bewacht. Solche unlogischen Handlungen ähneln den Beziehungen zwischen Vater, Mutter und Kind in der herkömmlichen Familienstruktur. Zumindest in meiner Familie war es so, mit kleinen Unterschieden. Der Vater ist der absolute Herrscher, die Mutter die Vermittlerin, die seine Befehle und Wünsche weiterleitet, und die Kinder sind diejenigen, die bei jedem kleinen „Warum?" übel zugerichtet werden. Väter, die Soldat waren, betrachten ihre Häuser als ihre Kaserne, ihre Ehefrauen als Befehlsempfänger und ihre Kinder als Soldaten.

Linke Machos

Das kulturell Bedingte und im System Verwurzelte bildet sich so auch in unserem Leben ab. Vielleicht sind wir deswegen Oppositionelle geworden. Vielleicht haben wir deshalb den Militarismus, ob offen oder verborgen, erkannt, wo immer wir ihn trafen. Frauen haben zu oft erlebt, daß ihre Existenz nicht wahrgenommen wird, daß sie sich darüber nicht täuschen können. Wenn eine Person das gleiche in abgewandelter Form immer wieder erlebt, wird ihre Wahrnehmung geschärft. Das gilt auch für die Beziehungen zwischen oppositionellen Männern und Frauen.

Es ist eine Realität, daß linksoppositionelle Gruppen hierarchisch strukturiert sind und daß in ihnen kein Wert auf das Wort von Frauen gelegt wird. Obwohl wir von verschiedenen Seiten gegen das System kämpfen, ist die Wahrnehmung von Frauen durch die Männer in den oppositionellen Gruppen im wesentlichen systemkonform, höchstens ein bißchen feiner. Wo hierarchische Strukturen und politische Machtkämpfe sind, ist auch das militaristische Verständnis einer zweitrangigen Stellung der Frau. Deshalb gibt es vor allem in der Gewerkschaft Frauenquoten: weil die zurückgebliebenen Linksoppositionellen das benötigen, wenn sie gegen das System kämpfen. An welche Art Revolution denken sie eigentlich? Wie können sie mit ihrer Art zu reden und den „männlich-militaristischen" Seiten ihrer persönlichen Beziehungen für eine freie, gerechte und ausbeutungsfreie Gesellschaft kämpfen? Ist diese „freie, gerechte und ausbeutungsfreie" Gesellschaft etwa wieder nur für Männer? Und was ändert sich dann eigentlich für die Frauen?

Das ist es, was mich als eine Frau, die am antimilitaristischen Kampf teilnimmt, am meisten interessiert.

Ich erlebe jeden Tag offenen Militarismus. Es ist mir bewußt, was ich als Frau in den Beziehungen bedeute, die wir mit linken Oppositionellen haben. Ich muß mich so verhalten, als ob ich mein Frausein und meine Probleme nie erlebt hätte. Um meinen Worten in der Männerwelt Gehör zu verschaffen, muß ich wie ein Mann sein.

Schöne Worte reichen nicht

Weil antimilitaristischer Kampf mehr bedeutet, als nur gegen aktuelle Kriege zu sein, betonen wir die Notwendigkeit einer kulturellen Veränderung. Dieses „wir" schließt Frauen und Männer ein. All diese Gewohnheiten gegenüber Frauen, alles, dessen wir überdrüssig sind, betrifft das diejenigen, die am antimilitaristischen Kampf teilnehmen, nicht? Militaristische und antimilitaristische Personen haben das gleiche kulturelle Erbe. Das verlangt mehr als nur schöne Worte und gute Absichten. Um uns vom Militarismus zu lösen und zu einem wahren, gerechten und freien Verständnis zu kommen, ist aufrichtige Bemühung und Vorsicht vonnöten. Wir besitzen zudem kein eigenes kulturelles Erbe, zu dem wir Zuflucht nehmen können. Wir haben Vorschläge, wie wir in unseren Beziehungen im Alltag leben wollen. Frauen sollten sich bemühen, ihre überkommene Haltung, immer zurückzustehen, zu ändern. Männer sollten sich bemühen, ihr Herrschaftsverhalten und die Art, wie sie Frauen wahrnehmen, zu ändern.

Wir haben von unseren männlichen Freunden in Diskussionen über Sexismus den Eindruck gewonnen, daß sie gutwillig sind. Wenn es nicht so wäre, hätte man schon anders vorgehen müssen. Ihre Absichten sind gut und schön, aber das allein drückt nicht viel aus. Wir brauchen mehr als gute Vorsätze. Wir brauchen Verhaltensweisen und Gewohnheiten, die in der Praxis gelten, jenseits von Absichten und Wahrheiten. Wir sind seit vielen Jahren da, weil wir tatsächlich daran glauben, daß die in diesem Kampf befindlichen Männer sich ändern werden. Aber ich glaube nicht daran, daß wir ihnen noch viele Jahre Zeit geben können. Denn man darf nicht vergessen, daß der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist.

Ferda Ülker, Izmir
Übersetzung: Mustafa Ünalan
(redaktionell gekürzt)

(1) Veranstaltungen beim türkischen Militär, bei denen Frauen z.B. als Sängerinnen auftreten. Die Soldaten fordern sie - analog dem deutschen „Ausziehn! Ausziehn!" - auf, ihre Kleidung zu öffnen. Es kommt nicht selten vor, daß die Frauen der Aufforderung nachkommen.
(2) Marilyn French, Der Krieg gegen die Frauen. München 1992, S. 202 ff.

Post
für illoyal

Betr.: Innere Sicherheit, illoyal6

Die Idee, den Antimilitarismus von der „Inneren Sicherheit" her zu thematisieren, ist nicht schlecht. Die Gewaltapparate im Staat halten sich schließlich gegenseitig aufrecht. Der Blick auf die anderen bewaffneten Organisationen kann da nur hilfreich sein. Was mich interessieren würde: Könnt Ihr Euch erklären, wieso es in diesem Land, das beim Golfkrieg noch auf die Barrikaden ging, heute kaum noch Protest gegen die Einmischung der BRD und der NATO in Jugoslawien gibt? Der Verrat der Grünen, die früher noch (angeblich?) die Bundeswehr abschaffen wollten, wird ja fast von niemandem als Verrat empfunden, sondern vielmehr allgemein nachvollzogen. Die Behauptung des humanitären Einsatzes scheint ganz gut zu ziehen - sind die Leute alle so doof, oder wollten schon die Friedensdemonstranten von früher nichts anderes als ein sicheres Deutschland - in dem es keine Krieg gibt, weil sie nach außen getragen werden?

Gut fände ich, wenn Ihr da mehr am Ball bleibt und versucht, herauszufinden, wieso wir so wenige sind. Da macht man sich natürlich nicht nur Freunde, aber um so erfreulicher ist es, daß es noch Zeitschriften gibt, die nicht umgefallen sind. Ein Heft mit dem Thema, wie heute Kriege verkauft werden, wäre bestimmt spannend. Dann ist es eben ein friedenschaffender Einsatz, und man ist keine Kriegspartei oder Besatzungsmacht, sondern Friedensgarant. In Zeiten, in denen es keine breiten Bewegungen gibt, ist es um so wichtiger, daß wenigstens laut nachgedacht wird. Also, macht weiter so!

Jens Kabluscheit, Berlin

Post von Leserinnen und Lesern ist uns immer willkommen. Den Abdruck und eine eventuelle Kürzung behalten wir uns allerdings vor.
die Redaktion

Betr.: „Projekt Dienstarzt" und „Menschen, Rechte, Repressionen", illoyal 6

Daß Zivildienstleistenden das Recht auf freie Arztwahl verweigert wird, ist natürlich schwerwiegend. Diese Einschränkungen folgen aber logisch daraus, daß der Zivildienst ein Zwangsdienst ist und Bestandteil der Wehrpflicht. Manchmal hat man den Eindruck, viele Männer betrachten den Zivildienst als freiwillig gewählte Arbeit oder als eine Art Praktikum. Dafür spricht auch, daß „Zivis" sich kaum dagegen wehren, „permanent ausgenutzt" zu werden, wie euer Autor schreibt. Von Freiwilligkeit, die man „ausnutzen" könnte, kann eben keine Rede sein! Und als Zwangsdienst ist der Zivildienst eben auch nur beschränkt reformfähig. Man sollte ihn lieber mitsamt der ganzen Wehrpflicht abschaffen. Übrigens auch wie jeden Zwangsdienst und jede Zwangsarbeit. Dem Artikel von „Maria Roth" im gleichen Heft kann ich deshalb nur zustimmen. Daß in der BRD Zwangsdienste geleistet werden, während gleichzeitig Millionen Frauen und Männer arbeitslos sind, ist nur zu begreifen, wenn man dafür ideologische Gründe annimmt, wie die autoritäre Vorstellung, Menschen müßten zur Arbeit gezwungen werden, weil sie von allein nur „auf der faulen Haut" liegen würden. Leuchtendes Beispiel für solche Ideologie ist der ehemalige Kanzler Schmidt, der letztens forderte, Frauen sollten ein „Pflichtjahr" leisten. Als ob er noch nie davon gehört hätte, daß Frauen nicht nur nach wie vor in praktisch allen Berufssparten und Hierarchiestufen schlechter bezahlt werden als Männer, als ob sie nicht sowieso den größten Teil der unbezahlten Arbeit in den Familien, Partnerschaften und in sogenannten „Ehren"ämtern leisten würden.

Sabine Meyer, Göttingen

Ja! Ich abonniere ***illoyal*** Journal für Antimilitarismus
ab der nächstmöglichen Ausgabe für ein Jahr (vier Ausgaben).
Das Abo verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, falls es nicht vier Wochen vor Ablauf des Jahres gekündigt wird.

☐ DM 20 für ein Abo

☐ DM 50 für ein UnterstützerInnenabo

habe ich auf das Konto 741 834 109 bei der Postbank Berlin, BLZ 10010010 unter dem Stichwort *illoyal* überwiesen.
Diese Bestellung kann ich innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen.

Name

Anschrift

Unterschrift

Bitte ausschneiden und an *Mit uns gegen die Wehrpflicht* · Oranienstr. 25 · 10999 Berlin senden.

Berichte
- News -

Rotgrüne Gelöbnisse
Wer gestern noch auf einer Anti-Gelöbnis-Demo gesprochen hat, kann heute auch Mitglied einer Regierung sein, die Kriegseinsätze durchführt. Wie ernst die Äußerungen grüner Politiker zu nehmen sind, keine öffentlichen Gelöbnisse mehr abzuhalten, wollte der CDU-Bundestagsabgeordnete Siemann in einer Fragestunde des Bundestages wissen. Dazu zitierte er grüne Vorstandsäußerungen wie: „Soldaten gehören in Kasernen und nicht auf Marktplätze. Wir werden uns auch in Zukunft gegen diese Militarisierung des öffentlichen Raumes wenden." Das Bundesverteidigungsministerium ließ in seiner Antwort wissen, man lebe ja Gott sei Dank in einem Rechtsstaat, und jeder könne da seine eigene Meinung haben. Die Bundesregierung werde jedenfalls an öffentlichen Gelöbnissen festhalten. Wo Siemann grüne Forderungen, „öffentliche Gelöbnisse, militärische Begrüßungen und andere Militärspektakel abzuschaffen", zitierte, wurde darauf verwiesen, die Beurteilung, was Militärspektakel seien, solle man einzelnen überlassen. Anders ausgedrückt: Was der grüne Koalitionspartner so daherredet, kratzt uns nicht, wir machen, was wir für richtig halten.
Militärminister Scharping hat mittlerweile ein Gelöbnis für den 20. Juli in Berlin angekündigt. Wir sind gespannt, ob die Grünen ihren bisherigen papierenen Protesten Taten folgen lassen.

Nazigestalten
Immer noch sind 35 Kasernen der Bundeswehr nach Hitlergenerälen benannt. Darauf sprach konkret-Herausgeber Gremliza den Staatsminister für Kultur, Michael Naumann, im Rahmen einer Talkshow an. Naumann, offenbar auf kaltem Fuß erwischt, gab zur Antwort: „Das ändern wir jetzt, ich schwör's Ihnen. In zwei Jahren finden Sie keine mehr."
Soviel kulturvolle Anständigkeit, wenigstens keine Nazigeneräle mehr zu ehren, besitzt die Truppe allerdings nicht. Zwei Tage später wurde Regierungssprecher Heye von der Presse befragt, ob Namensänderungen von Kasernen anstünden. In der Antwort Heyes war der Schwur Naumanns nur noch eine Anregung, sich zu überlegen, Kasernen, die „mit fragwürdigen Gestalten aus der Geschichte besetzt sind", umzubenennen. „Hierfür gibt es keine konkreten Pläne." Hätte uns auch gewundert.

Leoparden
Endlich ein richtiger völkerrechtswidriger Einsatz im Ausland! Die begeisterte Bundeswehr plant auch gleich, die 5.000 Soldaten, die im Kosovo eingesetzt werden sollen, mit je 25 Leopard-II-Kampfpanzern und Marder-Schützenpanzern auszurüsten. Wir hoffen, die Panzer sind mit Schwimmflügeln ausgerüstet, damit sich das Desaster, das NATO-Soldaten Ende Februar bei einer NATO-Übung in Norwegen erlebten, nicht wiederholt. Einer der 43 Tonnen schweren Leopard-Panzer, die an der Übung beteiligt waren, brach durch das Eis eines zugefrorenen Sees. Die norwegischen Soldaten konnten sich eben noch aus ihrer lebensgefährlichen Lage in dreieinhalb Meter Tiefe befreien, ehe der angeblich lebensschützerische Panzer sie schlicht und einfach ums Leben gebracht hätte.

Bundeswehrsoldaten üben Demokratie
1992 blamierte sich der Bundestag, als die Lautsprecheranlage im neu errichteten Plenarsaal ausfiel und die Abgeordneten unmittelbar vor Beginn der Haushaltsdebatte sprach- und stimmlos wurden. Mit Übung - für die Anlage natürlich - wäre das nicht passiert! Bei der Erprobung des neuen Plenarsaals im deutschen Reichs-Bundestag in Berlin wurden nunmehr 1.100 Soldaten angeheuert, um lautstark zu stören. Abseits vom Kasernendrill konnten die Uniformen nach Herzenslust das tun, was normalerweise die frei und geheim Gewählten machen: murmeln, trampeln, Zwischenrufe tätigen, mit den Nachbarn tuscheln und mit Zeitungen rascheln. Nur eben nicht im demokratischen Auftrag, sondern auf Befehl.
Übrigens war der Plenarsaal bei dieser Gelegenheit, was er sonst kaum jemals ist: voll besetzt.

Friedensengel? Freizeitaggressor!
Stellen Sie sich vor: In einer Diskothek schlagen drei Männer einen vierten zusammen. Ein Stabsunteroffizier der Bundeswehr kommt dazu, und was glauben Sie, tut er?
Er stürmt auf den hilflos am Boden knienden Menschen zu und tritt ihm kräftig ins Gesicht, wodurch der Betroffene Schädelprellungen und Platzwunden erleidet und ihm Zähne ausgebrochen werden.
Warum? Einfach so, Lustgewinn.
Kurze Zeit später, ebenfalls ohne den geringsten Anlaß, überfällt der besagte Unteroffizier einen Fußgänger auf der Straße und zertrümmert ihm mit dem Ellbogen das Nasenbein.
Einfach so, Lustgewinn.
Der Soldat, immerhin Vorgesetzter anderer Soldaten, wurde degradiert, strafrechtlich verurteilt und ist inzwischen aus dem aktiven Dienst ausgeschieden. Ob sein sadistisches Verhalten irgend etwas damit zu tun hatte, daß er jahrelang Dienst beim Militär getan hat, ist nicht überliefert. Wie auch schon unter Rühe, scheint es auch unter Scharping wenig Interesse zu geben, den Zusammenhang zwischen Militärzugehörigkeit und sinnloser Gewaltanwendung zu untersuchen.

Repressionen gegen griechischen Totalverweigerer
Es geht immer noch schlimmer: Der griechische Totalverweigerer Lazaros Petromelidis wird wahrscheinlich im März wegen Fahnenflucht verurteilt werden.
Der 36jährige Mann, der verheiratet ist und ein

Kind hat, wurde im Mai 1998 wegen seiner Totalverweigerung inhaftiert, jedoch gegen Kaution wieder freigelassen. Danach wurde er aufgefordert, Zivildienst abzuleisten. Während jedoch Kriegsdienstleistende seines Alters und Familienstandes in Griechenland vier Monate Dienst tun müssen, ist Petromelidis als Gewissensverweigerer zu sage und schreibe 36 Monaten Zivildienst verpflichtet. In Griechenland wurde zum 1.1.1998 - überwiegend aufgrund internationalen Drucks - die Möglichkeit eines Zivildiensts geschaffen, jedoch in einer Form, die es unwahrscheinlich macht, daß Personen sich für diesen Dienst entscheiden. Er ist rund doppelt so lang wie der normale Wehrdienst und auch länger als Haftstrafen, die seitdem gegen Zeugen Jehovas, die auch totalverweigert haben, verhängt wurden. Ein Ende der menschenrechtswidrigen Praxis, von Verweigerern einen unverhältnismäßig längeren Dienst zu fordern, ist derzeit nicht absehbar.

Weitere Informationen über:
Yiannis Glanertatzis
Association of Greek Conscientious Objectors
Tel. +30 31 222 503

Verbot von Anti-Personen-Minen in Kraft getreten

Am 1. März 1999 wurde das Verbot von Anti-Personen-Minen in Kraft gesetzt (*illoyal* berichtete mehrfach). Allerdings bleibt es zunächst für viele derzeitige und ehemalige Kriegsgebiete ein zahnloser Papiertiger. 133 Staaten haben sich der Vereinbarung angeschlossen, 65 Länder haben das Abkommen bereits ratifiziert. Der Vertrag verbietet die Herstellung, Lagerung und den Export von Anti-Personen-Minen. Unter den als Minenproduzenten bedeutenden Staaten haben die USA, Rußland und China noch nicht unterzeichnet. Die USA wollen ihre Anti-Personen-Minen nach eigenen Angaben bis 2006 ersetzen, und zwar mit Anti-Panzer-Minen, die freilich ebenfalls gegen die Entschärfung durch Menschen mit weiterer Munition versehen sind. Rußland will „irgendwann in der Zukunft" dem Abkommen beitreten, während China in noch vagerer Weise lediglich behauptete, in Zukunft keine Minen mehr zu exportieren.

... und der schlug erbarmungslos zu

Endlich wissen wir, wer die Toten an der Berliner Mauer zu verantworten hat: weder die Soldaten, die die tödlichen Schüsse abfeuerten, noch die Offiziere, die es ihnen befahlen, und schon gar nicht die ehemaligen Verteidigungsminister der DDR. Schuld hat nur der Kalte Krieg, und das wissen wir seit Anfang März. Seitdem müssen sich mehrere Offiziere der NVA vor dem Berliner Landgericht wegen des Todes von Flüchtlingen verantworten. Angeklagt, die Befehle zur „Verhinderung von Fluchtversuchen" - im Klartext: zum Schußwaffengebrauch - ausgearbeitet zu haben, redete sich der frühere Oberst Lehmann damit heraus, die Getöteten seien „Opfer des Kalten Krieges" geworden.
Genau: Soldaten, Offiziere und Kriegsminister sind unschuldig. Schuld an den Toten des 2. Weltkriegs ist der Mangel an Lebensraum, von dem die deutschen Landwirte betroffen waren. Schuld an den Toten des Vietnamkrieges ist eine Fehlinformation. Und schuld an den Opfern des kambodschanischen Pol-Pot-Regimes ist die irrige Meinung, mit Leichen ließen sich die Felder düngen. Militärs waren an all diesen Morden nicht beteiligt. Das muß man eben nur von Zeit zu Zeit gesagt bekommen.

Nicht nach Geilenkirchen

Anläßlich eines Gespräches mit Bundeswehr-Soldaten ausländischer Herkunft Anfang März zeigte sich der Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping erfreut angesichts des Nutzens, den das Militär - gerade bei Auslandseinsätzen - aus der sprachlichen und kulturellen Kompetenz dieser Soldaten ziehen könnte. Dem insbesondere bei aus GUS-Staaten immigrierten Staatsbürgern in Uniform zu beobachtenden Hang zur Bildung von „russisch oder usbekisch" kommunizierenden Grüppchen ließe sich beikommen, indem man ihnen Deutschunterricht erteilt. Komme es gelegentlich doch zu rassistischen Vorfällen, entzöge sich deren Ursache oft dem Einflußbereich der Bundeswehr. So mußte das Kreiswehrersatzamt einem in Japan und einem in China aufgewachsenen Soldaten bedauernd mitteilen: „Nach Geilenkirchen können wir Sie nicht schicken - Leute aus Ostasien sind dort nicht willkommen, weil Amerikaner die Oberhand haben."

Langweilige Kerls auch 1999?

Der Vorsitzende des Vereins „Lange Kerls Potsdamer Riesengarde", Herr B. Kuhl, kündigte an, daß der Verein in diesem Jahr für Auftritte in der Landeshauptstadt nicht zur Verfügung stehe. Begründet wurde der Verzicht mit dem vollen Terminkalender des Vereins, der Auftritte in Potsdam nicht mehr zuließe. Schuld daran sei allein die Stadt, die sich seit Dezember 1998 nicht mehr beim Verein gemeldet habe. Der Verzicht auf Potsdam als Auftrittsort stehe allerdings in keinem Zusammenhang mit den Protesten von Gegnern der Wachtparade. Sowohl der Oberbürgermeister Matthias Platzeck als auch die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär bedauerten die Absage der Langen Kerls, wobei letztere, anders als der OB, nicht beabsichtigte, den Verein doch noch zu Auftritten zu bewegen.
Matthias Platzeck war, wie nicht anders zu erwarten, erfolgreich. Die Wachtparade wird auch 1999 das Image der Stadt Potsdam beschädigen, immerhin vier Auftritte konnte der Deichgraf Platzeck den gestreßten „Kerls" in zähem Kampfe abringen.
Die Potsdamer AntimilitaristInnen werden jedoch

auch ohne die Überredungskünste des Potsdamer Oberbürgermeisters vor Ort sein, um das Spektakel auf ihre Weise zu kommentieren.

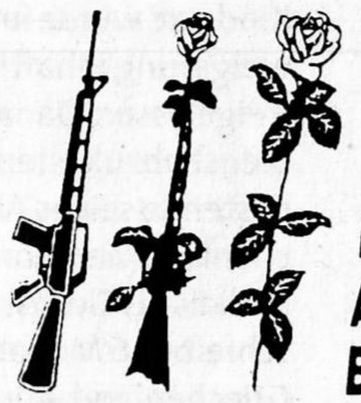
Info:
Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Potsdam,
Tel. 03 31 / 2 80 50 83

Jets - Leben am Limit

Wohl selten ist auf derart subtile Weise das trübselige Bild des Bundeswehr-Daseins gezeichnet worden wie in der zur Zeit von Pro7 ausgestrahlten Fernsehserie „Jets - Leben am Limit". Schon mit der Auswahl der Darsteller, die es an Einfältigkeit mit den Angehörigen eines beliebigen Ortsvereins der Jungen Union aufnehmen könnten, hat der Sender den Propagandisten des Militärischen übel mitgespielt. Der Kontrast, der sich aus den kläglichen Versuchen, ihren drögen Alltag außerhalb der Tornados zu meistern, mit dem auftrumpfenden Titel ergibt, könnte größer nicht sein. Und so kann man fast dankbar sein, daß ein Großteil der Sendezeit in den Kampfflugzeugen verbracht wird, wo das unverständliche Gebrabbel der Helden als professionelle Notwendigkeit durchgehen kann. Gekämpft wird - unter der Anleitung des ewig besorgt aussehenden Kompaniechefs vom Boden aus - in erster Linie gegen die Elemente der Natur (Hochwasser, Wind und Regen) sowie finster dreinblickende Waffenschmuggler. Das Gefliege in ihren Jets ist die Erfüllung ihres Traums von absoluter Freiheit, weil: alles geht total schnell, du mußt instinktiv reagieren! Die Diagnose ist für die Bundeswehr niederschmetternd, dem Sender jedoch ist zu danken, daß er so mutig das sinnlose Treiben unserer Streitkräfte aufgedeckt hat.

Wird die Heide frei?

Das Ringen um die Nutzung der Wittstock-Ruppiner Heide scheint vorläufig ein Ende zu haben. Demokratie und Freiheit in der Heide wurden durch das Oberlandesgericht Franfurt / Oder wiederhergestellt. Ende März gab dieses Gericht den Unterlassungsklagen der Gemeinden Schweinrich und Rossow statt und befand, daß die Bundeswehr nicht berechtigt ist, das Gebiet dieser Gemeinden als Truppenübungsplatz oder »Luft-Boden-Schießplatz« zu nutzen. Das bedeutet, daß auf dem Territorium der FREIen HEIDe in Zukunft weder Bomben abgeworfen werden noch daß dort weiterhin Tiefflüge stattfinden dürfen. Allerdings konnte sich das Gericht nicht dazu durchringen, der Bundeswehr ganz und gar das Recht auf probeweises Bombenwerfen abzusprechen, ja sogar in diesem Gebiet sei es vielleicht nötig. Aber die Bundeswehr habe sich nicht an das dafür erforderliche Verfahren gehalten. Das Urteil wurde nicht zur Revision zugelassen. Während Scharping bisher sein Wahlversprechen, der Heide ihre Freiheit zurückzugeben, nicht wahr gemacht hat, bekommt er nun also eine zweite Chance, es doch noch zu tun. Angesichts des Krieges im Kosovo muß man ja leider hinzufügen, daß die Bundeswehr mittlerweile auch einen anderen Abwurfplatz für ihre Bomben gefunden hat.



Kampagne zur Abschaffung der Bundeswehr

Neue Broschüre:

Argumente für die Abschaffung der Bundeswehr

In dieser Broschüre werden Argumente der Militärbefürworter aufgegriffen. Mit eingängigen Informationen wird die konkrete Utopie der Abschaffung der Bundeswehr nachvollziehbar gemacht .

für DM 5.- (als Schein / Briefmarken beilegen) zu bestellen bei:

Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
Postfach 1426, 24904 Flensburg

Berichte
- Sierra Leone -

African Monopoly
Konzerne heizen Bürgerkrieg in Sierra Leone an

Für eine kurze Zeit konnte der Bürgerkrieg in Sierra Leone Anfang dieses Jahres erneut den Sprung ins Bewußtsein der europäischen Öffentlichkeit schaffen. Hans Christoph Buch schrieb im Tagesspiegel: „Vor drei Jahren haben US-Marines mit Erfolg in Monrovia interveniert; sie sollten das gleiche, mit britischer Unterstützung, in Sierra Leone tun. Wenn eine humanitäre Aktion gerechtfertigt ist, dann hier, wo der Preis niedriger und das politische Ziel klarer definiert ist als im Kosovo oder im Irak." (1)

Was war passiert? Die Rebellen der Revolutionary United Front (RUF) haben kurzfristig die Hauptstadt von Sierra Leone, Freetown, besetzen können. Innerhalb von drei blutigen Tagen konnten nigerianische Ecomog-Einheiten (2) die Rebellen wieder an den Stadtrand drängen.
Die RUF wurde 1990 unter Mithilfe des liberianischen Rebellenführers Charles Taylor gegründet und kämpft seitdem gegen die Regierung Sierra Leones. Sie war 1995 mitverantwortlich für die Absetzung des Diktators Strasser. In der folgenden Übergangszeit bis zum Antritt von Ahmed Kabbah als gewähltem Präsidenten im Dezember 1996 geriet die RUF zunehmend in die Defensive. Erst als sich Teile der Sierra Leonischen Armee, angeführt von Major Koroma, im Mai 1997 zu einem Putsch entschieden, trat die RUF wieder organisiert in Erscheinung. Kurz danach verbündete sich Koroma mit der RUF. Der Putsch von Koroma führte zu einer Intervention der Ecomog im Sommer 1997. (3)
Schnell konnten nigerianische Ecomog-Einheiten die Hauptstadt erobern, aber es dauerte ein Jahr, bis Präsident Kabbah im April 1998 aus seinem Exil in Guinea wieder heimkehren konnte. Nach einer kurzen Ruhephase haben die Rebellen Ende 1998 wieder eine Offensive begonnen, die in der Eroberung der Hauptstadt Im Januar 1999 einen vorläufigen Höhepunkt gefunden hat.
Ob der Bürgerkieg nun einfach in eine neue Runde gehen wird oder ob er beendet werden kann, hängt nicht nur von den Gesprächen zwischen Präsident Ahmed Kabbah und dem RUF-Anführer Foday Sankoh ab. Letzterer befindet sich zur Zeit auf einem nigerianischen Kriegsschiff in Haft und steht unter Anklage des Hochverrats, worauf der Tod steht. Sankoh fordert die Anerkennung der RUF als politische Bewegung. RUF-Kommandant Sam Bockarie hat im Januar im Gegenzug für die Freilassung Sankohs einen Waffenstillstand angeboten. Kabbah hält jedoch weiterhin an einer Verurteilung zum Tode fest.
Eine Lösung des Konflikts hängt vor allem auch von den Interessen der externen Konfliktakteure ab, die in den letzten acht Jahren den Bürgerkrieg am Köcheln hielten und daran verdient haben. Sierra Leone ist zwar von den Rahmendaten her nur eines von vielen unbedeutenden Gemeinwesen in Afrika, die wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens und einzelner Söldnerfirmen sowie die machtpolitischen Interessen Nigerias und der USA aber verleihen dem Bürgerkrieg eine überregionale Bedeutung.
Als Kabbah 1996 zum Präsidenten gewählt wurde, war eine seiner ersten Maßnahmen, die offizielle Armee Sierra Leones indirekt abzurüsten. Ähnlich wie unter Mobutu in Zaire erhielt sie weniger Sold und keine Ausrüstung. Statt dessen setzte Kabbah ganz auf die Kamajor-Milizen seiner Heimatregion im Süden Sierra Leones. Die etwa 30.000 Mann zählenden Dorfmilizen bekamen moderne Waffen und eine militärische Ausbildung. Daraufhin entschlossen sich Teile des Militärs zu einem Putsch. Aber nach dem erfolgreichen Putsch erkannte Major Koroma, daß er ohne die Unterstützung der RUF politisch wie militärisch keine Chance besitzen würde. (4) Alle westafrikanischen Staaten haben den Putsch abgelehnt, und auch der UN-Sicherheitsrat hat eine entsprechende Resolution verabschiedet. Und innerhalb von zwei Monaten haben 3.000 Ecomog-Soldaten auch Freetown besetzt.
Obwohl vor allem die Rebellen und die nigerianischen Einheiten grausam vorgegangen sind, konnte die Regierung Kabbah nur wenig Sympathien gewinnen. Aufgrund von Kabbahs Stammespolitik und der geschickten Instrumentalisierung und Verknüpfung sozial-revolutionärer Ethik mit den Ressentiments der ländlichen Regionen gegenüber urbanen Zentren wird der Krieg durch den Konflikt zwischen den im Norden des Landes lebenden Temne und den im Süden lebenden Mende überlagert. (5) Zudem hat die RUF von Charles Taylors Rebellen gelernt und PR-wirksam ihre brutalen Aktionen der Vergangenheit an öffentlichen Plätzen „gebeichtet".
Im wesentlichen hängt Kabbahs Präsidentschaft von der Anwesenheit der etwa 15.000 Ecomog-Soldaten ab, die unter nigerianischem Kommando stehen. Einige ECOWAS-Staaten (2) haben bereits signalisiert, von der harten Linie abzuweichen und eine politische Lösung anzustreben. Bereits jetzt befinden sich 70 UN-Beobachter in der Region, und die Außenminister Togos und der Elfenbeinküste versuchen, zwischen Sankoh und Kabbah zu vermitteln. Einerseits befürchten die angrenzenden Staaten natürlich ein Übergreifen der Kämpfe auf ihr Gebiet. Andererseits würden sie gerne Nigerias Ambitionen, Regionalmacht zu sein, einen Dämpfer versetzen.
Nigeria, mit 11.000 Soldaten am Einsatz beteiligt, sieht die Mission als geeignetes Vehikel für seine Interessen. Es ist allerdings fraglich, inwieweit nun mit der Wahl des Ex-Generals und Ex-Diktators

(1) Tsp. 13.1.99.
(2) Die 16 Staaten der Economic Community of West African States (ECOWAS) haben 1990 die Monitoring Group (Ecomog) ins Leben gerufen, um den Waffenstillstand im Nachbarstaat Liberia zu überwachen.

Obasanjo zum Präsidenten Nigerias ein Kurswechsel ansteht. Die Priorität liegt eindeutig im Inneren, und die nigerianischen Ecomog-Soldaten in Sierra Leone können auch zu einer politischen Belastung werden. Die Einheiten sind demoralisiert (780 Tote in zwei Monaten) und haben häufig lange keinen Sold mehr bekommen. Sie haben sich durch ihr besonders brutales Vorgehen ausgezeichnet. Bei der Wiedereroberung Freetowns beispielsweise haben sie angebliche „Sympathisanten der RUF" auf offener Straße hingerichtet.
Die USA und Großbritannien würden trotz zaghafter Kritik an der Verletzung der Menschenrechte durch den nigerianischen Staat beide eine aktive Rolle Nigerias in der Region begrüßen. Schließlich könnte Nigeria bzw. die Ecomog zum Prototypen der geplanten afrikanischen „Peace Force" werden, was die USA dem UN-Generalsekretär schmackhaft machen wollen. Westliche Firmen machen die Profite, und afrikanische „Peace Forces" sichern die Investitionen bzw. bekämpfen die Unruhefaktoren.

Obwohl Sierra Leone einer der ärmsten Staaten der Welt ist, sehen westliche Konzerne in der Rohstoffausbeutung eine große Profitquelle. Dabei geht es hauptsächlich um Diamanten, Bauxit und Rutile. Bisher wurden im Bürgerkrieg die meisten Kämpfe um die Kontrolle der Abbaugebiete im Norden und Osten geführt. Großbritannien und die USA haben jeden unterstützt, der ihren Konzernen den Zugang garantiert hat. Seit Strassers Diktatur hat sich in diesem Zusammenhang eine neue Konfliktpartei gebildet. Um des Machterhalts willen öffnete er 1995 das Tor für Söldnerfirmen, denn nur mit deren Hilfe konnte er weiter die eigene Bevölkerung unterdrücken und Profite für sich erwirtschaften. Dies führte zur unkontrollierten Bewaffnung der Bevölkerung. Außerdem wurde der Regierung durch die Söldner letzten Endes die Kontrolle über einen Teil der Einnahmen entzogen.
Als Strasser 1995 nicht mehr den Schutz der Diamantenminen im Osten garantieren konnte, heuerte er die Söldnerfirma Gurkha Security Ltd. an. Für 2.000 US-Dollar pro Mann und Woche sollten 30 Söldner die Minen bewachen und das Wachpersonal ausbilden. (6) Ihr Anführer, Robert McKenzie, der Schwiegersohn eines ehemaligen Assistant-Directors der CIA, wurde von den Rebellen erschossen, so daß Strasser sich in seiner Not an die südafrikanische Söldnerfirma Executive Outcomes (EO) wendete. Im Gegenzug für die erfolgreiche „Säuberung" der Region bekam EO statt Geld Konzessionen für sechs Förderprojekte für 25 Jahre. Die Söldnerfirma übertrug diese an die Firma Diamond Works, an der EO einen Aktienanteil von 40 Prozent hat. Im gleichen Jahr schloß sich Diamond Works mit Branch Energy zusammen. Bislang wurden 11 Millionen US-Dollar investiert. So wird deutlich, wie vielversprechend Diamond Works bzw. EO diese Abbaukonzessionen bewerten.
Ähnliches war auf dem Rutilsektor zu beobachten. (7) Hauptförderer ist Sierra Rutile Ltd., ursprünglich anteilig im Besitz der Firmen Nord Resources (USA) und Consolidate Rutile (Australien), nun aber in Branch Energy/Diamond Works aufgegangen, mit Sitz in Ohio (USA). Bis zur Schließung der Mine in Gbangatok war Sierra Rutile der größte Einzelproduzent. Kabbah hatte vor, die Mine nach den Wahlen Ende 1996 schnell wiederzueröffnen. EO ist hier erstmals aus eigenem Interesse tätig geworden, denn ohne die Minenöffnung hätte Sierra Rutile die Schulden in Höhe von 20 Millionen US-Dollar bei internationalen Banken nicht abzahlen können. Südafrikanische Piloten haben die Kamajor ausgerüstet und ausgebildet und überdies Rebellencamps bombardiert. Kabbah mußte das erfolgreiche Engagement beenden, da die International Finance Corporation (IFC) der Weltbank die Höhe der Ausgaben für die Söldner rügte. Andererseits stand im August 1997 noch das Angebot der IFC, zur Minenöffnung in Gbangatok 17,3 Millionen US-Dollar bereitzustellen.
Während Koroma im Sommer 1997 noch Gegenwehr leistete, versuchte Kabbah erneut, mit Hilfe von Söldnern Herr der Lage zu werden. Sandline International wurde beauftragt, mit Investoren über die Strategie, Logistik und das Milizen-Training zu diskutieren, die nötig wären, um die Kamajor in eine richtige Armee zu verwandeln. Sandline International gehört Anthony Buckingham und dem Mineralienspekulanten Robert Friedland, den beiden größten Einzelinvestoren von Diamond Works. Im Rahmen dieses Vorhabens ist es Sandline trotz Waffenembargo im Juli 1998 gelungen, 35 Tonnen bulgarischer Waffen einfliegen zu lassen.
Es wird immer deutlicher, daß die Söldnerfirmen als eigene Konfliktpartei mit eigenen Interessen auftreten - inzwischen ähneln sie normalen Wirtschaftsunternehmen, die Besitz verteidigen wollen, mit dem feinen Unterschied, daß sie dies durch eigene Soldaten und Waffensysteme tun. Und Großbritannien und die USA dulden dies, da ein Teil der Profite in deren Ökonomien fließt. Ende 1998 hat die RUF die Region um Koidu erobert und damit die Projekte von Branch Energy gefährdet. Es ist davon auszugehen, daß nun EO alles unternehmen wird, um die RUF zu vertreiben.
Durch das Engagement von Sandline wäre Großbritanniens Außenminister Cook beinahe gestolpert. Das Außenministerium gab Sandline für den Export grünes Licht, und die Royal Army kooperierte vor Ort. Vorgeblich zur Sicherung der humanitären Hilfe ist seit der Absetzung Kabbahs permanent ein britisches Kriegsschiff vor Freetown, gegenwärtig die HMS Westminster mit 20 Marines. Außerdem hat Ecomog seit September 1998 Hilfe im Wert von etwa 11 Millionen DM erhalten - natürlich nur „nonlethal" Güter aus dem logistischen und Kommunikationsbereich. Wie ernst es Großbritannien damit ist, die ehemaligen Kolonien wieder auszuquetschen, zeigt die Verdoppelung der Mitarbeiter in der Westafrika-Abteilung des Außenministeriums.

Zurück zu Hans Christoph Buch. Weder ist der Preis niedrig, noch ist ein politisches Ziel zu erkennen, das die Bedürfnisse der Bevölkerung in Sierra Leone berücksichtigt. Humanitäre Hilfe ist natürlich notwendig angesichts von 1,2 Millionen Binnenflüchtlingen und 500.000 Flüchtlingen in Nachbarstaaten (bei nur 4,5 Millionen Gesamtbevölkerung!). Aber bestimmt sind die USA, Großbritannien oder Nigeria nicht die richtigen Träger der Aktion, da sie

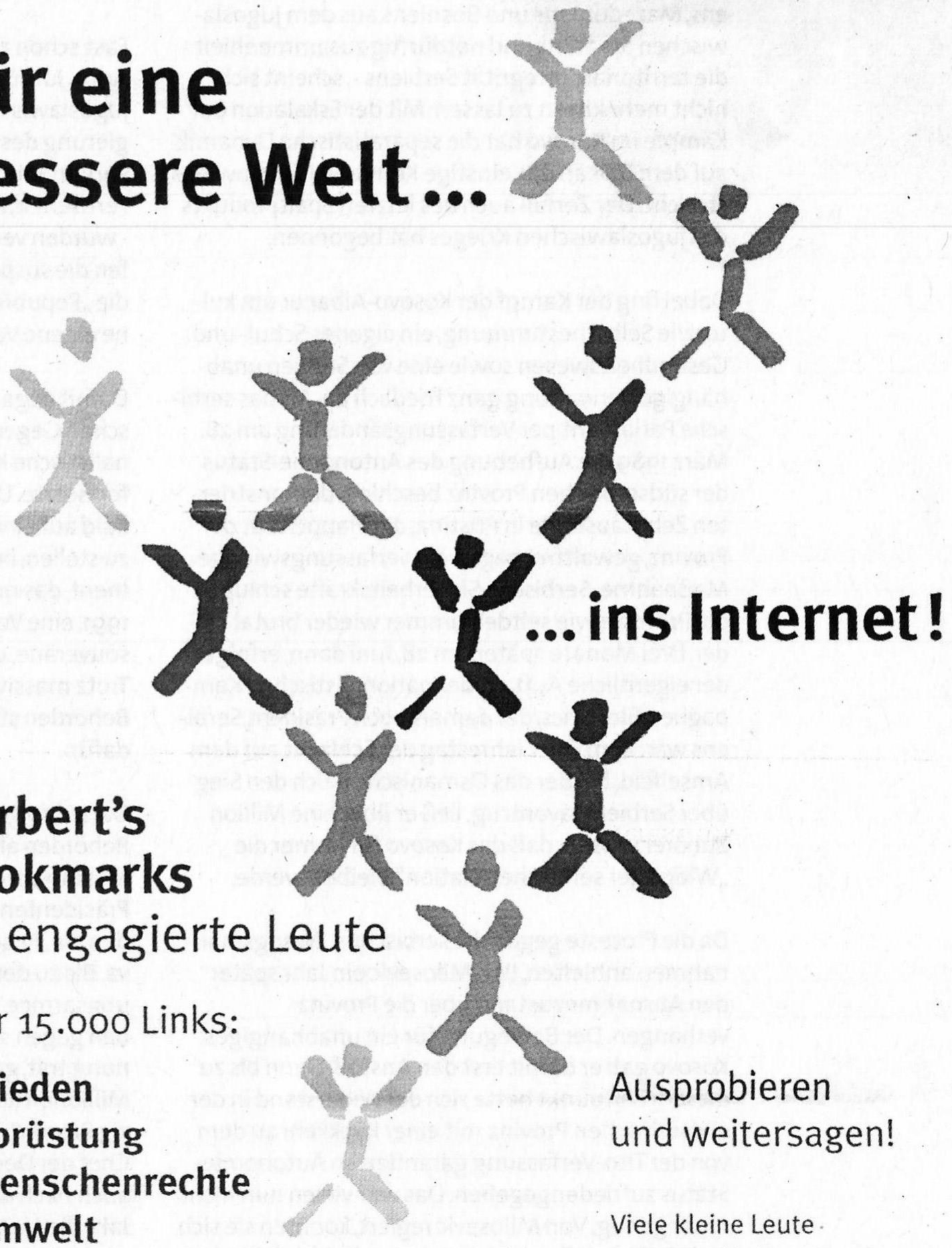
(3) Die Einheiten wurden nach Abschluß ihrer Mission in Liberia einfach über die Grenze verlegt.
(4) So groß waren die Differenzen nicht. Schon lange galt der „Sobel" als Spottbild - am Tage Soldaten und nachts Rebellen.
(5) Beide stellen etwa 30 Prozent der Bevölkerung.
(6) Dies hätte 3 Millionen US-Dollar/Jahr gekostet.
(7) Hier ist Sierra Leone der zweitgrößte Produzent. Die 1994 von Sierra Rutile geförderten 144.000 Tonnen machen die Hälfte der Exporte aus.

an der Entstehung des Konfliktes beteiligt waren und kräftig daran verdient haben.
Aber selbst ein völliger Rückzug der Fremdmächte würde wahrscheinlich kein Ende des Krieges bedeuten. Solange Kabbah der RUF nicht entgegenkommt, wird sich der „Nord-Süd-Konflikt" noch verstärken. In den letzten 24 Monaten sind außerdem genug Waffen ins Land hereingelassen worden, um den Krieg auch ohne externe Unterstützung einige Jahre weiterführen zu können.

Christopher Steinmetz

Anzeige

Für eine bessere Welt...



...ins Internet!

Norbert's Bookmarks
für engagierte Leute

über 15.000 Links:

- **Frieden**
- **Abrüstung**
- **Menschenrechte**
- **Umwelt**
- **3. Welt**
- **Soziale Gerechtigkeit**
- **Politik**

Ausprobieren und weitersagen!

Viele kleine Leute
an vielen kleinen Orten,
die viele kleine Schritte tun,
können das Gesicht der Welt verändern.

Berichte
- Kosovo -

Kein Frieden ohne Nationalismus

Der mörderische Kreis des Sezessionismus, an dem zu Beginn der neunziger Jahre das Jugoslawien Titos zugrunde ging, ist mit dem Konflikt im Kosovo an seinen Ausgangspunkt zurückgekehrt. Neun Jahre, nachdem Slobodan Milosevic 1989 den Kosovo-Albanern ihre von der Tito-Verfassung garantierten Autonomierechte genommen hat, geht es seit dem Frühjahr 1998 wieder um das historische Amselfeld - „den heiligen serbischen Boden". Doch was der jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic seit dem kriegerischen Austritt Kroatiens, Sloweniens, Mazedoniens und Bosniens aus dem jugoslawischen Staatenbund notdürftig zusammenhielt - die territoriale Integrität Serbiens -, scheint sich nicht mehr kitten zu lassen: Mit der Eskalation der Kämpfe im Kosovo hat die separatistische Dynamik auf dem Balkan das einstige Kernland Jugoslawiens erreicht. Der Zerfall auch des letzten Spaltprodukts des jugoslawischen Krieges hat begonnen.

Dabei fing der Kampf der Kosovo-Albaner um kulturelle Selbstbestimmung, ein eigenes Schul- und Gesundheitswesen sowie eine von Serbien unabhängige Verwaltung ganz friedlich an. Als das serbische Parlament per Verfassungsänderung am 28. März 1989 die Aufhebung des Autonomie-Status der südserbischen Provinz beschloß, demonstrierten Zehntausende in Pristina, der Hauptstadt der Provinz, gewaltfrei gegen die verfassungswidrige Maßnahme. Serbische Sicherheitskräfte schlugen die Proteste wie seitdem immer wieder brutal nieder. Drei Monate später, am 28. Juni dann, erfolgte der eigentliche Auftakt der nationalistischen Kampagne Milosevics, der damals noch Präsident Serbiens war: Zum 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld, bei der das Osmanische Reich den Sieg über Serbien davontrug, ließ er über eine Million Zuhörer wissen, daß das Kosovo für immer die „Wiege der serbischen Nation" bleiben werde.

Da die Proteste gegen die serbischen Zwangsmaßnahmen anhielten, ließ Milosevic ein Jahr später den Ausnahmezustand über die Provinz verhängen. Der Bewegung für ein unabhängiges Kosovo gab er damit erst den Anstoß. Denn bis zu diesem Zeitpunkt hätte sich der Widerstand in der südserbischen Provinz mit einer Rückkehr zu dem von der Tito-Verfassung garantierten Autonomie-Status zufriedengegeben. Das war vielen nun nicht mehr genug: Von Milosevic regiert, konnten sie sich ein friedliches Zusammenleben mit den serbischen Nachbarn innerhalb des jugoslawischen Staatenverbundes nicht mehr vorstellen. Bereits 1990 kam es zu den Bergarbeiterstreiks von Trepca und in der Folge zu weiteren, gewaltsam beendeten Unruhen und einer Entlassungswelle aus den Betrieben.

Die - Anfang der neunziger Jahre immer noch vorwiegend gewaltfreie - Radikalisierung in albanischen Intellektuellen-Kreisen setzte sich fort: Am 2. Juli 1990 proklamierten die kosovo-albanischen Abgeordneten vor dem - inzwischen verriegelten - Parlamentsgebäude in Pristina die Unabhängigkeit des Kosovo. Die freilich wurde international nie anerkannt. Während die europäischen Staaten sich ein Jahr später auf Drängen der Bundesrepublik Deutschland zur Anerkennung von Slowenien, Kroatien, Bosnien und Mazedonien durchrangen, blieb das Kosovo außen vor. Außer der albanischen Regierung in Tirana wollte kein Staat den Sezessionismus der Kosovo-Albaner unterstützen.

Fast schon zwangsläufig spitzte sich die Krise zu. Am 5. Juli lösten serbische Polizei und Einheiten der jugoslawischen Armee das Parlament und die Regierung des Kosovo auf Beschluß des serbischen Parlaments auf. Die albanisch-sprachigen Medien - Fernsehen, Rundfunk und die Tageszeitung Rilindja - wurden verboten. Am 7. September 1990 dann riefen die suspendierten albanischen Abgeordneten die „Republik Kosova" aus und verabschiedeten eine eigene Verfassung für die Provinz.

Damit begann die Phase des Aufbaus der politischen Gegeninstitutionen - während sich die nationalistische Kampagne der Milosevic-Herrschaft fortsetzte. Um die eigenen Strukturen möglichst bald auf eine demokratisch legitimierte Grundlage zu stellen, beschloß das kosovo-albanische Parlament, das nun schon im Exil tagte, im September 1991, eine Volksabstimmung über das Kosovo als souveräne, unabhängige Republik durchzuführen. Trotz massiver Behinderung durch die serbischen Behörden stimmte eine überwältigende Mehrheit dafür.

Darauf folgten im Mai 1992 die von den serbischen Behörden als illegal bezeichneten ersten - und bis März 1998 letzten - Wahlen. Bei der Direktwahl des Präsidenten entfielen drei Viertel der Stimmen auf den als „Kosovo-Gandhi" titulierten Ibrahim Rugova. Bis zu dem Tag Ende 1997, als die „Kosovo-Befreiungsarmee" UCK erstmals mit bewaffneten Aktionen gegen serbische Polizisten auf die Tagesordnung trat, galt Rugova als der Repräsentant der 1,8 Millionen Kosovo-Albaner, die in der Provinz neunzig Prozent der Einwohner stellen. Rugova ist der Chef der Demokratischen Liga Kosova (LDK), die auch nach den letzten Wahlen im vergangenen Jahr die Mehrheit der Sitze im Parlament gewann - auch wenn das Parlament nie zusammentrat.

Rugova gilt weiterhin als der am meisten gemäßigte Politiker des Kosovo. Sein Gegenpart ist Adem Demaci, der „Mandela des Kosovo", der 28 Jahre in serbischen Gefängnissen einsaß und bis zur ersten

Zigarette nach der Schlacht? Foto: Archiv.

Runde der Friedensverhandlungen in Rambouillet den Posten des politischen Sprechers der UCK innehatte. Während sich Rugova einverstanden erklärt mit der von der Balkan-Kontaktgruppe (USA, Großbritannien, BRD, Rußland, Frankreich, Italien) vorgeschlagenen dreijährigen Übergangsfrist, in der ein Autonomie-Status für die südserbische Provinz innerhalb der Grenzen Jugoslawiens gelten soll, ehe erneut über den Status abgestimmt wird, trat Demaci aufgrund genau dieser Regelung zurück: Unabhängigkeit - jetzt oder nie, lautet seine Devise. Und die der bewaffneten UCK-Kämpfer.

Doch nicht nur auf politischer Ebene entwickelte sich im Kosovo seit Beginn der neunziger Jahre eine Parallelstruktur, auch im Wirtschaftsbereich, im Gesundheits- und Bildungswesen. Da nach der Auflösung des Kosovo-Parlaments in allen größeren Wirtschaftsunternehmen serbische Direktoren eingesetzt und allein bis zum Jahresende 1992 mehr als 100.000 kosovo-albanische Arbeiter entlassen wurden, griff die Bevölkerung zur Selbsthilfe: Nachdem bis dahin über 70 Prozent aller Beschäftigten - auch aufgrund der historischen Situation des Kosovo als Armenhaus Jugoslawiens - ihren Arbeitsplatz verloren hatten, waren sie gezwungen, nach Existenzmöglichkeiten im privaten Sektor der Wirtschaft zu suchen. Im Bereich des Kleinhandels, der Reisebüros und des Transports fanden etwa 20 Prozent der Entlassenen Beschäftigung.

Als die serbischen Behörden nach 1989 den Unterricht für alle albanischen Schulen zwingend auf serbisch sowie nur nach serbischem Lehrplan vorschrieben und dies an eine schriftliche Willenserklärung knüpften, weigerte sich der Großteil der Lehrerinnen und Lehrer, dies zu befolgen. Die Folge: Massenentlassungen und der Beginn einer Selbstorganisation des Unterrichts. In privaten Häusern bauten viele der entlassenen Lehrer ein komplettes Schulsystem von der Grundschule bis zur Universität auf - wo im übrigen auch das Fach Serbokroatisch unterrichtet wurde. Denn, was bei allem Groll über die serbischen Maßnahmen auch im Kosovo klar blieb: Ohne den Kontakt zu Jugoslawien wird die Provinz wirtschaftlich nicht überleben. Worin auch das ganze Dilemma der UCK-Fixierung auf den Kampf um nationale Unabhängigkeit liegt. So wie es Bosnien oder Kroatien nach der Erlangung der staatlichen Souveränität nicht gelungen ist, aus dem Kreise der europäischen Armutsstaaten herauszukommen, so wenig wird es der UCK gelingen, die - von den Staaten der Balkan-Kontaktgruppe weiterhin abgelehnte - Unabhängigkeit in soziale und ökonomische Verbesserungen umzumünzen. Die Unentschlossenheit des Westens, der mit sanfter Unterstützung der UCK-Forderungen ein Gegengewicht zu Milosevic schaffen wollte, andererseits aber auch nicht bereit ist, weitere Sezessionen auf dem Balkan zu dulden, tut hier ein übriges. Angesichts mangelnder Alternativen zum „Kurs der nationalen Selbstfindung“ könnte diese Strategie auch die ungarische Minderheit in der nordserbischen Vojvodina dazu ermuntern, den Kampf um die staatliche Unabhängigkeit aufzunehmen. Die Geschichte wäre die gleiche: Auch dieser unter Tito autonomen Provinz nahm Milosevic 1989 den Autonomie-Status.

Markus Bickel

Berichte
- Landnahme durchs Militär -

Demokratie oder Militär? Bundeswehr erbt OFFENe HEIDe

Die politische Landkarte Europas hat sich seit 1989 grundlegend gewandelt. Der kalte Krieg ist vorbei, das neue Deutschland nur noch von Freunden und Partnern umgeben. Hoffnung für die zivile Wiederherstellung nun überflüssig gewordener Kriegsspielplätze, Hoffnung für ihre Anwohner. Besonders im Osten, wo die eingeborene Bevölkerung gerade den Umgang mit der erstrittenen Demokratie übt. *illoyal* berichtete über die FREIe HEIDe bei Wittstock. Nur einen Katzensprung entfernt, südwestlich von Stendal, liegt die Colbitz-Letzlinger Heide. Hier will die Bundeswehr auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz das „modernste Gefechtsübungszentrum der Welt" für Bundeswehr- und NATO-Streitkräfte errichten.

Von der Jagd zum Truppenübungsplatz

Bis 1918 war die Heide Jagdgebiet der Hohenzollern und erfreute sich daher großer landschaftspflegerischer Aufmerksamkeit. Auf 160 Hektar wächst bei Colbitz ein einmaliger Lindenwald. Im größten zusammenhängenden Heidegebiet Europas sind bis heute Schwarzstörche, Wiedehöpfe und Baumfalken zu Hause.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten begann die militärische Nutzung der Heide. Die bekannte Rüstungsfirma Krupp benötigte einen Schießplatz für die Erprobung ihres Kriegsgerätes - auf der 30 km langen Kanonenbahn Haldensleben-Hillersleben wurde ab 1934 die Treffgenauigkeit deutscher Waffen getestet. Wenn gerade nicht geschossen wurde, durften die Anwohner das Gebiet land- und forstwirtschaftlich nutzen.

Nach Kriegsende übernahm die Rote Armee der damaligen Sowjetunion das Gelände und baute es zum Truppenübungsplatz aus. Im Sperrgebiet waren Granattrichter, Landschaftsschäden durch Kettenfahrzeuge, Treibstoff- und Schmiermittelbelastungen und wilde Deponien die Folge. Die Anwohner hatten nunmehr nicht nur mit dem Übungslärm zu leben, sondern auch mit der Gefährdung durch Geschoßkörpereinschläge. Auch zu DDR-Zeiten gab es dagegen Widerstand, mit den bekannten Repressalien. Ein Ende der militärischen Verwüstung der Heide schien nicht in Sicht, zumindest bis zum Herbst 1989.

Ureinwohner wollen zivilisieren. Bundestag will ins Gefecht

Der Rückzug der Sowjetarmee aus dem wiedervereinigten Deutschland eröffnete den Weg zur Wiederherstellung der Heide als nichtmilitärische Landschaft. Nach einer umfassenden Sanierung und Renaturierung wäre nicht nur eine Gefährdung des Trinkwasserreservoirs beseitigt. Eine behutsame wirtschaftliche Nutzung würde dauerhaft Arbeitsplätze in der strukturschwachen Region entstehen lassen, ohne die Natur weiter zu zerstören. Das sieht die Bundeswehr natürlich ganz anders. Und wirklich: welch eine Gelegenheit! Ein ganz wunderbar großes, unbesiedeltes Gelände mitten in Deutschland! Und das Ganze läßt sich auch noch als „Aufbau Ost" verkaufen, mit all den schönen imagepflegenden Argumenten wie Umweltschutz und Arbeitsplatzgewinnung. Damit sollten sich die paar einheimischen Querulanten doch wohl einkaufen lassen. Denn der ganze schöne Bundeswehrplan wird von den Ureinwohnern gestört. Seit dem Beitritt zur Demokratie werden diese nicht müde, immer wieder die friedliche, zivile Nutzung der Heide einzufordern. Nicht etwa „nur" als kleine, überschaubare Bürgerinitiativen von begrenzter Wirksamkeit, leicht zu diffamieren als Minderheit von Spinnern und Träumern, die sich dem Mehrheitswillen verbohrt entgegenstellt, sondern tatsächlich als breite Bewegung, wie sich an den zahlreichen Beschlüssen des Landtages Sachsen-Anhalt und der betroffenen Kreistage zeigen läßt.

Bereits 1991 sprechen sich alle Heide-Kreistage (Haldensleben, Gardelegen, Stendal, Wolmirstedt) für die zivile Nutzung der Heide aus. Im Raumordnungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt wird die Colbitz-Letzlinger Heide als Vorranggebiet zur Wassergewinnung und zur Rekultivierung vorgesehen. Nach bisherigen Rechtsgutachten ist das Land Sachsen-Anhalt Eigentümer der Colbitz-Letzlinger Heide. Der Landtag befürwortet mit überwältigender Mehrheit die zivile Nutzung der Heide. Die Synode der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen faßt einen analogen Beschluß. Kundgebungen und Unterschriftenaktionen demonstrieren immer wieder den Bürgerwillen. 1992 gibt es in 103 Gemeindeparlamenten, 4 Kreistagen, dem Landtag und der Landesregierung Beschlüsse zur zivilen Nutzung der Heide nach dem Abzug der Roten Armee.

Trotzdem beschloß der Deutsche Bundestag im Januar 1993 ein Gefechtsübungszentrum für die Bundeswehr und später auch NATO-Einheiten in der Heide. Denn schließlich sei Landesverteidigung Bundesangelegenheit und daher der Bevölkerungswille nicht entscheidend (!).

Bürger auf dem Friedensweg. Politik auf dem Kriegspfad

Im Sommer 1993 bündelten die HeideschützerInnen anläßlich eines Protest-Camps ihre Kräfte in der OFFENen HEIDe. Seitdem gibt es regelmäßige Friedenswege, kulturelle Veranstaltungen, Ostermärsche. Inzwischen hat sich auch ein Förderverein Colbitz-Letzlinger Heide gegründet. Ein Zweckverband, dem alle angrenzenden Landkreise angehö-

Kontakt

BI Offene Heide
c/o Erika Drees
Beethovenstr. 13
39576 Stendal

Einheimische gegen zugezogene Panzer
Foto: BI/Neues Forum

ren, soll die wirtschaftliche Entwicklung des Gebietes auf ziviler Basis koordinieren. Arbeitsplätze im Gesundheits- und Erholungswesen, Gaststätten- und Dienstleistungsgewerbe, in der Land- und Forstwirtschaft und in landschaftsangepaßter Industrie könnten die wirtschaftliche Entwicklung der Region durchaus tragen. Grundlage ist die in jedem Fall notwendige Sanierung und Renaturierung der Landschaft. Und auch die bringt Arbeitsplätze und muß in jedem Fall aus Steuergeldern bezahlt werden, denn das Argument, dies wäre nur mit der Bundeswehr zu finanzieren, ignoriert die Tatsache, daß auch diese ausschließlich mit Steuergeldern arbeitet.

Am 10. August 1994 hat die Bundeswehr die Heide widerrechtlich in Besitz genommen. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch nicht einmal einen Vertrag mit der Landesregierung. Seitdem verschleudert die Bundeswehr Steuermillionen, die der Sanierung der Heide dienen sollen. Bei mehreren öffentlichen Entsorgungsaktionen, bei denen umweltschädigendes Material aus der Heide geholt wurde, konnte gezeigt werden, wie sie diesem Auftrag nachkommt oder, richtiger, nicht nachkommt. Als Bürgerbewegte das ausgeschlachtete Wrack eines verrosteten Panzers aus der Heide holten, um den BürgerInnen zu demonstrieren, welche Zustände dort herrschen, wurden sie wegen angeblichen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz kriminalisiert. Vor Gericht wurde das Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt und nur eine minimale Geldbuße erhoben.

Macht Existenzangst Militanz erträglich?

Trotz der Bonner Beschlüsse hat sich der Landtag Sachsen-Anhalts im Januar 1997 nochmals eindeutig und mehrheitlich zu einer vollständig zivilen Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide bekannt. Nur nützte das nichts. Ein Vierteljahr später mußte das Land den sogenannten Heidekompromiß akzeptieren. Die auf einer verfehlten Wirtschaftspolitik basierenden Existenzängste der Bevölkerung dienen als „Entscheidungshilfe". Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit schien manchen Gemeinden die Bundeswehr ein potenter Wirtschaftspartner, der den Wirtschaftsaufschwung in die Region bringen wird. Zumal die Militärs ihre Werbekampagne z.B. mit Helikopterflügen nach Hämmelburg garnierten, um Kommunalpolitiker von der ökologischen Kompetenz und Verantwortung der Bundeswehr zu überzeugen.

Fazit:

Die Militarisierung der Gesellschaft hat konsequenterweise zur Folge, daß die demokratischen Prozesse und Instanzen ausgehöhlt und sinnentleert werden. Wo die Interessen von Militär und Rüstungslobby auf dem Spiel stehen, werden die demokratischen Entscheidungen von Gemeinden, Kreistagen und Länderparlamenten Makulatur.
Die Friedenswege in der Colbitz-Letzlinger Heide stehen als Symbol für das zivile Inbesitznehmen militärisch genutzter Räume. Die OFFENe HEIDe wird gebraucht. Von uns allen.

Sylvia Kirchner

Übrigens:
Die Friedenswege finden immer an jedem ersten Sonntag im Monat statt.

Friedenspolitischer Aufbruch oder Kriegspolitik?

Kontakt

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e. V.
Burgholzweg 116/2
72070 Tübingen
Tel. und Fax: 07071-49154
eMail: IMI@GAIA.DE
Internet: http://gaia.de/imi/index.htm

Winni Nachtwei (MdB Bündnis 90/Die Grünen) und Tobias Pflüger (Informationsstelle Militarisierung IMI e.V.) sind unmittelbar nach dem Regierungsantritt der rot-grünen Koalition heftig aneinandergeraten. Der Streit ist exemplarisch für die Politik der Bündnisgrünen in der Regierung, die auf mehreren ihrer klassischen Politikfelder zunehmend mit der Basis und bisherigen SympathisantInnen in Konflikt geraten.

Am 20.10.98 unterzeichnete die neugewählte rot-grüne Regierungskoalition ihren Koalitionsvertrag. Lediglich eins der zwölf Kapitel befaßt sich mit der zukünftigen Konzeption der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik. Das vermeintliche Leitmotiv der zukünftigen deutschen Außenpolitik wird in einem Satz festgeschrieben: „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik." In der November-Ausgabe der „Graswurzelrevolution" zeigte Tobias Pflüger, daß der diesem Einleitungssatz folgende Text der Koalitionsvereinbarung dieser These konträr gegenübersteht. (1) Sowohl der Koalitionsvertrag als auch der Kosovo-Beschluß vom 16.10.98, bei dem die Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nahezu einmütig einem völkerrechtswidrigen Militäreinsatz der Bundeswehr zustimmten, zeigten: Rot-grüne Außenpolitik sei Kriegspolitik. Der Kosovo-Beschluß sei das vorläufige Ende einer atemberaubenden Militarisierungsspirale.

Kurz darauf veröffentlichte IMI eine Pressemitteilung zum Koalitionsvertrag, in der dieser als „verpaßte Chance" und „friedenspolitische Katastrophe" bezeichnet wird: „Wir dürfen es als außerparlamentarische Opposition nicht hinnehmen, daß es unter der neuen Regierung eine Kontinuität der militarisierten Außenpolitik gibt, bzw. daß die neue Qualität der Bundeswehr sogar noch weiter ausgebaut wird." (2)

Winfried Nachtwei, Mitglied des Verteidigungsausschusses im Bundestag und seit langem aktiv in der Friedensbewegung, antwortete mit einer persönlichen Stellungnahme. Er verstand Pflügers Artikel als dramatischen „öffentlichen Kampfaufruf zur konfrontativen Auseinandersetzung" und „Kriegserklärung an die neue Regierung".

Dementsprechend heftig fiel seine Antwort aus, in der er vor allem kritisierte, daß die Vereinbarungen zur Konfliktprävention und zur Stärkung nichtmilitärischer Einrichtungen zu wenig Beachtung fänden. Das Schreiben zeigte, daß sowohl bei der Interpretation des Koalitionsvertrages, als auch bei der Einschätzung des Stellenwerts der Wehrstrukturkommission erheblicher inhaltlicher Dissens besteht. Wir luden Nachtwei deshalb zu einem öffentlichen Streitgespräch mit Tobias Pflüger ein.

Kosovo-Beschluß: Völkerrechtswidrig oder „mandatsfern"?

Erster Diskussionspunkt war der Kosovo-Beschluß, den Tobias Pflüger aufgrund seiner Völkerrechtswidrigkeit als „historische Zäsur" bezeichnete. Hier sei von einem großen Teil der Grünen eine Position mitgetragen worden, die wenige Jahre zuvor nicht einmal die CDU hatte. Abermals seien zivile Einrichtungen (UNO) geschwächt und militärische (NATO) gestärkt worden. Parallel dazu laufe eine Militarisierung innerhalb der EU. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) werde ausgebaut und die WEU zum militärischen Arm der EU. Joschka Fischer rede einer „...neuen europäischen Verteidigungsidentität" sogar das Wort. „Im Kosovo drohte eine humanitäre Katastrophe. In dieser Situation gab es meines Erachtens keine andere praktikable Lösung als die militärische Drohung", rechtfertigte Nachtwei die Zustimmung der Grünen. Den Kosovo-Beschluß nannte er „...nicht total völkerrechtswidrig, aber problematisch und mandatsfern", was einen Zuhörer zu der Frage veranlaßte, ob er sich auch bei den Grünen an das von Rühe perfektionierte militärische Neusprech gewöhnen müsse.

Koalitionsbeton

Im dem von Nachtwei zusammen mit Angelika Beer und Christian Sterzing verfaßten Papier „Friedenspolitischer Aufbruch oder Kapitulation" werden die Koalitionsvereinbarungen als „Frühling nach einer friedenspolitischen Dürre" bezeichnet. „Bereits die Eingangsformulierung (...) zeigt, welche Leitlinie die neue deutsche Außenpolitik prägen soll" (3). Nicht zitiert wird der folgende Satz „Die neue Bundesregierung wird die Grundlinien bisheriger deutscher Außenpolitik weiterentwickeln."

Nachtwei hob in der Diskussion vor allem das im Koalitionsvertrag festgelegte Bekenntnis zu Konzepten der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung hervor und betonte die beabsichtigte Stärkung der UN und der OSZE, die Förderung der Friedensforschung, die angestrebten Ausbildungsprogramme zu „peacekeeping" und „peacebuilding" und den Aufbau eines Sanktionshilfefonds. Das Fazit im Militärbereich fiele sehr düster aus, hier müßten jedoch die politische Machbarkeit und die Kräfteverhältnisse berücksichtigt werden. „Wir sind kräftig auf dem Betonboden der politischen Machbarkeit aufgeschlagen", so Nachtwei. Positiv zu bewerten sei lediglich die Berücksichtigung des Menschenrechtsstatus' der Empfängerländer und das Transparenzgebot bei Rüstungsexporten, das festgeschriebene Ziel der Beseitigung der Massenvernichtungswaffen und der Einsatz dafür, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten.

Pflüger bewertete zwar auch die Vereinbarungen im Bereich der zivilen Konfliktprävention und der Kriegswaffenexporte positiv, die Außen- und Militärpolitik der neuen Bundesregierung müsse

(1) gwr Nr. 233
(2) Wissenschaft und Frieden 4/98
(3) Beer/Nachtwei/Sterzing: „Friedenspolitischer Aufbruch oder Kapitulation?"

Thomas Geyer ist Vorstandsmitglied der IMI e. V.
Die Diskussionsveranstaltung wurde sowohl auf Audio-Kassette als auch in einem Textprotokoll dokumentiert und ist im IMI-Büro erhältlich.

jedoch an der Handlungsebene gemessen werden. „Beschlüsse auf der Militärebene wurden sofort mehrfach umgesetzt, während im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung bisher wenig auf den Weg gebracht wurde." In allen Kernbereichen setze der Koalitionsvertrag die bisherige Außen- und Militärpolitik und damit die Militarisierung fort. Für die Grünen seien die hier festgeschriebenen Ergebnisse peinlich. Rot-grün trage aktiv dazu bei, die NATO als Interventions- und Absicherungsinstrument gegen den Süden auszubauen. Auch innerhalb der EU werde die Militarisierung weiter vorangetrieben. Mit den „Bemühungen um den Zusammenschluß der europäischen Luft- und Raumfahrtsindustrie" (Zitat Koalitionsvertrag) werde die Konzentration der Kriegswaffenproduktion aktiv gefördert.
Fazit: Der Koalitionsvertrag biete zwar einige Lichtblicke, insgesamt werde aber der bisherige Kurs fortgesetzt.

Schonfrist für das Militär?

In der Berufung der Wehrstrukturkommission, die die künftige Strategie und den Auftrag der Bundeswehr klären soll, sieht Nachtwei eine reale Chance zur Abrüstung. „Früher war der Auftrag dieser Kommissionen viel enger gefaßt. Ich denke, daß es bei der Diskussion in dieser Kommission um den Stellenwert von Militär in der gesamten Sicherheitspolitik überhaupt geht. Die zivile Außenpolitik kann hier gestärkt werden". Auf keinen Fall dürfe die Bundeswehr umfassend interventionskompatibel gemacht werden. Die Grenze sehe er bei friedenserhaltenden Maßnahmen. Für die Friedensbewegung sei die Wehrstrukturkommission auch deshalb eine große Chance und Herausforderung, da sie in eine gesellschaftliche Debatte eingebunden werde und friedenspolitische Forderungen und Vorstellungen mit eingebracht werden könnten.
Pflüger sieht in der Berufung der Wehrstrukturkommission eine zweijährige Schonfrist für die Bundeswehr, in der die Bundeswehr alle Beschaffungsprojekte durchsetzen kann, die zur vollen Interventionsfähigkeit der Krisenreaktionskräfte nötig sind. Auch die Speerspitze der neuen Bundeswehr, das Kommando Spezialkräfte (KSK), werde in zwei Jahren nahezu voll einsatzfähig sein, so daß deren Auflösung unwahrscheinlicher denn je werde. Ziel der Kommission sei es, die Bundeswehr zu effektivieren und die Interventionsfähigkeit weiter auszubauen. Sie biete aber die Chance, antimilitaristische Forderungen gesellschaftlich zu thematisieren.

Die Bundeswehr wird grün

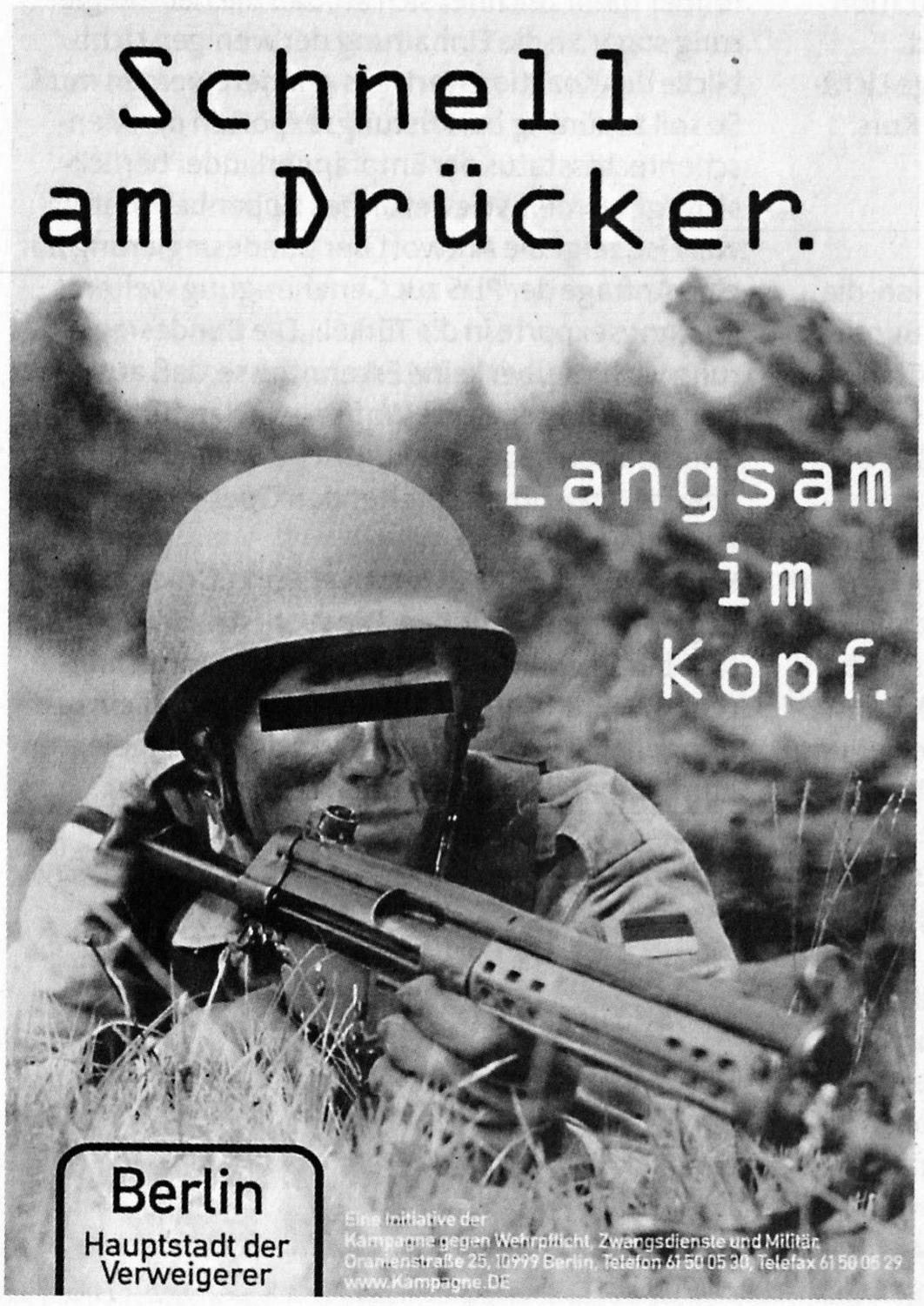
Für IMI lassen sich durch die Diskussion und durch die bisherige Politik der neuen Regierung zwei zentrale Schlüsse ziehen:
1. Zwischen der pazifistischen und antimilitaristischen Bewegung und der ehemals gewaltfreien Partei der Grünen gibt es immer weniger Berührungspunkte. Als Regierungspartei tragen die Grünen eine Außenpolitik mit, die weiterhin auf das Primat des Militärischen setzt. Die von Rühe begonnene Militarisierung wird unter Rot-Grün fortgesetzt und zu Ende gebracht.
2. Trotzdem gibt es einige wenige Abgeordnete, auch bei der SPD, die bisher nicht auf diesen Kurs eingeschwenkt sind. Mit diesen sollten wir auch in Zukunft punktuell zusammenarbeiten. Trotz aller inhaltlicher Differenzen mit Nachtwei bewerten wir seine Initiative, mit uns in eine Auseinandersetzung zu gehen, als positiv.

Immer mehr zeichnet sich ab, daß die neue Regierung sogar an die Einhaltung der wenigen Lichtblicke des Koalitionsvertrags erinnert werden muß. So soll zukünftig bei Rüstungsexporten der Menschenrechtsstatus der Empfängerländer berücksichtigt werden. Wieviel dieses Lippenbekenntnis wert ist, zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS zur Genehmigung weiterer Rüstungsexporte in die Türkei: „Die Bundesregierung verfügt über keine Erkenntnisse, daß aus Deutschland gelieferte Waffen von den türkischen Streitkräften gegen die kurdische Zivilbevölkerung oder bei grenzüberschreitenden Operationen eingesetzt wurden". (3)
Unsere Aufgabe ist es jetzt, verstärkt Druck auf die Regierenden auszuüben. Die Wehrstrukturkommission bietet eine gute Gelegenheit, die fortschreitende Militarisierung in die Diskussion mit einzubringen. Auch Möglichkeiten zu größer angelegten Kampagnen und zu Aktionen bieten sich hier.

Thomas Geyer

Tarnflecken im ICE

Der Deutschen Verhältnis zur Uniform sei libidinös? Im Kaiserreich war's das zweifellos: Die schimmernd-bunte Wehr war Teil preußisch-deutschen Imponiergehabes, auf den Schlachtfeldern genauso wie auf den hauptstädtischen Boulevards.
Der Kaiser gab das Vorbild. Mit Hingabe posierte er in unzähligen Uniformen, passend zu jeder Gelegenheit und zu jedem seiner Regimenter. Ihm folgend drängte es Ungediente, den bunten Rock überzustreifen, die Gedienten verwahrten ihn bis zur nächsten Reserveübung im heimischen Kleiderschrank.



Doku: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Das satirische Gegenbild dieses Kults erfand Carl Zuckmeyer mit seinem „Hauptmann von Köpenick": Vor einer Uniform knallen Hacken zusammen, vor ihr kapituliert eine komplette Stadtverwaltung, auch wenn unter dem bunten Rock nur ein lausiger Vorbestrafter steckt.
Die Faszination für das Kleidungsstück hielt an. Doch sie änderte sich: Die Schlachten des I. Weltkrieges erzwangen den grauen Rock. In seiner den Böden Flanderns und den Steppen Rußlands angepaßten Unauffälligkeit wird er für die Überlebenden dieses Völkermordens zum Mythos eines in Stahlgewittern geprüften Mannestums. Einer macht sich diesen zunutze: Vom Meldegänger in den Schützengräben der Westfront im Weltkrieg I zum Schlachtenlenker des Weltkrieges II aufgestiegen, trägt er auch als der Deutschen „Führer" das graue Tuch des Feldsoldaten. Mit Ergebenheit danken sie ihm diese Geste der Schlichtheit.

Nicht bunt und auch nicht grau sollte das Kleid sein, als für neue Soldaten ein neuer Rock her mußte. Der Bürger in Uniform wurde zivil gewandet, vom Briefträger nur schwer zu unterscheiden. Und die Uniform blieb in der Kaserne. Übriggebliebenes Feldgrau war zu Kindermänteln und Damenjacken umgearbeitet worden. Das entsprach dem Zeitgeist. Der Krieg steckte allen noch in den Gliedern.
Aber wieder änderten sich die Zeiten und mit ihnen des Soldaten Kleid. Die Bundesrepublik wurde „normal", und dazu gehört ein normal angezogener Soldat. So wird aus dem bürgerlichen Outfit erst ein Feldanzug in oliv, dann ein buntgefleckter. Seine Wirkung ist wieder kriegerisch. Und er bleibt nicht mehr im Spind der Kasernenstube, wenn's den Soldaten ins Wochenend zieht. Auf Order des höchsten Dienstherren haben die Bundeswehrer sich damit in der Öffentlichkeit zu präsentieren. „Flagge zeigen!" heißt das.
Pflichtschuldig tun sie's: die Braut am Hals auf dem postmodern gestylten Bahnsteig, das Handy in der Rechten und die Bierdose in der Linken in den Polstern des ICE, die Rolltreppen rauf und runter, als wollten sie auf dem Bahngelände ein Widerstandsnest ausheben. Alles im ministeriell verordneten Tarnfleckanzug.
Die Wirkung des Kleidungsstückes ist ärgerlich: Weil der Buntgefleckte in der rundum zivilen Umgebung seine Tarnfunktion einbüßt, schafft er zu Bahnsteig, ICE und Rolltreppe einen dreisten Kontrast, wahrnehmbar als Provokation.
Genauso ist das auch gemeint. Die deutsche Öffentlichkeit soll sich wieder ans Militärische gewöhnen. Schließlich gab es Zeiten, in denen sie keine Schwierigkeiten damit hatte.

Dringender Rat an Herrn Scharping! Ihr schneidiger Vorgänger hat die unselige Parole vom Flaggezeigen ausgegeben. Geben Sie ein „Kommando zurück!" Die Uniform sollte im Soldatenspind bleiben und aus der zivilen Öffentlichkeit verschwinden. So war's uns Gegnern der Wiederaufrüstung damals versprochen worden. Fragen Sie bei den älteren Mitgliedern Ihrer Partei nach!
Der Soldatenrock ist Berufskleidung wie jede andere. Oder könnten wir uns den Chirurgen im Operationskittel im ICE vorstellen? Oder den Metzger mit Schürze auf dem Bahnsteig?

Ulrich Hesse

Berichte
- Musterungsaufwand-

Küchenmusterung rechtswidrig
Kreiswehrersatzamt verstieß gegen Grundgesetz

Zwangsweise Musterungen in den Wohnräumen von Wehrpflichtigen sind rechtswidrig. Dies ergibt sich aus einem Beschluß des Verwaltungsgerichts Berlin.

Am 23. Juli 1997 waren Polizeibeamte gewaltsam in die Wohnung des damals 26jährigen Frederik Luhmer eingedrungen. Grundlage war ein Durchsuchungsbeschluß, der wegen des Verdachts auf Wehrpflichtentziehung durch Täuschung vom Amtsgericht Tiergarten erlassen worden war. Für die Staatsanwaltschaft bestand der Verdacht, daß sich Frederik unter Angabe falscher Behauptungen vor der Musterung gedrückt habe.

Während die Polizeibeamten fleißig in den privaten Unterlagen Frederiks schnüffelten und alles beschlagnahmten, was ihnen verdächtig erschien, spazierten durch die geöffnete Tür drei Beamte des Kreiswehrersatzamtes. Diese waren vom zuständigen Kriminalhauptkommissar über die bevorstehende Hausdurchsuchung informiert worden. In der Anhörung vor Gericht meinte der Polizist, dieses Vorgehen sei weniger aufwendig, als Frederik mit dem Staatstaxi zur Musterung zu fahren. Der Anregung, bei der Gelegenheit doch auch vorbeizuschauen, folgten sie gerne. Die Musterungsärztin forderte Frederik in seiner Küche auf, er solle sich nun mustern lassen. Als Frederik dies ablehnte, wurde er per Augenschein für tauglich befunden: „So wie Sie da sitzen, sehen Sie ja ganz gesund aus." Gegen den Musterungsbescheid legte Frederiks Anwalt Bernd Sünnenwold zunächst Widerspruch und schließlich Klage ein. Das Verwaltungsgericht hörte sich alle Beteiligten an und gab der Wehrbereichsverwaltung am zweiten Tag der Verhandlung den Tip, den Musterungsbescheid besser aufzuheben - ansonsten müsse ein Urteil erlassen werden, in dessen Gefolge eine Strafverfolgung gegen die Beamten zu erwarten sei. Eine Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch hatte Frederik bereits gestellt, sie war aber von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Nach dem Beschluß des Verwaltungsgerichtes, das die Kosten für das Verfahren der Bundeswehr auferlegte, fordert Frederik die Wiederaufnahme des Strafverfahrens.

Mit seinem Beschluß bescheinigt das Verwaltungsgericht dem Kreiswehrersatzamt, sich rechtswidriger Methoden bedient zu haben. Das Eindringen in Frederiks Wohnung war vom Leiter des Kreiswehrersatzamtes damit begründet worden, die Berliner seien in Wehrpflichtangelegenheiten „besonders renitent". Um dem entgegenzuwirken, meinte man offensichtlich, sich auch mal über das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung hinwegsetzen zu können.

Frank Brendle

linke zeitschrift
ARRANCA!

NUMMER 16
kapitalismus heute

UND WAS IST DARAN RADIKAL?
Anmerkungen und Vorschläge zum Existenzgeld

DER ARBEITER ALS AKTIONÄR?

GLOBALISIERUNG ALS DEMOKRATIEVERLUST?
Interview mit Elmar Altvater

JETZT WÄCHST ZUSAMMEN, WAS ZUSAMMENGEHÖRT
Interview mit Peter O. Chotjewitz

ADIÓS ESPAÑA
Waffenstillstand und Wahlen in Euskadi

PGP
Kryptographie für die Massen

erhältlich in jedem guten Buchladen oder bei Arranca!
c/o Fels, c/o Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustraße 2a,
10961 Berlin

Rezension
- Kriegshandwerkerin-

Cora Stephan,
Das Handwerk
des Krieges,
Rowohlt Berlin 1998,
320 S. DM 38,-

Ungenügend

Endlich, quasi mit dem Regierungswechsel, ein Buch, das sich einer wichtigen Problematik annimmt - haben viele gedacht und sich darin getäuscht. Der Autorin Cora Stephan gelingt es, den Krieg zu banalisieren.
Die 260 Seiten Text entspringen teils direkt, teils indirekt zwei Bedürfnissen der Autorin. Erstens will sie, und dies knüpft nahtlos an ihre bisherigen Publikationen an, provozieren. Sie ist Querdenkerin und meint - egal zu welchem Thema -, den Experten, Intellektuellen oder anderen Querdenkern den Spiegel vorzuhalten und mit dem „gesunden Menschenverstand" die Dinge klarzustellen. Dabei ist weniger die Stammtischmehrheit Ziel ihrer Kritik als vielmehr diejenigen, die sich kritisch mit komplexen Sachverhalten auseinandersetzen. So reiht sich Schlagwort an Schlagwort. Besonders das erste Kapitel verdeutlicht ihre nivellierende Herangehensweise.
Cora Stephan springt von These zu These, stellt die Argumentationen anderer oft nur unzureichend dar, hinterfragt diese und „beweist" natürlich die Irrelevanz dieser Ansätze. Gerade die zwei populärsten wissenschaftlichen Erklärungsansätze werden von ihr runtergebügelt: Krieg als Folge ökonomischer bzw. machtpolitischer Interessen und Krieg als Folge der Männlichkeit. Beide Ansätze verdienen es, kritisiert zu werden, aber nicht auf Stephans Art. Statt auf die Ökonomie des Krieges und das Wechselspiel zwischen Macht-, Wirtschafts-, Bevölkerungsstrukturen und Krieg einzugehen, betont sie den kulturellen Charakter der Kriegführung (Ritual, Theater, Spiel). Männlichkeit als Kriegsursache? Diesen Ansatz wischt sie mit den gleichen Mitteln vom Tisch. Dies klingt etwa so: Männer sind keine Bestien, weil auch sie eine Tötungshemmung haben. - Ja, und? Wer hat denn das Gegenteil behauptet?
Zweitens merkt man, daß die Autorin das Bedürfnis verspürt, als Deutsche und Querdenkerin ihre Betroffenheit über die vielen Toten in den letzten Kriegen und Bürgerkriegen zu verarbeiten. Gerade die letzten Kapitel des Buches, inklusive Epilog, handeln weniger vom Krieg als von der Kriegsschuld der Deutschen und sind als Lektionen für die heutige Zeit geschrieben. Stephan betrachtet den Krieg als Teil der Natur (S.19). Die Frage sei nur, ob der Krieg „mäßig" oder „entgrenzt" geführt wird. Um dies herauszuarbeiten, nähert sie sich dem Thema psychologisch und bezeichnet das als „Mentalitätsforschung": „Wer Kriege verstehen will, muß die positiven Gefühle begreifen, die er weckt - und die ihn antreiben." (S.11)
Gemäß ihrer Logik kommt sie durch diese Herangehensweise noch zu vier Schwerpunkten, die sich aufgrund ihrer willkürlichen Auswahl nur schwer begründen lassen: Darstellung der unterschiedlichen Bewegungsformen des Männerbundes sowie die Rolle der Frau; Bedeutung des Krieges für Gemeinschaft und Gedächtnis; Auseinandersetzung mit den Gefahren einer Moralisierung im Krieg und schließlich die Frage, ob Demokratien friedlicher sind. Allesamt interessante Punkte - nur leider nicht in diesem Buch.
Letzten Endes bedeutet ihre „Mentalitätsforschung" nur einen munteren Gang durch die westeuropäische Zivilisationsgeschichte. Von den Griechen bis hin zu Napoleon müssen Episoden, aus dem historischen Kontext gerissen, für ihre jeweiligen Behauptungen herhalten. Mit Krieg und dem Hauptakteur des Krieges, dem militärischen Apparat, hat das wenig zu tun. Überhaupt zeigt sich immer mehr, daß die Autorin wirklich keine Ahnung hat, was denn überhaupt als Krieg gelten soll, mal sind es Streitigkeiten zwischen zwei Gruppen am Amazonas, mal zwischen Nationalstaaten, mal müssen beide Seiten militärisch organisiert sein, mal nur eine.
Im Ergebnis läßt sich festhalten, daß in Stephans Augen der Krieg, solange er nur mäßig geführt wird, notwendig sein kann. Allerding gelinge Mäßigung im Krieg „nur dort, wo es handfestere Beweggründe dafür gibt als nur ein Ideal". (S.14) Dies sei gegenwärtig nicht mehr der Fall. Die industrialisierten Staaten hätten den Krieg moralisiert und entgrenzt, der Feind werde zum Dämon, die Kriege dadurch brutaler, denn keine Seite wolle verlieren, da dies den Tod bedeuten würde. Andererseits - das war zu erwarten - könne all dem entgegengewirkt werden, wenn wieder auf die Einhaltung des Kriegsrechts Wert gelegt werde und Staaten wie die Bundesrepublik ihren Teil zur Durchsetzung internationalen Rechts beitrügen. Wer, so Stephan, keinen Unterschied zwischen Krieg und Kriegsverbrechen sehe, zwischen legitimen und illegitimen Mitteln, mache sich weniger des Pazifismus als der Denkfaulheit verdächtig. (S.254)
Statt zu fordern, keiner sollte mehr in den Krieg ziehen, orientiert Stephan sich am „Machbaren". Und genau so muß sie sich dem Thema Krieg genähert haben: „260 Seiten zum Thema Krieg? Ist machbar!"

Christopher Steinmetz

12.00 Uhr ist Tischzeit

Erkennen Sie General Naumann? Doku: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Wir sind hier in Potsdam ja einiges gewohnt, so daß es eigentlich nicht verwundert, vor dem Amtsgericht Potsdam Polizei und Feldjäger, in trautem Vierer ohne Steuermann, ihre Pflicht erfüllen zu sehen. Diesmal einer Festung gleich, konnte der Gerichtssaal erst nach einer elektronischen Abtastung betreten werden. Für regelmäßige Besucher in Moabit und anderswo nicht ungewöhnlich, für die Provinz aber doch spektakulär genug, um damit ins Fernsehen zu kommen. In der Rolle der Staatsanwältin wie so oft Frau Hemmersbach, und auch in der Rolle der Richterin mit Frau Hep ein bekanntes Gesicht. Auf der Anklagebank Jörg Kwapis, ein ortsbekannter Kader derer, die sowieso gegen alles sind; als sein Anwalt der auch nicht unbekannte Wolfgang Kaleck aus der Bundeshauptstadt. Als Zuschauer eine Menge Mordskerle in Uniform, vielleicht etwas in die Jahre gekommen, aber immer wieder gern dabei.

Staatsanwältin Hemmersbach eröffnete:
Sie, und damit das deutsche Volk, wäre überzeugt, daß Jörg den damaligen Heeresinspekteur Generalsonstwas Naumann bei der Demonstration anläßlich des Festaktes zur Einrichtung eines militärhistorischen Lehrstuhls an der Uni Potsdam, mittels eines gezeigten Plakates beleidigt habe. Jörg erklärte zum konkreten Tatvorwurf, daß er es nicht gewesen sein könne, weil er nicht da war. Dann ging er in seiner Prozeßerklärung auf die sogenannte Mörderdebatte ein und erklärte sich mit der Aussage des Plakats inhaltlich einverstanden.
Richterin Hep war sichtlich betrübt ob des verdrehten, armen Jungen, Staatsanwältin Hemmersbach gab sich betont gelangweilt, mit verschränkten Armen gaben die Mordskerle ein eindrucksvolles Bild der Geschlossenheit. Die erste Zeugin, die Fotografin des Hauptbeweises Pressefoto konnte sich kaum noch daran erinnern, das Foto überhaupt gemacht zu haben, aber wenn ihr Name darunterstände, dann war sie es auch. Eine Lachnummer also, nicht die beste und auch nicht die letzte des Tages.
Der nächste Zeuge war der Geschädigte höchstpersönlich, Generalundnochwas Naumann. Dieser versuchte, sich auf dem Pressefoto zu erkennen, was ihm nicht gelang. Auf einer von der Staatsanwaltschaft als Hilfsbeweis hinzugezogenen Postkarte, die gleichen Inhalts wie das böse Plakat sein sollte, konnte er sich dann doch erkennen, womit er wieder beleidigt sein konnte. Und es war nicht das erste Mal, daß Herr Naumann beleidigt wurde, nein, er war schon einmal dienstlich befaßt. Der Versuch von Jörgs Anwalt, die Satiregrenze des Zeugen auszuloten, löste Mutterinstinkte bei Richterin und Staatsanwältin aus. Während die Richterin den Zeugen nicht für fähig hielt, einen Text aus seiner Sicht als Satire einzuschätzen, wollte die Staatsanwältin den Zeugen vor „üblen Fragen" schützen. Der Zeuge erhielt auch die Gelegenheit zu einem Schlußwort, in dem er abstritt, daß Soldaten grausam sind, und erklärte, daß sie auch das Foltern nicht lernen - etwas seltsam angesichts der Tatsache, daß in mittelamerikanischen Militärdiktaturen, in der Türkei und in Israel Soldaten sogar nach wissenschaftlichen Methoden foltern; aber das sind nach Naumanns Definition vielleicht auch keine Soldaten. Immerhin räumte G. Naumann ein, daß Bomben auch unerwünschte Nebenwirkungen haben. Richterin Hep entließ den Zeugen sichtlich gerührt, bat aufsehenerregenderweise aber um kein Autogramm. Wolfgang Kaleck drohte nun mit weiteren Beweisanträgen, sollte die Richterin ebenfalls der Meinung sein, Jörg wäre eine der Personen auf dem Zeitungsfoto. Frau Hep gab zu, Jörg auch nicht zu erkennen, womit sich dann die Frage stellte, warum sie die Zeugenvernehmungen überhaupt durchführte, vor allem, da sie doch eigentlich um „12.00 Uhr zu Tisch" wollte. Die Staatsanwältin fand tatsächlich durch die Beweisaufnahme Jörgs Schuld bestätigt. Wolfgang Kaleck war natürlich nicht ihrer Meinung, wies sie aber darauf hin, daß Jörgs Prozeßerklärung für eine Verurteilung vielleicht aussichtsreicher wäre, und ging noch einmal sehr ausführlich auf die „Mörderdebatte" ein.
Das Urteil, welches noch vor Tisch verkündet wurde, war, wie nicht anders zu erwarten, ein Freispruch. Es wurde als nicht erwiesen betrachtet, daß Jörg an dem Tattag das beleidigende Plakat getragen hat, weiterhin rügte Frau Richterin die schlampige Ermittlungsarbeit der Polizei und kam nun doch noch zu spät zu Tisch.

Jan Wendt

PS. Die Staatsanwaltschaft ist tatsächlich in Berufung gegangen, wer will, kann also beim nächsten Mal dabeisein. Der Termin kann bei der Kampagne in Potsdam erfragt werden.

Kontakt

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Lindenstr. 53
14467 Potsdam

Tel. 03 31 / 2 80 50 83
Fax 03 31 / 2 70 87 28

Innenansichten
- Terre des Femmes-

Frauenrechte sind Menschenrechte

TERRE DES FEMMES ist eine gemeinnützige Menschenrechtsorganisation, die durch internationale Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen, Einzelfallhilfe und Förderung von einzelnen Projekten speziell Frauen und Mädchen unterstützt. Die Organisation wurde 1981 in Lausanne in der Schweiz gegründet. Sie entstand aus der Einsicht heraus, daß die vorhandenen Menschenrechtsorganisationen frauenspezifische Gewalt und Diskriminierungen aufgrund ihres eingeschränkten Mandats zu wenig beachten.
1990 wurde eine Bundesgeschäftsstelle in Tübingen aufgebaut. Zur Zeit besteht der Verein aus etwa 1.200 Mitgliedern. TERRE DES FEMMES unterhält Kontakte zu Frauenorganisationen weltweit und arbeitet eng mit anderen Menschenrechtsorganisationen sowie kirchlichen Verbänden zusammen.
TERRE DES FEMMES ist in zahlreichen Städten in Deutschland durch aktive Städtegruppen und Arbeitsgruppen vertreten, die ehrenamtlich arbeiten. In Zusammenarbeit mit der Bundesgeschäftsstelle informieren die Gruppen die Öffentlichkeit über Ausbeutung, Mißhandlung und Verfolgung von Frauen, indem sie Veranstaltungen durchführen, Medien- und Lobbyarbeit, Vorträge und Unterschriftenkampagnen organisieren.
TERRE DES FEMMES geht von der Erkenntnis aus, daß Frauen überall auf der Welt durch patriarchale Strukturen benachteiligt sind. Mädchen und Frauen werden aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit in ihrem Menschsein beschnitten:
• in ihrer persönlichen Freiheit, durch Vorschriften, Tabus, Schleier und die „guten" Sitten
• in ihrer Entwicklung, durch verweigerte oder minderwertige Ausbildung und Benachteiligungen im Arbeitsleben
• in ihrem Geist, durch Erziehung zur Unmündigkeit und Drill zur „Weiblichkeit"
• in ihrer körperlichen Integrität, durch die Verstümmelung ihrer Genitalien
• in ihrer Menschenwürde, durch sexistische Darstellungen in den Medien, in der Werbung und durch Pornographie

Kontakt

TERRE DES FEMMES
Postfach 2565
72015 Tübingen
Tel. 07071/7973-0
Fax 07071/7973-22
E-mail: TDF@swol.de
http://www.terre-des-femmes.de

Wir engagieren uns gegen:
• Handel mit Frauen auf der ganzen Welt als billige Arbeitskräfte, Katalogbräute und Zwangsprostituierte
• Nichtanerkennung der Verfolgung von Frauen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit als Asylgrund
• Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts von Frauen über ihren Körper, z. B. Zwangssterilisationen und genitale Verstümmelung
• sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen
• Abtreibung von weiblichen Föten

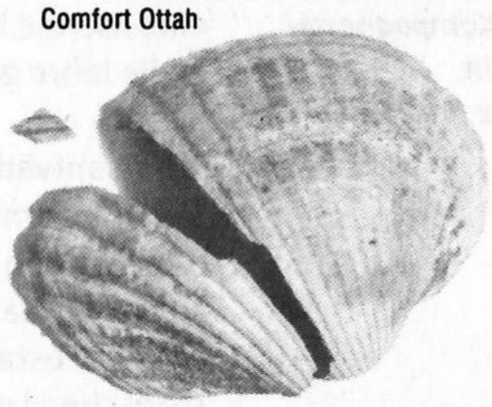
TERRE DES FEMMES ist Mitglied der „Kampagne für Saubere Kleidung". Um menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie durchzusetzen, strebt die Kampagne die Unterzeichnung einer Sozialcharta durch die großen Bekleidungsunternehmen an.

TERRE DES FEMMES unterstützt derzeit sieben Selbsthilfeprojekte und Initiativen von Frauen für Frauen, z. B. ein Frauennetzwerk in Bihar, Indien, bei dem geschlagene und mißhandelte Frauen Hilfe finden können, und zwei Projekte gegen Genitalverstümmelung in Burkina Faso und Tanzania.

TERRE DES FEMMES unterhält ein Archiv, das von der Öffentlichkeit genutzt werden kann. Es soll zu einer zentralen Dokumentationsstelle für Menschenrechtsverletzungen an Frauen weltweit ausgebaut werden.

TERRE DES FEMMES gibt viermal im Jahr die Zeitschrift „Menschenrechte für die Frau" heraus, die über die Lebenssituation von Frauen weltweit und deren Anstrengungen, ihre Lage zu verbessern, berichtet. Unregelmäßig erscheinen umfangreiche Dokumentationen zu einzelnen Frauenrechtsbereichen. Außerdem gibt TERRE DES FEMMES seit 1995 einen Kalender, die „Terre des Femmes-Planerin", heraus.

»Das ist keine Kultur, das ist Folter«
Comfort Ottah



Genitalverstümmelung
ist eine Menschenrechtsverletzung.

HELFEN SIE, DAMIT WIR HELFEN KÖNNEN!
Spendenkonto: 881 999,
BLZ 641 500 20, Kreissparkasse Tübingen,
Stichwort: »Genitalverstümmelung«

TERRE DES FEMMES

Nähere Infos:
TERRE DES FEMMES e.V.
PF 2565, 72015 Tübingen
Tel 07071/7973-0
Fax 07071/7973-22

Innenansichten
- Steuern zu Pflugscharen-

Kriegsdienst ist mehr als Soldat-Sein

1983 wurde in Heidelberg die Friedenssteuer-Initiative gegründet. Dazu erhielten wir Geburtshilfe aus England, der Schweiz, den Niederlanden und indirekt aus den USA, wo eine solche Bewegung schon 1971 ins Leben gerufen wurde. Von Anfang an gab es eine enge internationale Zusammenarbeit, und daraus entstand 1986 die 1. Internationale Konferenz der Friedenssteuer-Initiativen und Kriegssteuerverweigerer in Tübingen mit Teilnehmern aus 12 Staaten in 4 Erdteilen. Seitdem fanden in zweijährigem Abstand internationale Konferenzen, zuletzt 1998 in Neu Delhi statt, bei denen vor allem der Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Ermutigung im Mittelpunkt stehen. Zur Zeit wird die Konferenz 2000 in Washington vorbereitet.

Durch unsere Steuerzahlungen sind wir alle - Männer und Frauen - an Rüstung und Kriegsvorbereitung beteiligt und verringern damit das Suchen und Finden von Möglichkeiten für gewaltfreie Konfliktregelungen. Das Rüstungsverbrechen nutzt unsere tägliche Duldung und Mitwirkung. Das wollen wir ändern!

Im Grundgesetz wird die Gewissensfreiheit geschützt: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich." (Art. 4.1) Aber die Hoheit über die Verwendung der Haushaltsmittel steht nach dem geltenden Recht dem Parlament zu. So kann in Deutschland heute nur der Dienst mit der Waffe verweigert werden. Den Kriegsdienst mit der Steuer aber müssen wir alle leisten: ob Frau oder Mann, alt oder jung.
Wir wollen erreichen, daß jede Frau und jeder Mann den Kriegsdienst verweigern kann und diese Gewissensentscheidung nicht nur den Wehrpflichtigen zugebilligt wird. Wir lassen uns von der Idee leiten, den Frieden zu finanzieren, nicht den Krieg. Wir wollen durch Verweigerung der Steuern für Rüstungszwecke eine Steuerumleitung für zivile Zwecke ermöglichen. Durch eine Gesetzesinitiative soll erreicht werden, daß die Friedenssteuer der Normalfall und die Militärsteuer, genannt „Verteidigungshaushalt", der Sonderfall wird.

Durch Musterprozesse, die zur Verweigerung der Zahlung von Rüstungs- und Kriegssteuern geführt werden, soll das Bundesverfassungsgericht die Möglichkeit erhalten, die Gewissensnot einzelner Menschen anzuerkennen, so daß gegebenenfalls eine Ergänzung des Art. 4 des Grundgesetzes erfolgt. Bisher wurden anhängige Verfahren vom Bundesverfassungsgericht nicht angenommen.
Bei der Kriegführung im High-Tech-Zeitalter spielt das Geld zur Finanzierung hochmoderner Waffen eine Hauptrolle. Was jeder Mensch im Laufe des Lebens dazu an finanzieller Unterstützung leistet, ist mindestens dem gleichzusetzen, was von einem Soldaten verlangt wird. Diese Zahlungen schaffen für immer mehr Menschen einen massiven Gewissenskonflikt, weil sie gezwungen sind, den Tod von Menschen und Völkern zu finanzieren. Doch die weltweiten Versuche, Krisenherde durch militärische Mittel zu „befrieden" sind schon widersprüchlich in sich und haben auch nicht dazu geführt, die bestehenden Konflikte zu regeln.

Viele von uns wollen nicht länger ihre Verantwortung an Regierende und Abgeordnete abgeben, wollen nicht länger Mittäter sein.

Wir schlagen vor:
• sich zu informieren
• Gleichgesinnte zu finden und sich zusammenzuschließen. Im „Netzwerk Friedenssteuer" gibt es verschiedene Arbeitskreise und Initiativen, wie die Initiative kirchlicher Mitarbeiter „Steuern zu Pflugscharen" oder die Gesetzesinitiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, eine Regelung zu erreichen, die es jedem ermöglicht, Steuern zu zahlen, ohne Militär, Kriegsvorbereitung und Kriege mit zu finanzieren
• das Thema bekanntzumachen
• Parteien zur Unterstützung anzuregen
• Abgeordnete auf eine Gesetzesinitiative anzusprechen
• Medien und Öffentlichkeit aufmerksam zu machen
• Steuern zu vermeiden (legale Steuersparmöglichkeiten, unaufwendiger Lebensstil)
• die Finanzverwaltung zum Handeln zu veranlassen. Zusammen mit dem Lohnsteuer-Jahresausgleich könnte man seine Gewissensbelastung schildern und die Rückerstattung oder Umwidmung des Anteils für die Rüstungssteuer verlangen. Immer wieder kann jeder beispielhaft seinen Steueranteil verweigern. Man stelle sich die Katastrophe in den Finanzämtern und bei den Finanzgerichten sowie den Gerichtsvollziehern vor, wenn nicht einige tausend, sondern vielleicht zwei Millionen Steuerzahler ihrem Gewissen entsprechend handeln würden. Gegebenenfalls kann von uns Rechtsberatung geleistet werden.

Anfang der neunziger Jahre kam es aus Protest gegen den Golfkrieg und die von der Bundesregierung zu seiner Finanzierung überwiesenen Milliarden zu einem massenhaften öffentlichen Interesse an Möglichkeiten zur Steuerverweigerung. Um den vielen Nachfragen besser gerecht werden zu können, bildete sich die Friedenssteuer-Initiative zu einem besser organisierten „Netzwerk Friedenssteuer" um. Ende der neunziger Jahre stellt sich die Frage der zwangsweisen steuerlichen Unterstützung der Militärs verschärfter denn je. Haben doch gerade die militärischen Kriseninterventionen in den letzten Monaten und Jahren gezeigt, daß Konflikte nicht mit militärischen Mitteln oder der klassischen Diplomatie gelöst werden können. Die dringend benötigten Initiativen und Mittel für Friedensdienste zur gewaltfreien, zivilen Konfliktbearbeitung werden die Regierenden jedoch nicht freiwillig abgeben.

Else Tonke

Kontakt

e-mail: ev.kdv-beratung@i-dial.de
Infostelle
Tel. 0 62 22 / 6 27 41
Fax 0 62 22 / 6 27 02

Friedenssteuer-Nachrichten:
Tel. 06131 / 68 94 57

Innenansichten
- Mit uns gegen die Wehrpflicht-

Türkische Wehrpflichtige in der BRD: Wollen wir - können wir eine Bewegung kurdischer und türkischer KDVer initiieren?

Diese Frage stellt sich nun schon seit einiger Zeit in der Diskussion um die Umsetzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) in der Türkei. Hintergrund ist die Kritik einzelner Akteure und Gruppen, die in der Veranstaltung „öffentlicher Massenverweigerungsaktionen“ (1) von Türken und Kurden in Deutschland eine Gefahr für die noch junge KDV-Bewegung in der Türkei sehen. Auch beim letzten Treffen der WRI-AG-Türkei/Kurdistan (2) im vergangenen Winter in Berlin wurde diese Frage ausführlich diskutiert. Gruppen in der BRD initiierten seit 1995 medienwirksame öffentliche Verweigerungsaktionen mit Türken und Kurden, um der Forderung nach dem Menschenrecht auf KDV in der Türkei Nachdruck zu verleihen.
Die öffentliche Kriegsdienstverweigerung von Türken und Kurden außerhalb der Türkei hat sich bereits zu einer selbständigen Bewegung entwickelt. Die Verweigerung wird als Aktionsform von unterschiedlichen Gruppen übernommen, ohne daß eine Koordinierung durch die ursprünglich initiierenden Gruppen erfolgt, so daß eine soziale Bewegung entstanden ist. Die bisherige Durchführung der Aktionsform brachte jedoch Probleme mit sich. Manche der Beteiligten hatten sich nur unzureichend mit der Thematik auseinandergesetzt und sich nicht ausreichend verdeutlicht, daß sie nach einer möglichen Abschiebung in die Türkei mit Repressalien rechnen müssen. Die Abgeschobenen werden - teilweise unter Folter - zu einem Widerruf der Kriegsdienstverweigerung gezwungen. Damit verfolgt der türkische Staat den Zweck, die Bewegung zu diskreditieren und den auch in der Türkei existierenden Gruppen die Glaubwürdigkeit zu entziehen. Aus offizieller türkischer Sicht existiert überhaupt kein Problem mit Kriegsdienstverweigerern - ihre Existenz wird einfach geleugnet. Diese Auffassung spiegelt sich auch in der Praxis der deutschen Asylbehörden, für die Kriegsdienstverweigerung bisher kein ausreichender Grund für die Asylberechtigung ist.
Auf der anderen Seite sind öffentliche Verweigerungsaktionen sinnvoll, wenn dadurch das Thema KDV in die Öffentlichkeit getragen wird. Die Aktion ist Anlaß, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Nachahmer werden motiviert, und es kann eine Massenbewegung entstehen. Die Aktionen stellen gleichermaßen eine Solidarisierung mit allen Gewissenstätern dar, die im Gefängnis sitzen oder verfolgt werden. So hat sich Osman Murat Ülke, einer der ersten Kriegsdienstverweigerer der Türkei, in mehreren öffentlichen Aktionen zur KDV bekannt und das türkische Militär kritisiert. Osman wird seit Jahren in der Türkei wegen seiner KDV verfolgt. Jede breitere Bewegung wäre eine Unterstützung für ihn, da sie die Öffentlichkeit immer wieder für seine Situation sensibilisiert.
Für zukünftig erfolgreiche Aktionen schlägt das WRI-Treffen vor:
Potentielle Verweigerer sollten an Seminaren/Informationsveranstaltungen teilnehmen, in denen die Inhalte der Gewissensverweigerung diskutiert werden. Sie sollten nicht nur über das Thema Bescheid wissen, sondern sich auch damit identifizieren können. Das Prinzip der Selbstorganisation ist dabei der beste Schutz. Die Betroffenen sollten sich einen Unterstützerkreis vor Ort aufbauen und selbst aktiv werden. Verweigerungen sollten mit Einzelpersonen durchgeführt und gemeinsam mit den lokalen Unterstützergruppen der WRI-AG umgesetzt werden.
Diese Kriterien sollen sichern, daß die Verweigerer so gut wie möglich unterstützt werden und die Aktionsform nicht der Beliebigkeit ausgesetzt wird. Nur so kann auch der bestmögliche Schutz für die Verweigerer gewährt werden.

Michael Behrendt

(1) Der Begriff „Massenverweigerung“ kann irreführend sein. Von einer Bewegung von Tausenden etwa kann derzeit keine Rede sein.
(2) War Resisters International, AG Türkei/Kurdistan. Die WRI-AG ist ein internationales Netzwerk von KDV-Gruppen, deren Anliegen die Durchsetzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in der Türkei ist.

Osman Murat Ülke vorläufig frei

Anfang März wurde Osman aus der Haft entlassen, nachdem er wegen seiner Kriegsdienstverweigerung seit zwei Jahren in türkischen Gefängnissen eingesessen hatte. Ein Militärgericht verurteilte ihn wegen wiederholter Befehlsverweigerung zu zehn Monaten Haft, Osman wurde aber freigelassen, weil er den größten Teil der Strafe schon in Untersuchungshaft verbracht hatte.
Allerdings ist nicht damit zu rechnen, daß Osman lange in Freiheit bleiben wird. Das Tribunal forderte ihn auf, sich innerhalb von zwei Tagen zu „seiner“ Kaserne zu begeben. Da er von seiner Gewissensentscheidung nicht abrücken wird, wird er dieser Aufforderung nicht nachkommen.
Das nächste Verfahren wegen Befehlsverweigerung bzw. Fahnenflucht ist damit abzusehen. Osman muß damit rechnen, einmal mehr gewaltsam zur Kaserne gebracht zu werden, wo er die Befehle wieder verweigern wird. Ein Ende der Verfolgungsspirale ist nicht abzusehen, da ein Antrag, Osmans Fall vor das Verfassungsgericht zu bringen, vom Militärgericht abgelehnt wurde.

die Redaktion

Einladung zur Mitgliederversammlung 1999

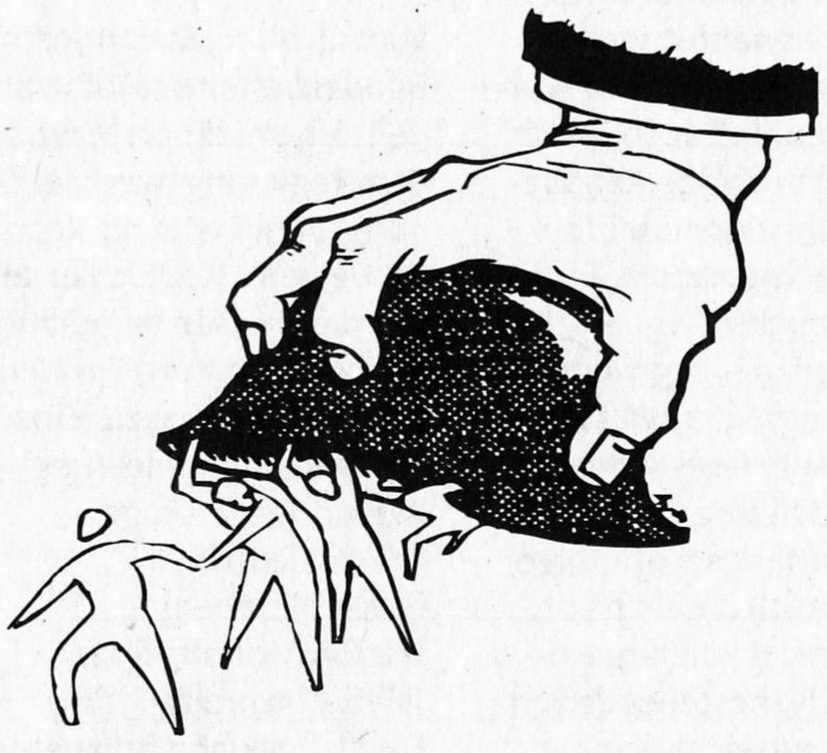
Die diesjährige Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, 15. April 1999 um 19.00 Uhr in der Oranienstr. 25, 2. Hof, 1. Stock, Berlin-Kreuzberg statt. Dazu lädt der Vorstand alle Mitglieder herzlich ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

- Bericht des Vorstandes
- Bericht des Kassenwartes - Jahresabschluß 1998
- Bericht der Kassenprüfer
- Entlastung des Vorstandes
- Wahl der/des Vorsitzenden und einer Stellvertreterin / eines Stellvertreters
- Wahl von 2 Kassenprüferinnen / Kassenprüfern
- Antrag des Vorstandes: Ausschluß von andauernd beitragssäumigen Mitgliedern
- Neue zusätzliche Büroräume im Prenzlauer Berg
- Verschiedenes

Änderungswünsche oder Ergänzungen zur Tagesordnung bitte übers Büro an den Vorstand richten.

Udo Kroth (Vorsitzender)



Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.

... wurde am 21.7.1990 von Kriegsdienstverweigerern, Wehrflüchtlingen und AntimilitaristInnen in Berlin gegründet. Unser Ziel ist die ersatzlose Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der damit verbundenen Zwangsdienste. Außerdem setzen wir uns für die Abrüstung, Reduzierung und letztendlich Auflösung der Armeen ein.

Derzeitige Schwerpunkte unserer Arbeit sind:

- *Information und Hilfestellung für Kriegsdienstverweigerer*
- *Hilfe für in Bedrängnis geratene Wehrpflichtige bei der Auseinandersetzung mit der Bundeswehr*
- *Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Friedenspolitik, Entmilitarisierung, Dienstpflicht, KDV*
- *internationale Durchsetzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung durch Projekte und Unterstützung befreundeter Gruppen im Ausland, z.B. in der Türkei*
- *Herausgabe der Zeitschrift illoyal - Journal für Antimilitarismus*

Als Mitglied erhältst Du

- *kompetente Hilfe bei allen Fragen der Wehrpflicht und Verweigerung*
- *aktuelle Informationen zur Praxis der Militärbehörden bei Musterung, Einberufung usw.*
- *Spezialberatung zur KDV für Soldaten, Reservisten und Doppelstaater*
- *vier mal jährlich die Zeitschrift illoyal frei Haus*

Wir sind ins Vereinsregister eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Du kannst uns durch Mitgliedschaft, Förderung oder durch Deine Mitarbeit unterstützen

☐ Ich möchte weitere Informationen über den Verein

☐ Ich möchte Mitglied von »Mit uns gegen die Wehrpflicht« werden

Name

Adresse

Bitte ausschneiden und an folgende Adresse senden:
MIT UNS GEGEN DIE WEHRPFLICHT E.V.
Oranienstr. 25, 10999 Berlin

TKDV
- Willkür-

Willkür in allen Instanzen
Jörg Eichler seit fünf Monaten im Knast

Jörg Eichler wurde am 1. Juli 1998 fahnenflüchtig. Im August initiierte er mit seinen Freunden eine Austauschaktion in der Kaserne in Pfreimd, in der er seinen Dienst hätte antreten sollen. Um die Wegsperrpraxis der Bundeswehr der Öffentlichkeit vorzuführen, meldete sich ein Mitarbeiter der TKDV-Initiative Dresden mit Jörgs Einberufungsbescheid in der Kaserne. Ohne daß weitere Personalien festgestellt wurden, wurde er seiner Einheit zugeführt. Nachdem er sämtliche Befehle verweigerte, wurde er zwei Tage lang in Arrest gesperrt und erst freigelassen, als die Bundeswehr feststellte, daß sie ausgetrickst worden war. Eine vor der Kaserne stattfindende Demonstration mit dem echten Jörg Eichler an der Spitze wurde von der Presse begleitet - was wohl der Grund war, warum die anwesenden Feldjäger Jörg nicht festnahmen. Die Bundeswehr erstattete Strafanzeige, und Richterin Schatt vom AG Amberg erließ Haftbefehl gegen Jörg wegen „Fluchtgefahr". Eine Haftbeschwerde wurde am 21. September 98 vom Landgericht Amberg verworfen. Jörgs mehrfach geäußerte Klarstellung, daß er sich einem Strafverfahren stellen werde - schließlich sucht er die Öffentlichkeit und geht auch tatsächlich aktiv und öffentlich mit der Repression gegen ihn um - wurde von der Kammer als „bloße Zweckbehauptung, um die Aufhebung des gegen ihn bereits erlassenen Haftbefehls zu erreichen", gewertet. Am 5. November 1998 wurde Jörg in Dresden von der Polizei festgenommen.

Verteidigerpost geöffnet

In der JVA Amberg erhält er jede Menge Post - allerdings bleiben die Briefe zum Teil zwei bis drei Wochen bei der Zensur liegen. Haftrichter Plößl liest die private Post nicht nur, er kommentiert sie auch. So wurde nicht nur ein siebenseitiger Brief eines engen Freundes von Jörg beschlagnahmt, weil er angeblich „grobe Beleidigungen" enthält. Jörg wurde am Rande darauf hingewiesen, daß auch er sich in seinen Briefen mit seiner Wortwahl im „Randbereich" bewege und ein „zukünftig moderater Tonfall angeregt" werde. Die Aushändigung des Kampagnen-Plakates „Schnell am Drücker" (vgl. S. 32) wurde ihm vom Anstaltsleiter mit der Begründung verweigert, es könne die Ordnung in der JVA stören. Die ungewöhnlich lange Untersuchungshaft wurde zunächst damit begründet, daß Jörg angeblich keine Meldeadresse habe. Die anfangs zuständige Richterin Kelsch zeichnete sich auch dadurch aus, daß sie willkürlich das Besuchsrecht von Jörg einschränkte und Angehörige und Nahestehende von Jörg nicht über den Haftfortdauerbeschluß informierte. Nach einem erfolgreichen Befangenheitsantrag ist nun ein Richter Plößl zuständig. Dieser erweist sich als kaum weniger befangen. Die angebliche Fluchtgefahr sah er nun darin, daß Jörg Kontakte zu Sympathisanten im Ausland habe. Beim Kontrollieren der Briefe öffnete der Richter auch vertrauliche Verteidigerpost von Jörg, in der wichtige verfahrensrechtliche Fragen angesprochen wurde. Diese Post wurde der Staatsanwaltschaft vorgelegt - was als Verletzung des Berufsgeheimnisses klar rechtswidrig ist. Folgerichtig hat Jörg Strafanzeige gegen Richter Plößl wegen Verletzung des Postgeheimnisses erstattet. Die Staatsanwaltschaft äußerte dazu, das „bedauerliche Versehen" sei im „Drang der Geschäfte" passiert.

Die Totalverweigerer-Initiative Frankfurt/Main bezeichnet diese Verfahrensweisen in einer Pressemitteilung als „Willkür in allen Instanzen" und vermutet, daß die bayrische Justiz ein Exempel an Jörg statuieren will. Jörg, der mit einer Strafe von zwölf Monaten Haft rechnen muß, schloß anfangs die Möglichkeit aus, einen Antrag auf Freilassung auf Kaution zu stellen. Schließlich war zu befürchten, daß Jörg danach der Bundeswehr überstellt und in Arrest gesperrt werden würde.

Jörgs Prozeß wird nun am 14. April vor dem AG Amberg stattfinden. Die DVG-VK sowie andere TKDV-Initiativen bemühen sich nun darum, eine Summe von 60.000 Mark zusammenzutragen, damit Jörg an diesem Tag auf Kaution entlassen werden kann. Dann hätte er zumindest die Möglichkeit, sich in Freiheit auf eine wahrscheinlich anstehende Berufungsverhandlung vorzubereiten und wäre endlich, nach über fünf Monaten, aus dem Knast heraus.

Thorsten Schröder

Da Jörg Eichler sich noch immer in Haft befindet, sind wir gezwungen, auch seinen Beitrag für illoyal weiter zu verschieben.

Weitere Informationen
TKDV-Initiative FfM
c/o Detlev Beutner
Hegelstrasse 10
60316 Frankfurt/Main

Kontakt

Jörg Eichler, z.Z. U-Haft
JVA Amberg
c/o Haftrichter
AG Amberg
Postfach 11 62
92 201 Amberg

Bundestreffen der Totalen Kriegsdienstverweigerer

Vom 14. bis 16. Mai 1999 findet in Nürnberg das Bundestreffen der Totalverweigerer statt. Es handelt sich um die erste große Zusammenkunft seit dem Regierungswechsel. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt wird die Repression gegen den Totalverweigerer Jörg Eichler sein. Darüber hinaus stehen die Themen Vernetzung, Knast und Arrest auf der Tagesordnung. Für Neueinsteiger ist eine eigene Arbeitsgruppe zur Einarbeitung geplant.

Kontakt und Anmeldung
Jugendclub Courage
Adam-Klein-Str. 6
90429 Nürnberg
Telefon 0911/287 69 71
Telefax 0911/287 65 56
EMail dfgvk.nbg@planet-interkom.de

Grüne Sonntagsreden oder praktische Solidarität?

„Wenn ein Jugendlicher aus Gewissensgründen verweigert, hat der Staat sein Recht auf Zwangsmaßnahmen verwirkt." Diese Worte sprach Angelika Beer, Bundestagsabgeordnete und verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, zum Totalverweigerer Sönke Müller, als sie ihn im Arrest besuchte. Schön gesagt, aber wem hilft¥s? Der Umgang mit Totalverweigerern hat sich seit der Regierungsbeteiligung der Grünen nicht geändert. Sie werden mit Arrest bedroht und mit Strafverfahren überzogen.

Die Berliner Totalverweigerergruppe „Die Zwanglosen" hat Angelika Beer nun aufgefordert, Jörg Eichler zu unterstützen. Die Zwanglosen erinnern Beer in ihrem Brief an bisherige grüne Positionen zur Wehrpflicht. In einer Wahlkampfbroschüre war beispielsweise zu lesen, die allgemeine Wehrpflicht sei ein extremer, in das Leben der Betroffenen besonders tief eingreifender Zwangsdienst und werde von den Grünen abgelehnt. „Wähle Grün, und Du mußt nicht zum Bund", wurde plakatiert. Wir wissen nicht, ob Jörg Eichler grün gewählt hat. Er ging jedenfalls nicht zum Bund. Die Totalverweigerer haben Beer aufgefordert, praktische Solidarität mit Jörg zu üben. Die ist teuer: Bei seiner Gerichtsverhandlung am 14. April will Jörg einen Antrag auf Freilassung auf Kaution stellen. Dafür müssen voraussichtlich rund 100.000 Mark zusammenkommen. Die Zwanglosen wünschen sich von Beer, daß sie sich in ihrer Partei dafür einsetzt, den fehlenden Betrag von 60.000 Mark zur Verfügung zu stellen. Außerdem wurde sie eingeladen, auf dem Bundestreffen der Totalverweigerer mitzudiskutieren.

Frank Brendle

Frühlingserwachen in Potsdam

Am 19. März dieses Jahres hat das Landgericht Potsdam im Prozeß gegen den Totalverweigerer Volker Wiedersberg entschieden, das Verfahren auszusetzen und durch das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsmäßigkeit der Wehrpflicht prüfen zu lassen.

Der Beschluß löste heftige Reaktionen in Politikerkreisen - darunter vom Verteidigungsminister - aus. Die sich jetzt empört zeigen, scheinen zu ahnen, daß sich die Frage nach der Berechtigung der Wehrpflicht nicht mehr aus dem politischen Tagesgeschäft heraushalten lassen wird. Nach Ansicht der Strafkammer unter Vorsitz von Richter Braunsdorf ist die Wehrpflicht ein unverhältnismäßiger Eingriff in die persönliche Handlungsfreiheit des Wehrpflichtigen. Die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit, der Freiheit der Person, der Freizügigkeit und der Unverletzlichkeit der Wohnung dürfen nur dann durch die Wehrpflicht eingeschränkt werden, wenn dies der militärischen Verteidigung der BRD dient. Da heute, fast zehn Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation, die konkrete Sicherheitslage der Bundesrepublik keine militärische Bedrohung mehr aufweise, sei das Festhalten an der Wehrpflicht nicht mehr gerechtfertigt.

Volker Wiedersberg hatte bereits in der DDR den Dienst an der Waffe, später auch den Bausoldatendienst verweigert und war wegen seiner konsequenten pazifistischen und antimilitaristischen Haltung auch in der Bundesrepublik der Aufforderung zum Ableisten des Zivildienstes nicht gefolgt. Für diese „Dienstflucht vor dem Zivildienst" war Volker Wiedersberg Ende Mai 1998 vom Amtsgericht Potsdam in erster Instanz zu einer Geldstrafe in Höhe von 50 Tagessätzen à 30 DM verurteilt worden. Gemeinsam mit seinem Verteidiger Wolfgang Kaleck hatte er trotz der relativ milden Strafe - Totalverweigerer sind schon zu weitaus drastischeren Strafen verurteilt worden, der Berliner Christof Haug zum Beispiel zu elf Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung - Berufung eingelegt. Erklärtes Ziel war es, seine politischen, ökonomischen, militärischen und grundrechtlichen Zweifel am Institut der allgemeinen Wehrpflicht in die öffentliche Diskussion zu bringen und die Verantwortlichen zur Auseinandersetzung zu zwingen.

Damit hatte er Erfolg. Die Wehrpflicht war schon immer weniger eine militärische Notwendigkeit als eine Maßnahme, um die Fronten im Kalten Krieg sicherzustellen und die Bevölkerung auf die jeweils eigene Seite einzuschwören. Nachdem der Kalte Krieg vom Westen gewonnen wurde und die NATO ein Monopol in Europa innehat, ist nun die Propaganda am Ende, mit der die Wehrpflicht legitimiert werden konnte. Etwas überzeugendes Neues zu erfinden ist noch nicht recht gelungen, Gelegenheit also für eine „Reformregierung", tätig zu werden. Statt dessen will sie die Frage der Wehrpflicht in der Wehrstrukturkommission schmoren lassen, wie alle Fragen im Zusammenhang mit der Bundeswehr. Diese Methode des Aussitzens hat nun doch nicht ganz funktioniert. Die Politiker wurden vom Potsdamer Richter aufgeschreckt.

Ob sich die Richter in Karlsruhe tatsächlich mit der Potsdamer Vorlage befassen, und wie sie gegebenenfalls urteilen werden, bleibt vorerst Spekulation. Gewiß aber wird das Signal, das das Potsdamer Landgericht mit seiner forschen Entscheidung gesetzt hat, Ermutigung für alle betroffenen Kriegsdienstverweigerer sein und in noch anstehenden Strafverfahren gegen Totalverweigerer eine Rolle spielen.

Sabine Schaaf

Weitere Informationen über Kampagne Berlin Tel. 0 30 / 61 50 05 30 oder Kampagne Potsdam Tel. 03 31 / 2 80 50 83

Kriegsdienstverweigerung in der Truppe

Das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung gilt selbstverständlich auch für Soldaten. Wer es nicht zuvor geschafft hat oder wer erst beim Bund merkt, daß die Mitgliedschaft im Olivgrünen Verein nichts für ihn ist, kann also auch aus der Truppe heraus verweigern. Bis zu seiner rechtskräftigen Anerkennung bleibt er allerdings Soldat und muß den Wehrdienst leisten.

Die Antragstellung

Es empfiehlt sich, den Antrag auf Kriegsdienstverweigerung beim zuständigen Kreiswehrersatzamt zu stellen und den Disziplinarvorgesetzten hiervon zu informieren.
Die anderen Unterlagen - Führungszeugnis, Lebenslauf und Begründung - sollten schnellstmöglich dem Ausschuß für Kriegsdienstverweigerung (AfK) im Kreiswehrersatzamt übermittelt werden.
Dieser Ausschuß - und nicht das Bundesamt für den Zivildienst - entscheidet über den KDV-Antrag. Anträge von Soldaten werden bevorzugt behandelt, in der Regel dauert das vier bis sechs Wochen. Der Ausschuß entscheidet meist nach einer mündlichen Anhörung, kann allerdings auch nach Aktenlage die Anerkennung aussprechen, wenn er nach Durchsicht der Unterlagen zum Ergebnis kommt, daß der Antragsteller zur Verweigerung berechtigt ist. Die Aktenlage-Entscheidung sollte daher immer beantragt werden.

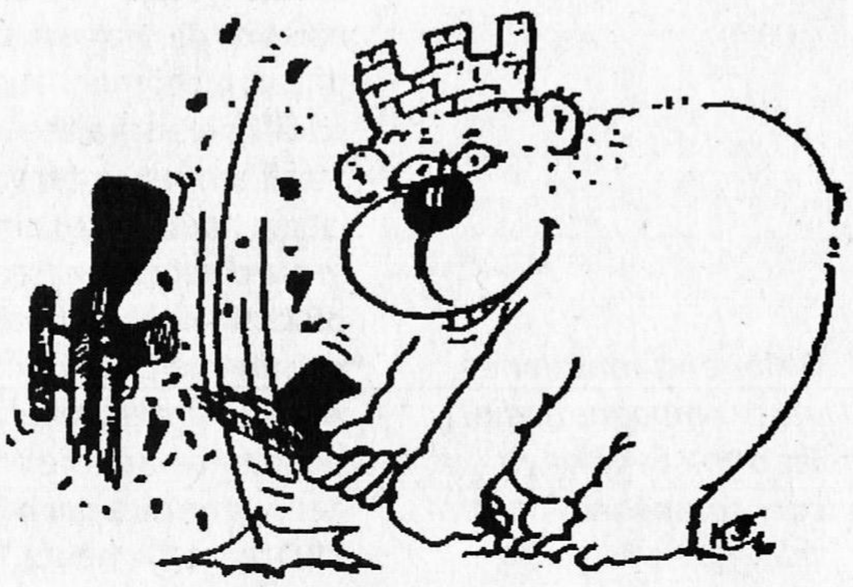
Antrag auf waffenlosen Dienst

Nach Antragstellung bleibt man zwar erst einmal Soldat, hat aber einen besonderen Status und zusätzliche Rechte, die durch Erlasse geregelt sind. Hierzu gehört der Dienst ohne Waffe. Wir raten jedem KDVer, unter Verweis auf den KDV-Antrag beim Disziplinarvorgesetzten einen Antrag auf Befreiung vom Dienst an der Waffe zu stellen und sich den Eingang dieses Antrages schriftlich bestätigen zu lassen.
In der Regel wird der Antrag umstandslos angenommen, andernfalls sollte man umgehend beim nächsthöheren Disziplinarvorgesetzten Beschwerde einlegen und den Vertrauensmann sowie den Militärpfarrer einschalten. Zusätzlich empfiehlt sich eine Eingabe bei der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages. Dadurch kann die Glaubwürdigkeit des KDV-Antrages unterstützt werden.
Problematisch wird es, wenn der KDV-Antrag vom AfK abgelehnt wird. In diesem Fall sollte man sofort Widerspruch einlegen, das Verfahren geht dann weiter zur Kammer für Kriegsdienstverweigerung bei der Wehrbereichsverwaltung. Bis diese entscheidet, hat man jedoch keinen Anspruch mehr auf Befreiung vom Dienst an der Waffe. Wird einem dieser befohlen, gibt es zwei Möglichkeiten, mit dem Konflikt umzugehen: entweder man gehorcht unter Protest - welcher aktenkundig gemacht werden muß - oder man befolgt den Befehl nicht. Befehlsverweigerung wird allerdings disziplinarisch geahndet und kann im schlimmsten Fall auch strafrechtlich verfolgt werden (was allerdings bisher kaum vorgekommen ist).
Die Teilnahme am Gelöbnis sollte unbedingt verweigert werden. Das Gelöbnis ist für alle Soldaten laut Soldatengesetz eine freiwillige Angelegenheit, niemand darf dazu gezwungen werden.
Zu den Möglichkeiten, Sonderurlaub zu erhalten, siehe die Angaben in der Randspalte.

Nach der Anerkennung als KDVer

Wenn der AfK die Anerkennung als Verweigerer ausspricht, ist die Angelegenheit noch nicht ganz ausgestanden. Bisweilen legt der Leiter des Kreiswehrersatzamtes gegen die Anerkennung Widerspruch ein. Aus der Truppe kommt man erst heraus, wenn die Anerkennung rechtskräftig geworden ist, in der Regel nach 14 Tagen. Eine Anerkennung durch die Kammer ist hingegen sofort wirksam. Der Bundeswehr bleiben dann noch maximal drei Tage, um die Entlassungsformalitäten zu regeln.
Nach der Anerkennung sollte man sofort einen Antrag auf Entlassung aus der Bundeswehr stellen. Leider ist es in letzter Zeit üblich geworden, die Wehrdienstleistenden nicht zu entlassen, sondern ihr Wehrdienstverhältnis in ein Zivildienstverhältnis umzuwandeln. Dieser Vorgang kann allerdings bis zu sechs Wochen dauern, solange bleibt man Soldat, „genießt" aber Sonderurlaub unter Wegfall (!) der Geld- und Sachbezüge.
Wir empfehlen verweigernden Soldaten dringend, Kontakt mit einer kompetenten Beratungsstelle aufzunehmen, um sich angemessen auf eine Anhörung vor dem Ausschuß für Kriegsdienstverweigerung vorzubereiten.

Michael Behrendt



Die formalen Anforderungen an den KDV-Antrag ähneln jenen, die auch für Einberufene gelten (vgl. den Service in illoyal 2: Einberufen? Kriegsdienste verweigern! Die Anhörung vor dem Ausschuß). Text der Antragstellung: „Hiermit verweigere ich den Kriegsdienst nach Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz aus Gewissensgründen. Da ich Soldat bin, bitte ich um eine Entscheidung im beschleunigten Verfahren. Außerdem beantrage ich eine Entscheidung nach Aktenlage."

Sonderurlaub
Nach § 12 Soldatenurlaubsverordnung können KDVer zu folgenden Zwecken Sonderurlaub beantragen:
für Behördengänge
um sich bei Zivildienststellen zu bewerben
um sich mit einem Beistand für die mündliche Anhörung zu treffen.
Bei Ablehnung des Antrages sollte man wie oben beschrieben Beschwerde einlegen.

Service

Termine und Adressen

Kampagne gegen die Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär · Oranienstr. 25 · 10999 Berlin (Kreuzberg)
Tel. (030) 61500530 · Fax (030) 61500529
e-mail: info@Kampagne.DE
http://www.Kampagne.DE
Überblicksveranstaltung: dienstags 17.30
Information für Doppelstaater, Deserteure, Totalverweigerer und alle anderen: nach Vereinbarung
Aktuelle Fragestunde: freitags 17.30
Soldaten- und Reservistenberatung:
jeden 1. Freitag im Monat 19.30 - 20.30
Vorbereitung auf die mündliche KDV-Anhörung:
montags 17.30

Adressen

Es gibt bundesweit zahlreiche Anlaufstellen. Wer eine aktuelle Adresse sucht, wende sich bitte an die Berliner Kampagne. Dort wird gern Kontakt vermittelt zu:

- Kampagnen und Beratungsstellen bundesweit
- TKDV-Anlaufstellen
- Rechtshilfefonds
- Schwulen Kriegsdienstgegnern
- Zivildienstberatung

Bücher und Broschüren

anti wehrpflicht broschüre
von Michael Behrendt und Matthias Mücke, Standard-Ratgeber für alle Fragen der Wehrpflicht herausgegeben von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin: Verlag Mit uns gegen die Wehrpflicht 1996, 50 S., DM 7,00

Totalverweigerung - eine Streitschrift für die Totale Kriegsdienstverweigerung *von Christian Herz herausgegeben vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, 5. Auflage, Köln: Komitee für Grundrechte und Demokratie 1995, 227 S., DM 13,00*

Askerligi Reddedelim - Kriegsdienste verweigern!
Ratgeber für türkische Staatsangehörige und für deutsch-türkische Doppelstaater *von Christian Herz und Mustafa Ünalan, zweisprachig türkisch-deutsch, herausgegeben von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin: Verlag Mit uns gegen die Wehrpflicht 1996, 52 S., DM 5,00*

Auf keinen Fall zum Bund!
Gespräche mit ratsuchenden Wehrpflichtigen
Redaktion: Ulrich Hesse
Herausgabe, Verlag und Vertrieb: Mit uns gegen die Wehrpflicht, Berlin 1998, 50 S., DM 5,00

Termine

Anti-Atomkonferenz in Heidelberg
9. bis 11. April 1999
Kontakt: X-tausendmal quer, Tel. 04 41 / 9 98 76 26

TKDV-Prozeß gegen Jörg Eichler beim AG Amberg
14. April 1999, 9 Uhr
Kontakt: TKDV-Initiative Frankfurt a.M.
Tel. 0 69 / 43 05 77 71

Tagung „Weichenstellung für Entmilitarisierung. Konkrete Schritte" in Kassel
Sonnabend, 24. April 1999; 14.00 Uhr
Kontakt: DFG-VK Tel.: 0 20 51 / 42 17
Fax: 0 20 51 / 42 10

Veranstaltung des Vereins Bedingungslose Kapitulation zur Feier der Zerschlagung Deutschlands.
Mit Wodka und revolutionärem Gesang
Sowjetisches Ehrenmal, Berlin-Treptow,
8. Mai, 14 Uhr

Internationale Friedenskonferenz: Hague Appeal for Peace in Den Haag
11. bis 16. Mai 1999
Abrüstung, Abschaffung von Atomwaffen; Stärkung des internationalen humanitären Rechts, friedliche Konfliktbeilegung, Konfliktverhinderung
Kontakt: DFG-VK Hamburg Tel. 040 / 432 20 05

TKDV-Berufungsverhandlung gegen Tilman Heller beim LG Berlin
14. Mai 1999
Kontakt: TKDV-Gruppe Die Zwanglosen,
c/o Kampagne Berlin, Tel. 0 30 / 61 50 05 30

Bundestreffen der Totalen Kriegsdienstverweigerer in Nürnberg
13. bis 16. Mai 1999
Kontakt: DFG-VK Nürnberg, Tel.: 09 11 / 2 87 69 71,
Fax: 09 11 / 2 87 65 56;
email: dfgvk.nbg@planet-interkom.de

„Lange-Kerls-Wachtparade" in Potsdam
11. Juni 1999 wieder Gelegenheit zu Protesten
Kontakt: Kampagne Potsdam, Tel. 0331 / 2 80 50 83

Öffentliches GelöbNIX in Berlin
20. Juli 1999
Es spricht u.a. Deutschlands Kriegskanzler selbst!

X-tausendmal quer- Sommercamp im Wendland
23. Juli bis 1. August 1999
Kontakt: X-tausendmal quer, Tel. 04 41 / 9 98 76 26

Absender: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. · Oranienstr. 25 · 10999 Berlin
Postvertriebsstück • Entgelt bezahlt • VKZ: A 45596

Für einen
F-16-Flugzeugführer
ist die vorhandene Maximalleistung
der Eurofighter-Triebwerke
absolut beeindruckend.
Bei der Beschleunigung
beim Start glaubt
man, das Gehirn
bleibt auf der
Runway
zurück.

Major Evensen,
norwegischer Testpilot,
testete den Eurofighter

E I G E N T U M S V O R B E H A L T :
Diese Zeitschrift ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. **ISSN 1434-2871**